

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Generationen

*Benjamin Ziemann*  
ZUR KRITIK EINES  
PROBLEMBELADENEN BEGRIFFS

*Helga Pelizäus · Jana Heinz*  
STEREOTYPISIERUNGEN  
VON JUNG UND ALT IN DER  
CORONA-PANDEMIE

*Karsten Hank · Anja Steinbach*  
FAMILIALE  
GENERATIONEN-  
BEZIEHUNGEN

*Hans-Jürgen Urban ·  
Christoph Ehlscheid*  
GENERATIONEN-  
GERECHTIGKEIT

*Benjamin Möckel*  
ZUKÜNFTIGE GENERATIONEN.  
GESCHICHTE EINER  
POLITISCHEN PATHOSFORMEL

*Liane Schäfer*  
GENERATIONENBRÜCHE IM  
DEUTSCHEN ERINNERN

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

# Generationen

## APuZ 52–53/2020

**BENJAMIN ZIEMANN**

ZUR KRITIK EINES  
PROBLEMBELADENEN BEGRIFFS

Seit Karl Mannheims „Problem der Generationen“ (1928) werden diese oft über eine gemeinsame Erlebnisschichtung definiert. Generationen sind jedoch am besten als medial aufbereitete Zuschreibungen von Alterskohorten zu verstehen, die der Fremd- und Selbstthematisierung dienen.

Seite 04–09

**HELGA PELIZÄUS · JANA HEINZ**

STEREOTYPISIERUNGEN VON JUNG UND ALT  
IN DER CORONA-PANDEMIE

In der unsicheren Situation der Corona-Pandemie können Stereotype von „Alt“ und „Jung“ erste Schritte sein, um Handlungssicherheit und Orientierung zu bieten. Da sie jedoch mit unbeabsichtigten Nebenfolgen einhergehen, sollten sie stets reflektiert werden.

Seite 10–16

**KARSTEN HANK · ANJA STEINBACH**

FAMILIALE GENERATIONENBEZIEHUNGEN

Der Beitrag gibt einen Überblick über zentrale Befunde zu intergenerationalen Beziehungen in Deutschland und Europa, wobei auch familiäre Generationenbeziehungen jenseits der „Kernfamilie“ und die Bedeutung wohlfahrtsstaatlicher Kontexte berücksichtigt werden.

Seite 18–24

**HANS-JÜRGEN URBAN · CHRISTOPH EHLSCHEID**  
GENERATIONENGERECHTIGKEIT

In Zeiten einer ökonomisch-ökologischen Krise gilt es, Generationenbeziehungen in die Suche nach Wegen einer sozialökologischen Transformation zu integrieren. Generationengerechtigkeit wird ohne einen neuen Klassenkompromiss jedoch kaum zu haben sein.

Seite 25–30

**BENJAMIN MÖCKEL**

ZUKÜNFTIGE GENERATIONEN. GESCHICHTE  
EINER POLITISCHEN PATHOSFORMEL

Unter Verweis auf die Rechte „zukünftiger Generationen“ wird in aktuellen Debatten häufig eine stärkere Zukunftsdimension der Demokratie eingefordert. Dies hat eine lange zurückreichende Tradition, die auch für gegenwärtige Fragen der politischen Partizipation relevant ist.

Seite 32–38

**LIANE SCHÄFER**

GENERATIONENBRÜCHE  
IM DEUTSCHEN ERINNERN

Im Akt des Aushandelns kann sich eine Gesellschaft immer wieder neu darauf verständigen, an welchen Normen sich ihre Erinnerungskultur ausrichten soll. Intergenerationelle Dynamiken können dabei die Auseinandersetzungen um das „Wie“ des Erinnerns beeinflussen.

Seite 39–44

# EDITORIAL

Die „Generation“ ist in den vergangenen Jahrzehnten neben politisch-soziologische Grundbegriffe wie „Klasse“, „Schicht“ oder „Milieu“ gerückt. Der Begriff ordnet Gesellschaften nach zeitlichen Zusammenhängen und dient dabei zum einen als wissenschaftliche Analysekategorie, über deren Potenziale und Grenzen sich trefflich debattieren lässt. Zum anderen wird er als Fremd- und Selbstthematierungsformel dazu genutzt, gesellschaftliche Deutungs- oder Geltungsansprüche durchzusetzen. Insbesondere die zweite Dimension – in der Forschung zumeist als „Generationalität“ gefasst – scheint derzeit im Zuge der Corona-Krise durch die Frage, welche Generation heute und in der Zukunft vermeintlich die Hauptlast der Pandemie und ihrer Folgen zu tragen habe, an Bedeutung zu gewinnen.

Rund 90 Jahre nachdem der Soziologe Karl Mannheim in seinem kanonischen Aufsatz das „Problem der Generationen“ diskutierte, sind die methodischen Zugänge indes ebenso vielfältig wie die inhaltlichen Fragen, die an diese anschließen: Was bedeutet ein Wandel der Generationen für den Umgang mit Vergangenheit? Was sind mögliche Nebenfolgen von mitunter stereotypen Konstruktionen „einer alten“ oder „einer jungen“ Generation? Und wie lässt sich der Verweis auf „zukünftige Generationen“ als symbolischer Referenzpunkt für natürliche Ressourcen schonende Politik mit Fragen sozialer Gerechtigkeit so verbinden, dass beide Aspekte nicht gegeneinander ausgespielt werden?

Diesen und weiteren Fragen widmen sich die Autor:innen dieser Ausgabe in sechs Beiträgen, die die Redaktion im Rahmen des diesjährigen Call for Papers aus zahlreichen Einsendungen ausgewählt hat. Sie alle zeigen, dass sich gesellschaftspolitische Entwicklungen mitnichten allein durch zeitliche Zusammenhänge erklären lassen. Ohne deren Berücksichtigung gehen jedoch Aspekte verloren, die Hannah Arendt einst als essenzielle Bedingung politischen Handelns definierte: „Eine Welt, die Platz für Öffentlichkeit haben soll, kann nicht nur für eine Generation errichtet oder nur für die Lebenden geplant sein; sie muß die Lebensspanne sterblicher Menschen übersteigen.“

*Frederik Schetter*

# GENERATIONEN IM 20. UND 21. JAHRHUNDERT

## Zur Kritik eines problembeladenen Begriffs

*Benjamin Ziemann*

Alleweil wird eine neue Generation gebacken. Den Anfang machen die „Wilhelminer“, die Alterskohorte der zwischen 1854 und 1864 in Deutschland geborenen Männer, zu denen auch Kaiser Wilhelm II. selbst zählte. Er steht manchen Interpreten zufolge stellvertretend für den leicht aufbrausenden, ebenso hochtrabenden wie nervösen kollektiven Charakter dieser Generation, der in dieser Lesart maßgeblich zur aggressiven imperialistischen Außenpolitik des Kaiserreiches seit der Jahrhundertwende beitrug.<sup>01</sup> Darauf folgt die sogenannte Frontgeneration des Ersten Weltkrieges, die in den Schützengraben an der Westfront ihre prägenden Erlebnisse hatte. Die dort eingeprägte Härte, Unnahbarkeit und Militanz fand in zahlreichen Kriegsromanen der 1920er und frühen 1930er Jahre ihren Ausdruck. Ihr folgt wiederum die sogenannte Kriegsjugendgeneration der zwischen 1900 und 1910 Geborenen, die im Schatten des Krieges aufwuchsen, aber zu jung waren, um sich an der Front zu bewähren.

Die Zeit nach 1945 beginnt mit der sogenannten Flakhelfergeneration. Dies ist allerdings eine eher „unglückliche Kategorie“,<sup>02</sup> da zu den Luftwaffen Helfern der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges eigentlich nur die drei Jahrgänge von 1926 bis 1928 zu rechnen sind, während die meisten historisch akzentuierten Generationenbegriffe eher zehn bis 15 Jahrgänge umfassen. Der Soziologe Helmut Schelsky hat für die in den 1920er Jahren Geborenen auch von der „skeptischen Generation“ gesprochen.<sup>03</sup> Einen ähnlichen Akzent setzt der Begriff der „45er“ für etwa dieselbe Alterskohorte, indem er sich auf das Jahr 1945 als jenen Moment bezieht, in dem das „Dritte Reich“ den Krieg verlor und die NS-Diktatur unterging. Lebensgeschichtlich, so das Argument, habe diese Erfahrung die Abkehr von den falschen Idealen des Hitlerfaschismus ermöglicht und damit den Weg für eine nüchterne Anerkennung und Unterstützung der

politischen Normalität einer parlamentarischen Demokratie eröffnet.<sup>04</sup> Die Generation der „68er“ – damit ist zumeist die Alterskohorte der um 1940 Geborenen gemeint – wird von ihren Anfängen in der Protest- und Studentenbewegung der späten 1960er Jahre bis zu ihrem linken politischen Engagement in den folgenden Jahrzehnten verfolgt. Für die Zeit vor und nach der Jahrtausendwende wird die Zuschreibung von Generationen dann sehr viel bunter und unübersichtlicher. 2000 prägte der Autor Florian Illies in einem viel gelesenen Buch den Begriff der „Generation Golf“.<sup>05</sup> Für die Altersgruppe der in den 1990er Jahren Geborenen hat sich zuerst im englischen Sprachraum, bald danach aber auch in Deutschland, die Bezeichnung „Millenials“ oder auch „Generation Y“ eingebürgert.

Wie diese keineswegs vollständige Aufzählung zeigt, herrscht an prägnanten Namen und Zuschreibungen von Generationen kein Mangel. Auffällig ist auch, dass der Generationenbegriff als Bezeichnung konstant bleibt, dabei aber eine große Spannbreite von Phänomenen abdecken soll: Die erfahrungsprägende Wirkung der jahrelangen Teilnahme an einem Krieg und die Vorliebe für den Erwerb eines bestimmten Mittelklassewagens sind zwei durchaus grundverschiedene Sachverhalte. Ebenso bunt und vielfältig präsentiert sich auch die historisch-sozialwissenschaftliche Forschung zum Begriff und zum Phänomen der Generationen.<sup>06</sup> Dabei bleiben erhebliche Zweifel an der genauen begrifflichen Eingrenzung, der Reichweite und dem Erklärungswert des Generationenkonzepts bestehen, Zweifel, die sich im Übrigen auch durch die einschlägige Literatur ziehen.<sup>07</sup> Dessen ungeachtet wird Generation als ein „soziologischer Grundbegriff“ bezeichnet, der neben Kategorien wie „Klasse“ und „Geschlecht“ angesiedelt sei und in seinem Erklärungsanspruch „mindestens einen ebenbürtigen Rang“ habe.<sup>08</sup> Was hat es damit auf sich? Wel-

che Phänomene lassen sich mit dem Konzept der Generation beschreiben, und welche Blindstellen und Probleme bringt dieser Ansatz mit sich?

## DER KLASSIKER

Um diese Fragen zu beantworten, empfiehlt sich zunächst der neuerliche Blick auf einen Text, den alle Stellungnahmen zur Generationenforschung als den „Klassiker“ bezeichnen:<sup>09</sup> Gemeint ist ein Aufsatz von Karl Mannheim von 1928 zum „Problem der Generationen“.<sup>10</sup> Der aus Ungarn stammende Soziologe lehrte zu diesem Zeitpunkt als Privatdozent an der Universität Heidelberg. Mit seinen Arbeiten zur Wissenssoziologie, die die gesellschaftliche Bedingtheit und Relativität der Produktion von Wissen in den Blick nahmen, war er einer der innovativsten soziologischen Denker der 1920er Jahre. Gleich zu Beginn seines Aufsatzes präsentierte Mannheim seinen Ansatz als eine Synthese. Auf der einen Seite stehe ein generativ-positivistisches Verständnis von Generationen, das er vor allem in Frankreich vorherrschend sah. In dieser Lesart sind Generationen eigentlich Alterskohorten: Sie entstehen aus dem biologischen Rhythmus von Geburt und Tod und dem daraus resultierenden generativen Verhalten, das mit demografischen Methoden messbar ist. Auf der anderen Seite gebe es ein romantisches Generationenverständnis, das Mannheim in den deutschen Geisteswissenschaften verortete. Neben dem Philosophen Wilhelm Dilthey, der den Generationenbegriff seit den 1870er Jahren im deutschen Sprachraum popularisiert hatte, nannte Mannheim den Kunsthistoriker Wilhelm Pinder. In einem zuerst 1926 erschienenen Buch hatte Pinder die Abfolge von Stilrichtungen in der bildenden

Kunst auf die Altersgebundenheit der Künstler und den daraus resultierenden „Generationscharakter“ ihrer Werke zurückgeführt. Mit einer Metapher aus der Musik und in zutiefst idealistischer Terminologie beschrieb Pinder die Generationen als „Stimmen“, deren „verborgene[s] Nacheinander“ der Kunsthistoriker als „Polyphonie“ erkennen und sichtbar machen müsse.<sup>11</sup>

Um die Einseitigkeiten beider Ansätze zu überwinden, schlug Mannheim eine Synthese vor. Dabei unterschied er zwischen „Generationslagerung“, „Generationszusammenhang“ und „Generationseinheit“.<sup>12</sup> Die gemeinsame Lagerung einer bestimmten Generation im sozialen Raum ergab sich für Mannheim nicht automatisch aus dem gemeinsamen Aufwachsen bestimmter Alterskohorten, sondern aus der Möglichkeit einer gemeinsamen Partizipation an „verbindenden Ereignissen oder Erlebnisgehalten“. Für diese tiefgreifende Prägung durch kollektiv geteilte Erfahrungen benutzte Mannheim auch den Begriff der „Erlebnisschichtung“.<sup>13</sup> Diese Wortwahl hatte einen strategischen Sinn, denn durch Mannheims Text zieht sich der Vergleich mit der sozialen Schichtung und dem Begriff der Klasse als einer grundlegenden Kategorie der Gesellschaftsanalyse.

In einen „Generationszusammenhang“ tritt eine Jugendkohorte erst dann ein, wenn aus der Möglichkeit einer Teilhabe an gemeinsamen Erlebnissen eine Realität wird, diese Jugend also an „derselben historisch-aktuellen Problematik orientiert ist“. Mannheim machte diese Begriffsbildung in direkter Analogie zur marxistischen Vorstellung des Übergangs von der Klasse „an sich“ zur Klasse „für sich“, also einer Arbeiterklasse, die erst über den Klassenkampf und die Teilhabe an Arbeiterparteien zu ihrer Aktionseinheit „für sich“ findet. Den letzten Punkt seiner Begriffstria, die „Generationsein-

**01** Vgl. Martin Doerry, *Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs*, Weinheim–München 1986.

**02** M. Rainer Lepsius, *Kritische Anmerkungen zur Generationenforschung*, in: Ulrike Jureit/Michael Wildt (Hrsg.), *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*, Hamburg 2005, S. 45–52, hier S. 50.

**03** Helmut Schelsky, *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*, Düsseldorf–Köln 1957.

**04** Vgl. A. Dirk Moses, *The Forty-Fivers. A Generation Between Fascism and Democracy*, in: *German Politics and Society* 1/1999, S. 94–126.

**05** Vgl. Florian Illies, *Generation Golf. Eine Inspektion*, Frankfurt/M. 2000.

**06** Vgl. als Einstieg Ulrike Jureit, *Generationenforschung*, Göttingen 2006.

**07** Vgl. Ulrike Jureit/Michael Wildt, *Generationen*, in: dies. (Anm. 2), S. 7–26, hier S. 18 ff.

**08** Ebd., S. 7 f.

**09** Jureit (Anm. 6), S. 20–25.

**10** Karl Mannheim, *Das Problem der Generationen*, in: Kurt H. Wolff. (Hrsg.), *Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*, Neuwied 1964, S. 509–565. Zur Einordnung und Analyse vgl. Jürgen Zinnecker, „Das Problem der Generationen“. Überlegungen zu Karl Mannheims kanonischem Text, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, München 2003, S. 33–58.

**11** Wilhelm Pinder, *Das Problem der Generation in der Kunstgeschichte Europas*, Leipzig 1928<sup>2</sup>, S. 17 f., S. 89.

**12** Mannheim (Anm. 10), S. 541.

**13** Ebd., S. 536.

heit“, beschrieb Mannheim als ein „einheitliches Reagieren“ und „Mitschwingen“ verschiedener Gruppen innerhalb eines Generationszusammenhangs. Als Beispiel dafür nannte er das Mit- und Gegeneinander einer „romantisch-konservative[n]“ und einer „liberal-rationalistische[n]“ Strömung in der gebildeten Jugend um 1800.<sup>14</sup>

### PROBLEME UND BLINDSTELLEN DES GENERATIONENKONZEPTS

Im Abstand von mehr als 90 Jahren wird deutlich, dass in Karl Mannheims Generationenkonzept eine Reihe von Problemen eingelassen sind, von denen sich die Generationenforschung bis heute nicht vollständig gelöst hat.<sup>15</sup> Das erste besteht darin, dass Mannheim drei Dimensionen von Generation zusammenführt und verklammert, die analytisch besser getrennt gehalten werden: die biologische Abfolge von in bestimmten Jahrgangsgruppen geborenen Alterskohorten; durch gemeinsame Ereignisse geprägte Generationen; und schließlich Generationen als Altersstufen, die innerhalb des Lebenslaufes aufeinander folgen (Kindheit, Jugend, Alter). Dieses erste Problem wird dadurch gesteigert, dass Mannheim seinen Generationenbegriff eng an den „Mythos Jugend“ koppelt:<sup>16</sup> Für ihn ist es allein die Jugendphase, in der dauerhaft prägende Erfahrungen gemacht werden, und es ist die Jugend, die für das Versprechen einer Erneuerung der Gesellschaft und damit für das progressive Vorschreiten der Geschichte steht. Diese Festlegung war eng an die Entdeckung der Jugend als einer eigenständigen Lebensphase im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und an die intensive Kultivierung des Jugendmythos in der Weimarer Republik gekoppelt. Sie ist nur vor diesem zeitspezifischen Hintergrund zu verstehen. Heute ist der Mythos der Jugend verblasst und die Jugendphase eher zu einem sozialen Problem geworden. Zudem ist die Annahme, dass allein die Jugend durch Sozialisation und Erziehung tiefgreifend geprägt wird, nicht mehr plausibel, wie etwa die Vorstellung eines lebenslangen Lernens andeutet.<sup>17</sup>

<sup>14</sup> Ebd., S. 544, S. 547.

<sup>15</sup> Vgl., auch zum Folgenden, Zinnecker (Anm. 10), S. 39–44.

<sup>16</sup> Ebd., S. 50; vgl. Thomas Koebner/Rolf-Peter Janz/Frank Trommler (Hrsg.), „Mit uns zieht die neue Zeit“. Der Mythos Jugend, Frankfurt/M. 1985.

<sup>17</sup> Vgl. Zinnecker (Anm. 10), S. 39f., S. 50ff.

Ein weiteres Problem von Mannheims Ansatz ist, dass er trotz seines Versprechens einer Synthese die romantische Fundierung des Generationenkonzepts nicht überwunden hat. Zwar lehnte Mannheim die von Pinder stammende Vorstellung ab, jede Generation habe ein „inneres Ziel“, welches ihr Lebensgefühl präge.<sup>18</sup> Aber auch die Idee einer gemeinsamen, von einer ganzen Alterskohorte geteilten Erlebnisschichtung ist selbst zutiefst romantisch geprägt. Dies wird unter anderem daran deutlich, dass Mannheim die bürgerliche Jugendbewegung als Beispiel für eine durch „Gruppenbildungen“ konkret gewordene Generationseinheit anführte.<sup>19</sup> Doch die Jugendbewegung der Zeit um 1900 war ein Sonderfall, eine sozial höchst exklusive, in ihren Ritualen und Verkehrsformen nach innen gewandte und von einem elaborierten Gefühlscodex getragene Form der Vergemeinschaftung, die auf einer ausdrucksstarken Variante des romantischen Jugendmythos basierte. Die 1913 etwa 25 000, ausnahmslos bürgerlichen Mitglieder der „Wandervogelbewegung“ standen eben nicht in einer auf gemeinsamer „Erlebnisschichtung“ basierender Generationenlagerung mit gleichaltrigen Jugendlichen aus Arbeiter- und Bauernfamilien, die bis zu zwölf Stunden am Tag an der Werkbank oder auf dem Feld harter körperlicher Arbeit nachgingen. Vor 1914, aber auch noch lange danach, waren die Wahrnehmungsweisen und Erfahrungswelten unterbürgerlicher Schichten von denen der kleinen Gruppe des Bildungsbürgertums meilenweit entfernt.<sup>20</sup> Die angebliche „Tatsache, daß Menschen verwandter Jahrgänge historische Ereignisse aus derselben lebenszeitlichen Perspektive heraus wahrnehmen“, ist eben keineswegs „so einleuchtend wie trivial.“<sup>21</sup> Es bleibt in jedem Einzelfall empirisch zu untersuchen, welche Erlebnisprägungen tatsächlich vorlagen, welche Alterskohorten von ihnen betroffen waren und in welchem Umfang bestimmte Erlebnisse Gemeinschaften stifteten. Erst dann lässt sich entscheiden, ob eine mögliche generationelle Prägung nicht durch klassen-, schicht- und geschlechtsspezifische Faktoren durchbrochen oder unterlaufen wurde.

<sup>18</sup> Mannheim (Anm. 10), S. 518. Jürgen Zinnecker sieht dies anders, teilt aber die Kritik an der romantischen Überfrachtung des Generationenkonzepts. Vgl. Zinnecker (Anm. 10), S. 40f.

<sup>19</sup> Mannheim (Anm. 10), S. 524.

<sup>20</sup> Vgl. Wolfgang Kaschuba, *Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990.

<sup>21</sup> Jureit/Wildt (Anm. 7), S. 13.

Damit ist ein weiterer Kritikpunkt angesprochen, die Geschlechterblindheit, ja mehr noch der Geschlechterbias von Mannheims Ansatz und fast aller an ihn anschließenden Forschungen.<sup>22</sup> Aus Mannheims Text geht klar hervor, dass die jugendliche Generation für ihn stets nur aus jungen Männern bestand und das Kind somit zwangsläufig zu einem „Jüngling“ heranwuchs.<sup>23</sup> Nehmen wir einige der genannten Generationsprägungen in den Blick, so ist klar, dass sowohl die „Frontgeneration“ des Ersten Weltkrieges als auch die „Flakhefegeneration“ als exklusiv männlich zu verstehen sind. Dasselbe gilt aber auch für die „Kriegsjugendgeneration“. Diese wird üblicherweise durch den Versuch charakterisiert, die fehlende Fronterfahrung, welche die älteren Brüder dieser Altersgruppe aufwiesen, durch einen aggressiven Nationalismus und eine betont militante Haltung in den innenpolitischen Kämpfen der Weimarer Republik zu kompensieren. Wiederum liegt dem nur eine recht schmale Stichprobe ausnahmslos bürgerlicher Repräsentanten dieser Altersgruppe zugrunde. Auch die zeitgenössische Literatur, auf die sich die historische Konstruktion dieser generationellen Lagerung stützt, beschrieb diese Gruppe ganz selbstverständlich als „Söhne ohne Väter und Lehrer“, wie es der Journalist Peter Suhrkamp 1932 in einem Essay formulierte.<sup>24</sup>

Auffällig an dieser Formulierung ist auch, dass Suhrkamp keine Notwendigkeit sah, die prägende Wirkung der Mütter zu erwähnen. Das ist kein Zufall. Denn eine Analyse der zahlreichen Texte, die in den 1920er und frühen 1930er Jahren die Problematik der jugendlichen Altersgruppen erörterten, zeigt, dass sie allein „Männergenerationen“ konzipierten. Die Beschwörung männlich-aggressiver Eigenschaften in dieser Alterskohorte sollte eine als krisenhaft verstandene Unordnung der Geschlechterbeziehungen korrigieren. Dazu gehörte auch eine gezielte „Negation der Mutter“, die den weiblichen Einfluss auf die heranwachsenden jungen Männer herunterspielte oder komplett leugnete.<sup>25</sup> Die Kriegsjugendgeneration war also nicht nur

ohne Frauen konstruiert, sondern vielmehr ganz gezielt *gegen* diese. Der Generationendiskurs der Weimarer Republik bezog nur im Ausnahmefall junge Frauen ein, die in der Regel – weitaus präziser – als „junge Angestellte“ oder „junge Arbeiterin“ firmierten.<sup>26</sup> Als die Boulevardzeitung „Tempo“ 1929 das „Gesicht der weiblichen Generation“ suchte, geschah dies im Rahmen eines Schönheitswettbewerbs, den die Redaktion ausgelobt hatte.<sup>27</sup>

Mannheims Generationenkonzept und viele der an ihn anschließenden Forschungen weisen also mindestens vier miteinander verzahnte Probleme und Blindstellen auf: die Vermengung der Dimensionen Alterskohorte, generationelle Prägung und Lebensalter; die Bindung an den um 1900 entstandenen Jugendmythos; die Geschlechterblindheit, die historisch oft mit der gezielten Verneinung der Präsenz und Handlungsfähigkeit von Frauen verbunden war; und schließlich die romantische Überzeichnung der auf einer gemeinsamen „Erlebnisschichtung“ basierenden „Generationslagerung“, die gewissermaßen den Rohstoff darstellt, auf dessen Grundlage dann ein „Generationszusammenhang“ entstehen kann. Diesen Punkt will ich an einem konkreten Beispiel nochmals vertiefen, da er die wichtigste Ursache für die so oft anzutreffende Überzeichnung der Fundierung von Generationen im 20. Jahrhundert ist.

Für die Frontgeneration des Ersten Weltkrieges scheint es selbstverständlich, eine gemeinsame Generationslagerung anzunehmen. Der Historiker Ulrich Herbert etwa definiert – in klarer Anlehnung an Karl Mannheim – eine „politische Generation“ dadurch, dass „bedeutsame und langfristig folgenreiche Ereignisse und Entwicklungen die Erlebnisse einer zu dieser Zeit heranwachsenden Altersgruppe geprägt“ haben. Dies, so seine These, traf „auf den alle bisherigen Erfahrungsdimensionen sprengenden Ersten Weltkrieg (...) in besonderer Weise zu“.<sup>28</sup> Aber war dies tatsächlich der Fall? Wer gehörte überhaupt zu der nach 1918 so wortreich ausgemalten Frontgeneration? Zur Beantwortung dieser Frage sind zunächst einige Zahlen nötig. Von den rund 13,1 Millionen Männern,

**22** Vgl. auch im Folgenden Christina Benninghaus, *Das Geschlecht der Generation. Zum Zusammenhang von Generationalität und Männlichkeit um 1930*, in: Jureit/Wildt (Anm. 2), S. 127–157.

**23** Mannheim (Anm. 10), S. 538. Vgl. Benninghaus (Anm. 22), S. 130f.

**24** Zit. nach Ulrich Herbert, *Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert*, in: Reulecke (Anm. 10), S. 95–114, hier S. 99.

**25** Vgl. Benninghaus (Anm. 22), S. 132ff., S. 147–156.

**26** Ebd., S. 134.

**27** Jochen Hung, *Das veränderliche „Gesicht der weiblichen Generation“*. Ein Beitrag zur politischen Kulturgeschichte der späten Weimarer Republik, in: Gabriele Metzler/Dirk Schumann (Hrsg.), *Geschlechter(un)ordnung und Politik in der Weimarer Republik*, Bonn 2016, S. 217–253, hier S. 234.

**28** Herbert (Anm. 24), S. 97. Ähnlich argumentiert Jureit (Anm. 6), S. 42.

die von 1914 bis 1918 in Deutschland zum Wehrdienst eingezogen wurden, dienten zwei Drittel im Feldheer und ein Drittel in den Garnisonen in der Heimat. Gewiss, es gab einen Austausch von Personal. Aber viele Soldaten blieben eben auch die meiste oder die gesamte Zeit des Krieges über in der Heimat stationiert und arbeiteten dort als Ausbilder oder im Wachdienst. Die Front sahen sie nicht einmal aus der Ferne.<sup>29</sup> Aber auch die Angehörigen des Feldheeres standen keineswegs alle stets oder auch nur für längere Zeit an der Front und waren dort direkt in Kampfhandlungen verwickelt. Hunderttausenden von Militärangehörigen oblag die Überwachung der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten im Osten und Westen und in den Etappengebieten in Belgien und Nordfrankreich. Sozialistische Autoren wie Heinrich Wandt und Wilhelm Appens machten die Etappe nach 1918 gerade deshalb zum Gegenstand höchst erfolgreicher kriegskritischer Broschüren, weil die dort vorherrschende Korruption und Völlerei der Offiziere in starkem Kontrast zu der in der Weimarer Zeit so oft beschworenen Rede einer vom Kampf geprägten Frontgeneration stand.<sup>30</sup>

Aber selbst unter den eigentlichen Frontsoldaten, deren Einheit für längere Zeit an der Front stationiert war, finden wir keineswegs eine auch nur annähernd einheitliche „Erlebnisschichtung“. Das hat viele Gründe. Einer war die extrem ungleiche Verteilung der Kampfhandlungen an den Fronten. Auch an der Westfront gab es stille Sektoren, wo Divisionen mit vielen älteren Soldaten eine Stellung hielten, ohne vom Herbst 1914 bis in das Frühjahr 1918 hinein in nennenswerte Kampfhandlungen verwickelt zu sein. Noch wichtiger war die sozial- und klassenspezifische Verarbeitung des Fronterlebnisses. Die zahlreichen Frontsoldaten aus dörflich-bäuerlichen Schichten erlebten und deuteten die Front in den gewohnten Stabilisierungsmechanismen der ländlichen Gesellschaft: gesicherte Ernährung, christliche Frömmigkeit und agrarische Subsistenz. Für die ebenfalls zahlreichen Soldaten aus der sozialistischen Industriearbeiterschaft war der Krieg eine Bestätigung ihrer Erfahrungen über den Klassencharak-

ter der wilhelminischen Gesellschaft und die zerstörerische Dynamik des Kapitalismus.<sup>31</sup> So waren klassen- und schichtspezifische Deutungen wichtiger als potenziell generationsprägende. Die Annahme einer gemeinsamen „Generationslagerung“ der Frontsoldaten gehört ins Reich der Legende, und zwar genauer: einer in der Nachkriegszeit von Schriftstellern, soldatischen Kampfbünden und anderen Organisationen konstruierten und sorgfältig gepflegten Legende, aus der sich kulturelles und politisches Kapital schlagen ließ.

Generationen lassen sich also nicht als Gemeinschaften verstehen, die durch gemeinsame Sozialisation oder kollektive gemachte Erfahrungen gestiftet werden. Für diese durch Mannheim geprägte Annahme gibt es keine hinreichenden empirischen Belege. Das gilt nicht nur für die so oft bemühte Frontgeneration des Ersten Weltkrieges, sondern etwa auch für die sogenannten 45er. Historiker und Sozialwissenschaftler haben hier auf der Grundlage sehr schmaler empirischer Stichproben weitreichende, aber nicht hinreichend belegte Schlussfolgerungen gezogen.<sup>32</sup> Das bedeutet nicht, dass die Kategorie der Generation damit völlig bedeutungslos wäre. Es zeigt vielmehr, dass das seit Karl Mannheim fortgeschriebene Verständnis von Generationen als Erfahrungsgemeinschaften nicht plausibel ist.

## GENERATIONALITÄT ALS MEDIALE KONSTRUKTION

Aus dieser Feststellung lassen sich verschiedene Konsequenzen ziehen. Die Historikerin Mary Fulbrook hat mit Blick auf die besondere Prägung der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert durch Diktaturen und Gewalt vorgeschlagen, Generationen als Einheiten zu verstehen, die auf solche spezifischen „Herausforderungen“ in einer bestimmten Art und Weise reagieren. Fulbrook macht deutlich, dass die Annahme „gemeinsamer Schlüsselerfahrungen“ empirisch nicht überzeugend ist.<sup>33</sup> Stattdessen richtet sie den Blick auf die individuell erprobten und vollzogenen, aber doch

**29** Vgl. Richard Bessel, *The „Front Generation“ and the Politics of Weimar Germany*, in: Mark Roseman (Hrsg.), *Generations in Conflict. Youth Revolt and Generation Formation in Germany 1770–1968*, Cambridge 1995, S. 121–136, S. 124f.

**30** Vgl. Benjamin Ziemann, *Gewalt im Ersten Weltkrieg. Töten-Überleben-Verweigen*, Essen 2013, S. 198–219.

**31** Vgl. ders., *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923*, Essen 1997, S. 57–106, S. 229–289; Wolfgang Kruse, *Krieg und Klassenheer. Zur Revolutionierung der deutschen Armee im Ersten Weltkrieg*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4/1996, S. 530–561.

**32** Zur Kritik an der Forschung vgl. Moses (Anm. 4), S. 103–114.

**33** Mary Fulbrook, *Dissonant Lives. Generations and Violence Through the German Dictatorships*, Oxford 2011, S. 9.



in einem kollektiven Möglichkeitsraum begrenzten Formen, in denen eine Generation jeweils auf die Erfahrung von Diktatur und Krieg reagiert. Doch auch dieser Zugang lebt von der von vornherein gemachten Annahme, dass bestimmte Alterskohorten durch ihre besondere Sichtbarkeit im historischen Prozess quasi automatisch „herausstechen“. Bei Fulbrook sind dies vor allem die sogenannten 1929er, die nach 1945 als politisch unbelastet gelten konnten.<sup>34</sup> Das von ihr vorgeschlagene Modell von *challenge* und *response* führt weiter als die Annahme einer übergreifenden Erlebnisschichtung. Aber trotz der Heranziehung zahlreicher Selbstzeugnisse verlieren sich die Spuren der so verstandenen „1929er“ doch bald im Strudel der Umbrüche des 20. Jahrhunderts.<sup>35</sup>

Die andere, zentrale Konsequenz besteht darin, das Konzept der Generation von der Bindung an eine gemeinsame prägende Erfahrung komplett zu lösen und als eine diskursiv konstruierte und medial inszenierte Identitätskonstruktion zu verstehen. In diesem Sinne sind Generationen als „imaginäre Begriffe“ bezeichnet worden.<sup>36</sup> Damit ist nicht gemeint, dass eine solche Imagination folgenlos bleibt. Der Blick richtet sich vielmehr darauf, dass „Generation“ eine begriffliche Zuschreibung ist, die in der öffentlichen Diskussion von sozialen und politischen Konflikten verwendet wird, aber auch der kollektiven Selbstthematisierung und Selbstbeschreibung bestimmter Alterskohorten dienen kann, ohne dass dem eine einheitliche Erfahrungsprägung zugrunde liegen muss. Die Pointe eines so verstandenen Konzepts besteht gerade in der Aufmerksamkeit dafür, dass die öffentlich zirkulierende Rede von generationellen

Einheiten oft erhebliche Unterschiede in der Erlebnisschichtung verdecken soll, um damit Deutungs- oder Geltungsansprüche in der Gesellschaft durchzusetzen. Für diesen Fokus auf die kommunikative und mediale Inanspruchnahme oder Zuschreibung einer Generationslagerung hat sich der Begriff der „Generationalität“ eingebürgert.<sup>37</sup> Ein methodisch umsichtiges und empirisch höchst ertragreiches Beispiel für diesen Zugang ist die Studie des Historikers Benjamin Möckel zur Kriegsjugendgeneration in den beiden deutschen Staaten nach 1945. Auf der Grundlage von Selbstzeugnissen und publizierten Texten kann Möckel zeigen, dass die Inanspruchnahme des Generationenbegriffs durch die Jugendjahrgänge des Zweiten Weltkriegs gerade dazu diente, mit der „Entwertung“ der im Dritten Reich geprägten „Gemeinschaftsvorstellungen“ umzugehen und daraus neue biografische Perspektiven für die Zeit nach 1945 abzuleiten. Die Rede von der Generation erscheint so als eine „biografische Metapher“, mit der sich die doppelte Herausforderung von Zusammenbruch und Neuanfang nach 1945 sowohl individuell als auch kollektiv ausdeuten ließ.<sup>38</sup>

## FAZIT

Über der Verwendung des Begriffs der „Generation“ in Deutschland im 20. Jahrhundert liegt der lange Schatten der bürgerlichen Jugendbewegung um 1900. Der klassische Text von Karl Mannheim war stark vom romantischen Grundgefühl, der Beschwörung des gemeinsamen Erlebnisses und dem Kult der Jugend geprägt, der die Jugendbewegung auszeichnete. Die ebenso inflationäre wie konfliktreiche Inanspruchnahme des Begriffs in der Weimarer Republik vertiefte den irreführenden Eindruck, dass sich Generationen auf eine geteilte „Erlebnisschichtung“ zurückführen lassen. Generationen sind in erster Linie jedoch Identitätskonstruktionen, die bestimmte Alterskohorten in der Gesellschaft sichtbar machen und Individuen die Möglichkeit bieten, ihre eigene Lebensgeschichte vor diesem Hintergrund zu deuten und zu reflektieren. Dabei wird auch deutlich, dass die Massenmedien in diesen Prozess der semantischen Erzeugung von Generationen eine immer wichtigere Rolle spielen.<sup>39</sup>

## BENJAMIN ZIEMANN

ist Professor für neuere deutsche Geschichte an der University of Sheffield.

b.ziemann@sheffield.ac.uk

<sup>34</sup> Ebd., S. 7f.

<sup>35</sup> Vgl. Armin Nolzen, Rezension zu Mary Fulbrook, *Dissonant Lives. Generations and Violence Through the German Dictatorships*, 21. 6. 2012, [www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-16086](http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-16086).

<sup>36</sup> Bessel (Anm. 29), S. 121.

<sup>37</sup> Jürgen Reulecke, Einführung, in: ders. (Anm. 10), S. VII–XV, hier S. VIII. Vgl. Jureit (Anm. 6), S. 40–52, aber immer noch mit dem Schwanken zwischen „Selbstbeschreibungen“ und „Erfahrungen“, ebd., S. 46.

<sup>38</sup> Vgl. Benjamin Möckel, *Erfahrungsbruch und Generationsbehauptung. Die „Kriegsjugendgeneration“ in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften*, Göttingen 2014, S. 385f. Siehe auch den Beitrag von Benjamin Möckel in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

<sup>39</sup> Vgl. Björn Bohnenkamp, *Doing Generation. Zur Inszenierung von generationeller Gemeinschaft in deutschsprachigen Schriftmedien*, Bielefeld 2011.

# STEREOTYPISIERUNGEN VON JUNG UND ALT IN DER CORONA-PANDEMIE

*Helga Pelizäus · Jana Heinz*

Die Covid-19-Pandemie trifft jeden. Das Aufrechterhalten des „normalen“ Alltags ist für alle eine Herausforderung, auch aufgrund sich stetig ändernder Verhaltensregeln sowie national, regional und kommunal unterschiedlicher Strategien. „Ungewissheit“, „Uneindeutigkeit“ und „Nichtwissen“ sind Schlagworte, die die Pandemie ständig begleiten. In den Wissenschaften, in medialen Diskursen und im sozialen Miteinander existiert eine Vielzahl verschiedener, sich teils diametral widersprechender Einschätzungen der Situation. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue Wissenslücken und Ambivalenzen aufgedeckt, alte Annahmen infrage gestellt und verworfen oder neue, noch nicht geprüfte, formuliert werden. Doch trotz aller Ungewissheit scheint eines klar: Schenkt man vielen Medienberichten Glauben, dann ist die Generation der Alten die heutige Risikogruppe, die Generation der Jungen jene der Zukunft.<sup>01</sup>

Die Unübersichtlichkeiten und Ungewissheiten werden auf individueller und gesamtgesellschaftlicher Ebene vielfach als Überrumpfung und Überforderung erlebt. Aus risikosoziologischer Sicht sind sie keineswegs überraschend. Die Schwierigkeiten politischen Handelns auf der Basis von Nichtwissen sowie unbeabsichtigte Nebenfolgen gesellschaftlichen Wandels werden seit den 1980er Jahren intensiv erforscht.<sup>02</sup> Die umso dringlichere Suche nach Gewissheiten in Zeiten, in denen sich Unsicherheit und Uneindeutigkeit scheinbar explosionsartig vermehren, ist dabei ein wichtiges Thema. Risikosoziolog\*innen verweisen darauf, dass das individuelle Erleben von Ungewissheit in hohem Maße von den herrschenden gesellschaftlichen Deutungen und Interpretationen geprägt ist.<sup>03</sup> Ob sich der Mensch den Ungewissheiten hilflos ausgeliefert fühlt oder sie eher als Herausforderung erlebt, die er durch eigenes Handeln erfolgreich bewältigen kann, hängt entscheidend vom gesellschaftlichen Kontext ab.

Am Beispiel der Corona-Pandemie kann wie unter dem mittlerweile bereits sprichwörtli-

chen Brennglas studiert werden, was in der Soziologie schon lange als typisch spätmodern beschrieben wird. In risikosoziologischer Terminologie ausgedrückt, ist die derzeitige Situation gekennzeichnet durch eine Pluralisierung kognitiver Grenzen und Grenzziehungen, mit der Folge, dass sich ehemals stabile Orientierungs- und Handlungsrahmen auflösen.<sup>04</sup> So verschwimmt die Grenze zwischen Wissen und Nichtwissen. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden teils in Zweifel gezogen, früher meist als illegitim geltendes „Wissen“, etwa Verschwörungserzählungen, erhält Beachtung und Anerkennung. Maßnahmen und Verbote beziehungsweise Grenzziehungen werden beschlossen, erhalten aber nur einen „Als-ob-Charakter“.<sup>05</sup> Von den meisten Menschen werden sie zwar anerkannt, aber ihr fiktiver Charakter erscheint vielen offensichtlich. Die Konsequenz dieser Unübersichtlichkeit ist, dass Ad-hoc-Entscheidungen getroffen werden, die nur für gewisse Zeit Geltung erhalten, und Diskussionen eher durch Nichtwissen als durch Wissen bestimmt werden.

Um bei der Bekämpfung der Pandemie auf individueller, gesellschaftlicher und institutioneller Ebene Orientierung und Handlungssicherheit zu ermöglichen, müssen gleichwohl Entscheidungen getroffen werden, insbesondere von politischen Akteur\*innen. Denn „Handeln ist nur möglich, wenn sich die Welt als erwartbar stabil darstellt und nicht permanent auch anders erscheint“. Das bedeutet, dass „aus dem Universum denkbarer Möglichkeiten bestimmte (...) als handlungsrelevant ausgewählt, andere hingegen als irrelevant ausgeblendet werden, wobei genau dieser Selektionsprozeß zu (sozialer) Eindeutigkeit und Sicherheit führt“.<sup>06</sup> In diesem Sinne sind Sicherheiten also immer soziale Konstruktionen, die je nach Kontext unterschiedlich ausbuchstabiert werden.

Während sich die Bundesregierung bei der Einschätzung der Pandemie beispielsweise vor allem auf wissenschaftlich fundierte Eindeutig-

keitskonstruktionen des Robert Koch-Instituts (RKI) beruht und auf dieser Basis Maßnahmen beschließt, zeigen sich auf individueller Ebene auch Konstruktionen jenseits der Rationalität. Hier kann auch das Bauchgefühl Sicherheit stiften – oder einfach das Vertrauen darauf, dass schon alles gut gehen werde. Auch der Rückgriff auf Verschwörungserzählungen kann der Fiktion von Sicherheit dienen. Auf der anderen Seite gibt es Menschen, die durch ihre Akzeptanz von Ambivalenz und Widersprüchen „auch in undurchschaubaren Situationen pragmatisch, gegenwartsorientiert, voller Selbstvertrauen und im eigenen Interesse (...) entscheiden“.<sup>07</sup> Gegenwärtig allerdings scheint allgemein die Hoffnung auf eindeutige Antworten zu überwiegen. Der Wunsch nach Gewissheiten und einer endgültigen Lösung des Problems der Covid-19-Pandemie scheint ungebrochen.

Die Definition (vermeintlich) eindeutiger Risikogruppen kann in dieser Situation Sicherheit bieten, auf der aufgebaut und mit der politische Akteur\*innen Handlungsfähigkeit beweisen können. Oder überspitzt formuliert: Je klarer das zu Schützende und je konkreter daraufhin die Gefährdungslage definiert werden, desto eindeutiger können Maßnahmen formuliert und eigene Erfolge belegt werden. Unbeabsichtigte und unerwünschte Nebenfolgen können dabei schnell aus dem Blick geraten. Ein Beispiel hierfür sind die Stereotypisierungen der Generationen im Rahmen der Pandemiebekämpfung.

**01** Die Begriffe „Generation“, „Alt“ und „Jung“ werden in Anlehnung an die Berichterstattung umgangssprachlich verwendet, nicht als soziologische Kategorien.

**02** Vgl. Ulrich Beck, *Die Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M. 1986; Wolfgang Bonß, *Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewißheit in der Moderne*, Hamburg 1995; Helga Pelizäus-Hoffmeister, *Biographische Sicherheit im Wandel? Eine historisch vergleichende Analyse von Künstlerbiographien*, Wiesbaden 2006.

**03** Vgl. Helga Pelizäus-Hoffmeister, *Das lange Leben in der Moderne. Wechselbeziehungen zwischen Lebensalter und Modernisierung*, Wiesbaden 2006.

**04** Vgl. Ulrich Beck/Wolfgang Bonß/Christoph Lau, *Theorie reflexiver Modernisierung – Fragestellungen, Hypothesen, Forschungsprogramme*, in: Ulrich Beck/Wolfgang Bonß (Hrsg.), *Die Modernisierung der Moderne*, Frankfurt/M. 2001, S. 11–59.

**05** Ebd., S. 39.

**06** Vgl. Wolfgang Bonß, *Die gesellschaftliche Konstruktion von Sicherheit*, in: Ekkehard Lippert/Andreas Prüfert/Günther Wachtler (Hrsg.), *Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft*, Wiesbaden 1997, S. 21–41, hier S. 24.

**07** Vgl. Pelizäus-Hoffmeister (Anm. 2), S. 328f.

## BILDER VON ALT UND JUNG

Vor allem in Anlehnung an Angaben des RKI<sup>08</sup> werden ältere Menschen derzeit meist als schutzbedürftig und hilflos beschrieben, als Gruppe mit hohem Risiko für schwere Krankheitsverläufe und Sterblichkeit. Diese vereinfachte Typisierung ist problematisch, da sie das gesellschaftliche Miteinander prägt. Altersbilder verfestigen sich in dem Maße, wie sie konkretes Handeln anleiten. Dass sie sich auch in den Köpfen der älteren Menschen selbst verfestigen können, zeigen zum Beispiel Studien, die belegen, dass sich pflegebedürftige Menschen umso weniger selbstständig verhalten und fühlen, je mehr Unterstützung sie erfahren.<sup>09</sup> Das gegenwärtig herrschende Altersbild steht in deutlichem Widerspruch zum sechsten Altenbericht der Bundesregierung, in dem 2010 dazu aufgefordert wurde, das Alter gerade nicht mit Krankheit, Fürsorge- und Hilfsbedürftigkeit gleichzusetzen, sondern die Heterogenität und die Kompetenzen und Potenziale älterer Menschen zu betonen.<sup>10</sup>

Ein pauschalisierendes Bild wird auch von Kindern und Jugendlichen gezeichnet. Schon jetzt werden sie mitunter als „Generation Corona“ bezeichnet,<sup>11</sup> die unter den eingeführten Maßnahmen am meisten leide.<sup>12</sup> So wurde beispielsweise in öffentlichen Diskursen bereits nach wenigen Wochen Homeschooling festgehalten, dass die Pandemie Bildungsprobleme verschärft. Dabei wird mitunter übersehen, dass diese nicht per se Folgen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind. Vielmehr kommen zwei seit Langem bekannte Funktionsdefizite des deut-

**08** Vgl. Robert Koch-Institut, *Epidemiologischer Steckbrief zu SARS-CoV-2 und COVID-19*, 13. 11. 2020, [www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Steckbrief.html](http://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html).

**09** Vgl. Margret M. Baltes/Hans-Werner Wahl, *The Dependency-Support Script in Institutions: Generalization to Community Settings*, in: *Psychology and Aging* 3/1992, S. 409–418.

**10** Vgl. *Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland – Altersbilder in der Gesellschaft*, Bundestagsdrucksache 17/3815, 17. 11. 2010, [www.bmfsfj.de/blob/77898/a96affa352d60790033f9bbeb5b0e24/bt-druck-sache-sechster-altenbericht-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/blob/77898/a96affa352d60790033f9bbeb5b0e24/bt-druck-sache-sechster-altenbericht-data.pdf).

**11** Vgl. überblicksartig Kirsten Girschick, *Frust bei der „Generation Corona“*, 18. 10. 2020, [www.tagesschau.de/inland/coronavirus-jugendliche-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-jugendliche-101.html).

**12** Vgl. Detlef Fickermann/Benjamin Edelstein (Hrsg.), *„Langsam vermisste ich die Schule ...“*. Schule während und nach der Corona-Pandemie, Münster 2020.

schen Bildungssystems zusammen: die starke Korrelation zwischen sozioökonomischem Status der Eltern und dem schulischen Erfolg ihrer Kinder sowie eine unzureichende digitale Infrastruktur.<sup>13</sup>

Der medialen Berichterstattung kommt mit Blick auf die Stereotypisierung von „Alt“ und „Jung“ eine besondere Bedeutung zu. Mediale Diskurse lassen sich als argumentative Praxis charakterisieren, durch die kollektives Wissen hervorgebracht und abgesichert wird. Sie werden nicht einseitig von Individuen erzeugt, sondern produzieren und formieren auch Wahrnehmungen und „Wahrheiten“ für andere. Damit erzeugen sie Regeln, die bestimmen, was und wie über Dinge gesprochen und was verschwiegen wird, was als wahr und was als falsch erscheint. Gerade in gesellschaftlichen Ausnahmezuständen wie den gegenwärtigen sind Diskurse zur Verständigung über Veränderungen, Risiken und „Normalität“ wesentlich. Sie spiegeln die Einstellung der Gesellschaftsmitglieder wider, beschreiben sie und prägen das Bewusstsein in Hinblick auf Gefahren, Gefährdete sowie die Angemessenheit politischer Maßnahmen.

Im Folgenden wird am Beispiel der Online-Berichterstattung der „Süddeutschen Zeitung“, der „Welt“ und der „Taz“ von Anfang März bis Ende September 2020 skizziert, in welcher Weise von älteren Menschen sowie Kindern und Jugendlichen mit besonderem Fokus auf intergenerationelle Beziehungen berichtet wird.<sup>14</sup> Auf den ersten Blick fällt auf, dass ältere Menschen und Kinder in öffentlichen Diskussionen kaum selbst zu Wort kommen. Es wird allenfalls *über* Kinder berichtet oder sie werden medizinisch untersucht.<sup>15</sup> Dies steht in klarem Widerspruch zu wesentlichen Ansätzen kindheitssoziologischer Forschungen, die gerade Konzepte wie „Agency“ und „Akteurschaft“ stark machen, damit Kinder ihre Anliegen und Bedürfnisse selbst zum Aus-

druck bringen können.<sup>16</sup> In Expert\*innenforen und politischen Strategieplänen werden ihre Bedürfnisse – wenn überhaupt – gebündelt von Interessenvertreter\*innen eingebracht. Ähnliches lässt sich für die Gruppe der älteren Menschen feststellen: Hier sind es vor allem Pflegeheimleiter\*innen, Verbände und Wissenschaftler\*innen, die um ihre Einschätzung der Situation gebeten werden.

Betrachtet man die Pandemie in ihrem zeitlichen Verlauf, dann zeigt sich, wie sich Themen und Bilder verschieben, einige mehr oder weniger verschwinden, andere zur quasi unhinterfragten Selbstverständlichkeit werden und wieder andere neu auftauchen und an Relevanz gewinnen können. Zugespitzt kann zwischen vier Phasen unterschieden werden. Da sich die Themen allerdings nicht in allen Zeitungen gleichzeitig verlagern und zudem unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden, dient diese Einteilung nur einer vagen Orientierung.

#### Suche nach Eindeutigkeiten

Die erste Phase könnte auch als „Chaos“ beschrieben werden. Weder konnten eindeutige Angaben zur Gefährlichkeit des neuartigen Corona-Virus, seinen Verbreitungswegen oder seiner Infektiosität gemacht, noch über konkrete Ideen zu Gegenmaßnahmen berichtet werden. Durch die Vielfalt unterschiedlicher (Experten-)Meinungen und Einschätzungen waren nicht nur Privatpersonen, sondern auch Politiker\*innen überfordert und verunsichert. Das Entwickeln von Maßnahmen zur Eindämmung einer Pandemie setzt ein Mindestmaß an Wissen entweder über den sogenannten Feind – das Virus und seine Verbreitungswege – voraus oder darüber, wer besonders zu schützen ist. Da konkretes Wissen zum Virus anfangs fast völlig fehlte, konnte nur die Definition der zu schützenden Gruppe(n) Anhaltspunkte für Schutzmaßnahmen liefern.

Im Februar 2020 wiesen erste Erkenntnisse des RKI darauf hin, dass das Virus für ältere Menschen besonders gefährlich ist und das Risiko tödlicher Krankheitsverläufe mit dem Alter statistisch zunimmt. Auf dieser Basis wurde in der Folge vielfach ein Bild älterer Menschen als stark

**13** Vgl. Jana Heinz, Sputnik-, PISA- und Corona-Schock: Endlich Digitalisierung der Schulen?, in: Schiedel-Exchange 6/2020, S. 23f.

**14** Insgesamt wurden 122 Artikel unterschiedlicher Ressorts inhaltsanalytisch ausgewertet. Dabei wurden die Artikel ausgewählt, die bei der Schlagwortsuche mit den Begriffen „Corona“, „Generationen“, „Alt“ beziehungsweise „Ältere“ sowie „Jung“ beziehungsweise „Jugend“ und „Kinder“ aufgelistet wurden.

**15** Vgl. z. B. „Kinder sind keine Virenschleudern“. Interview mit Torsten Spranger, 27.4.2020, <https://taz.de/15678362>.

**16** Vgl. Doris Bühler-Niederberger, Lebensphase Kindheit. Theoretische Ansätze, Akteure und Handlungsräume, Weinheim-Basel 2020.

gefährdet und schutzbedürftig gezeichnet. Neben Menschen mit Atemwegserkrankungen wurden sie zur Risikogruppe erklärt. Diese Stereotypisierung erschien präzise und eindeutig genug, um zumindest für ein wenig Klarheit in der ansonsten unüberschaubaren Situation zu sorgen. Und mit dieser Festlegung konnte über geeignete Strategien zur Eindämmung der Gefährdung nachgedacht werden – etwa darüber, dass die „Alten und Schwachen (...) zu schützen“ seien,<sup>17</sup> die Situation insbesondere ihnen „eine striktere Isolation“ vorschreibe.<sup>18</sup> Die Jüngeren dagegen sollten „Verantwortung für die ältere Generation“ übernehmen.<sup>19</sup>

So hilfreich das Bild älterer Menschen als eindeutige Risikogruppe auf der einen Seite sein mag, so unpassend ist es auf der anderen. Es wird einerseits die Heterogenität des Alters ignoriert, die sich unter anderem in der großen zeitlichen Lebensspanne ausdrückt.<sup>20</sup> Andererseits, und das wiegt schwerer, wird ein teils defizitäres Altersbild gezeichnet, das die Selbstbestimmtheit älterer Menschen völlig übersieht. Eigenverantwortlichkeit wird ihnen pauschal abgesprochen – beispielsweise mit den Worten, sie „sind dankbar, dass jemand ihre Sorgen ernst nimmt“.<sup>21</sup>

Erfolgte ein fast paternalistischer Zugriff auf die Älteren, tauchten Kinder in der Berichterstattung kaum auf – und falls doch, dann vor allem zur Klärung der Frage, „inwiefern Kinder das Coronavirus übertragen (...) und Schulen und Kindergärten wie Brutstätten wirken“.<sup>22</sup>

### Abstand im Namen der Solidarität

Vor dem Hintergrund der definierten Risikogruppe wurde in der zweiten Phase insbesondere

über geeignete Strategien zu ihrem Schutz diskutiert. Zugespitzt kann zwischen zwei Positionen unterschieden werden:

Die *erste* Position erachtete die nun von der Politik nach und nach eingeführten Maßnahmen für sinnvoll. Hier lautete das Motto, Abstand zu halten im Namen der Solidarität.<sup>23</sup> Im überwiegenden Maße wurden die Schließung öffentlicher und privater Einrichtungen, Grenzschließungen und Kontaktbeschränkungen, also all das, was meist unter dem Begriff „Lockdown“ verhandelt wird, akzeptiert. Die Pandemie, so wurde betont, sei zugleich eine Chance, Verantwortung für andere zu übernehmen und damit der eigenen Rolle als Staatsbürger\*in gerecht zu werden.

Die *zweite* Position vertrat den Ansatz, dass ältere Menschen freiwillig zu Hause bleiben sollten, damit die Jungen ihr Leben weitgehend unbeschränkt fortführen können. So wurde beispielsweise ein Mediziner mit den Worten zitiert, es würde „die Zahl der schweren Infektionen verringern, wenn die Gruppe der über 75-Jährigen zu Hause bleibt, und je mehr Alte dies tun, desto früher können die Jungen wieder raus“.<sup>24</sup> Teils wurde auch über Berechnungen des Ökonomen Bernd Raffelhüschen berichtet, der behauptete, durch den sogenannten Lockdown sei die Zahl der gewonnenen Lebensjahre für die Gesamtgesellschaft geringer als ohne ihn, Rücksichtnahme der Jungen auf die Alten rechne sich also volkswirtschaftlich nicht.<sup>25</sup> Auch die Aussage des grünen Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer lässt sich hier einordnen: „Ich sage es Ihnen mal ganz brutal: Wir retten in Deutschland möglicherweise Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären.“<sup>26</sup> Diese Position verweist auf einen Generationenkonflikt, der auf unterschiedlichen Ebenen – Einkommen, Wohn- und Arbeitssituation, soziale Bedürfnisse oder Ähnliches – diskutiert wird, mit dem immer gleichen

**17** Moritz Seyffarth, Nun muss meine Generation Verzicht lernen und Größe beweisen, 14. 3. 2020, [www.welt.de/206538483](http://www.welt.de/206538483).

**18** Senioren in der Corona-Krise: Die Ängste im Rahmen halten. Interview mit Sabine Köhler, 22. 5. 2020, [www.sueddeutsche.de/leben/familie-senioren-in-der-corona-krise-die-aengste-im-rahmen-halten-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200520-99-131035](http://www.sueddeutsche.de/leben/familie-senioren-in-der-corona-krise-die-aengste-im-rahmen-halten-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200520-99-131035).

**19** Ebd.

**20** Hier lassen sich Unterschiede zwischen den Medien belegen. So wird in Artikeln der „Süddeutschen Zeitung“ wiederholt darauf verwiesen, dass eigentlich Menschen sehr hohen Alters („Hochaltrige“) gemeint sind, wenn von der besonderen Gefährdung gesprochen wird.

**21** „Die Pandemie ist schrecklich“. Interview mit Karl Lauterbach, 25. 4. 2020, <https://taz.de/!5678392>.

**22** Interview mit Torsten Spranger (Anm. 15).

**23** Vgl. Ingo Arend, Solidarisches Abstandhalten, 30. 3. 2020, <https://taz.de/!5673911>.

**24** Zit. nach Heike Haarloff, Sperrt uns ein!, 10. 4. 2020, <https://taz.de/!5675306>.

**25** Vgl. Dorothea Siems, Shutdown rettete Millionen – aber senkt unsere Lebenserwartung erheblich, 15. 6. 2020, [www.welt.de/209561613](http://www.welt.de/209561613).

**26** Zit. nach Palmer: „Menschen die in halbem Jahr sowieso tot wären“, 28. 4. 2020, [www.sueddeutsche.de/gesundheit/gesundheitsuebingen-palmer-menschen-die-in-halbem-jahr-sowieso-tot-waeren-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200428-99-863349](http://www.sueddeutsche.de/gesundheit/gesundheitsuebingen-palmer-menschen-die-in-halbem-jahr-sowieso-tot-waeren-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200428-99-863349).

Ergebnis: Die Rentner seien die Gewinner in der Krise, während die Jungen die Kosten zu tragen hätten.<sup>27</sup>

Die beiden Positionen inhärenten Altersbild der ähneln sich in dem Sinne, dass die Typisierung der älteren Generation als Risikogruppe nun nicht mehr infrage gestellt wurde. Unterschiede zeigten sich allerdings in der Hinsicht, dass von Vertreter\*innen der ersten Position das Altersbild aus der vorherigen Phase vollständig übernommen wurde. Ein Bild von Zerbrechlichkeit und Gefährdung älterer Menschen wurde gezeichnet; diese bedürften dringend der schützenden Gemeinschaft. Die geforderte Solidarität bezog sich auf die gesamte Gesellschaft, ein Generationenkonflikt wurde nicht inszeniert. Vertreter\*innen der zweiten Position hingegen sprachen den älteren Menschen Verantwortung zu und forderten sie auf, sich freiwillig zu isolieren, um den Jungen ihre Freiheiten zu erhalten. Hier wurde ein Generationenkonflikt konstruiert, der zwischen Gewinnern und Verlierern unterscheidet, wobei den Alten die Rolle der Gewinner zugeschrieben wurde.

#### Veralltäglicung der Krise

In der dritten Phase fand bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung eine Art Veralltäglicung der Krise statt. Das medial vermittelte Krisenszenario wurde nun mehr oder weniger als gegeben hingenommen und es wurde versucht, im Alltag möglichst konstruktiv damit umzugehen. In der medialen Berichterstattung zeigte sich diese Veralltäglicung darin, dass vormals viel diskutierte Aspekte, etwa die Konstruktion der Älteren als Risikogruppe und die Notwendigkeit eines „Lockdowns“ zu ihrem Schutz, kaum noch infrage gestellt wurden. Sie waren zum quasi unhinterfragten Fundament für weitere Entscheidungen geworden.

Die Standpunkte einer kleinen Minderheit Andersdenkender – sich selbst so bezeichnende „Querdenker“ – wurden zwar nicht ignoriert, erhielten aber nur am Rande Beachtung. Vielmehr standen nun die Herausforderungen im Mittelpunkt, sich mit den Folgen des „Lockdowns“ zu arrangieren. Es wurde kontrovers diskutiert, wie die Maßnahmen jeweils anzupassen seien, da-

<sup>27</sup> Vgl. Moritz Seyffarth, Die Jugend bezahlt die Krise – so verliert Deutschland eine ganze Generation, 6.8.2020, [www.welt.de/212945988](http://www.welt.de/212945988).

mit sich Einschränkungen und Verluste in Grenzen hielten. Entsprechend der föderalen Staatsordnung wurde viel über national, regional und kommunal unterschiedlich zu handhabende Regeln und Verbote und deren Vor- und Nachteile berichtet. Die Risikogruppe der Älteren geriet mehr und mehr aus dem Blick, da eine neue Risikogruppe „entdeckt“ wurde: die Kinder und Jugendlichen.

#### Corona-Generation als neue Risikogruppe

Ab Ende April 2020 wurde verstärkt über Eltern berichtet, die durch vernetzte Aktionen im Internet und Demonstrationen ihre Überforderung zum Ausdruck brachten, im Homeoffice gleichzeitig auch Homeschooling beziehungsweise Betreuung leisten zu müssen.<sup>28</sup> Damit rückte die Situation von Kindern ins öffentliche Bewusstsein. Konsens bestand weitgehend darüber, dass Kinder und Jugendliche von Corona-Infektionen weniger gesundheitliche Schäden davontragen würden. Sie wurden aber nun als die Gruppe beschrieben, die von den Nebenfolgen der Strategien zur Eindämmung des Virus – unter Berücksichtigung des jeweiligen sozioökonomischen Status – am stärksten betroffen sei, etwa durch seelische und körperliche Gefährdungen, Bildungsdefizite, finanzielle Verluste, fehlende Ausbildungsstellen sowie die Aussicht, als „Corona-Generation“ die gesamtgesellschaftlichen Schulden infolge der Krise mittel- bis langfristig begleichen zu müssen.<sup>29</sup>

Insgesamt wurde die Gruppe der Kinder und Jugendlichen in Relation zu anderen Altersgruppen meist vor dem Hintergrund eines Generationenkonflikts zwischen Jung und Alt thematisiert. Die Begriffe „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ rückten in den Mittelpunkt. So wurde von der älteren Generation häufig Gerechtigkeit eingefordert: Sie sollten ihre Ansprüche reduzieren,<sup>30</sup> sich zur Entlastung der Jungen an den Kosten der Kri-

<sup>28</sup> Vgl. z. B. „Eltern in der Krise“ demonstrieren für Kleinkinder, 29.4.2020, [www.sueddeutsche.de/gesundheit/gesundheits-frankfurt-am-main-eltern-in-der-krise-demonstrieren-fuer-kleinkinder-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200429-99-885359](http://www.sueddeutsche.de/gesundheit/gesundheits-frankfurt-am-main-eltern-in-der-krise-demonstrieren-fuer-kleinkinder-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200429-99-885359).

<sup>29</sup> Vgl. z. B. Renate Meinhof, Familie, allein zu Haus, 30.4.2020, [www.sueddeutsche.de/1.4889974](http://www.sueddeutsche.de/1.4889974); Marcel Reich, „Das können weder die Medien noch die Politik ignorieren“, 12.8.2020, [www.welt.de/213235288](http://www.welt.de/213235288).

<sup>30</sup> Vgl. Florian Sädler, Liebe Oma, lieber Opa!, 19.3.2020, [www.welt.de/206646347](http://www.welt.de/206646347).

se beteiligen<sup>31</sup> und zu Hause bleiben.<sup>32</sup> Bei der Situationsbeschreibung der Jungen hingegen überwog der Begriff der „Solidarität“. Gerade Kinder und Jugendliche hätten diesen Wert verinnerlicht und würden gerne auf Rechte und Freiheiten verzichten.<sup>33</sup> Das Verhalten Jugendlicher, die sich für Partys an den Wochenenden im Freien trafen, wurde dagegen teils zum Spiegelbild defizitärer elterlicher Erziehungspraktiken erklärt. Der Bindungsforscher Karl Heinz Brisch wurde beispielsweise mit den Worten zitiert: „Wenn Jugendliche jetzt Partys feiern, halten sie uns den Spiegel vor.“<sup>34</sup>

## NEBENFOLGEN

Die Konstruktion von Eindeutigkeiten in unsicheren Situationen ist nicht nur nachvollziehbar, sondern notwendig, um klare Entscheidungen treffen zu können. In diesem Sinne sind auch die zugespitzten Bilder von Alt und Jung erste Schritte, um Strategien im Umgang mit der Pandemie entwickeln und damit Handlungssicherheit und Orientierung bieten zu können. Sie sind jedoch nicht dazu geeignet, komplexe Realitäten abzubilden. Es sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass sie mit unbeabsichtigten Nebenfolgen einhergehen können, die reflektiert werden sollten.

So kann etwa der pauschalisierende Diskurs über Ältere dazu führen, dass Entscheidungen „im medizinischen Bereich allein aufgrund des Alters einer Person und nicht aufgrund detaillierter Informationen zu ihrem Gesundheitszustand gefällt werden“ oder das defizitäre Altersbild von den Älteren selbst übernommen wird.<sup>35</sup>

Ein vereinfachtes Altersbild vernachlässigt zudem die große Heterogenität der Gruppe älterer Menschen und übersieht, dass auch diese ihr Leben kompetent und verantwortungsvoll

gestalten. Es leistet einer Altersdiskriminierung Vorschub, die nicht nur auf institutioneller und organisatorischer Ebene wirkt, sondern die sich ebenfalls in den Köpfen der Menschen verfestigt. Die Vielfalt des Alters zeigt sich nicht nur in sozialen und gesundheitlichen Unterschieden, sie drückt sich zum Beispiel auch in der großen zeitlichen Lebensspanne aus, die mit einem vereinfachten Altersbild nicht adäquat abgebildet wird. Was beispielsweise für Menschen sehr hohen Alters statistisch zutreffen mag – etwa eine höhere Zahl an Vorerkrankungen –, muss nicht für 60-Jährige zutreffen. In der Gerontologie wird zwischen dem sogenannten dritten und dem vierten Alter unterschieden: Menschen im dritten Alter erfreuen sich meist relativ guter Gesundheit und erbringen häufig selbst auf vielfältige Weise Unterstützung für andere, während das vierte Alter die Menschen umfasst, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Die häufig fehlende Differenzierung zwischen diesen beiden Gruppen älterer Menschen führt in der derzeitigen Krise zum Beispiel dazu, dass viele Menschen des dritten Alters „durch die bestehenden Restriktionen in ihrem Engagement ‚ausgebremst‘ werden“.<sup>36</sup>

Auch für Kinder und Jugendliche kann die Stereotypisierung zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden. Bei der starken Fokussierung auf ihre künftigen Nachteile gerät zudem ihre Solidarität als ein wichtiger Wert „an sich“ aus dem Blick. Auch die Vielschichtigkeit ihrer derzeitigen Situation bleibt unterbelichtet. So wird etwa übersehen, dass es einige Kinder genießen, mehr Zeit zu Hause mit ihren Eltern zu verbringen.<sup>37</sup> Darüber hinaus sieht ein Teil der jüngeren Generation in dieser Krise durchaus eine Chance und hofft, dass „sich ihre Vorstellungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Zeitalter nach dem Virus durchsetzen werden“.<sup>38</sup>

Selbst die Jüngsten können zudem, wenn sie selbst befragt werden, recht genau ihr Erleben der Pandemie beschreiben und haben durchaus kreative und vielfältige Lösungsvorschläge, wie sie die neuen Sicherheitsvorkehrungen in den Kitas

**31** Vgl. Christoph Ploß, Die nächsten Generationen bezahlen die Zeche, 14.7.2020, [www.welt.de/211592605](http://www.welt.de/211592605).

**32** Vgl. Anna Lehmann, Lasst sie offen!, 17.3.2020, <https://taz.de/15668799>.

**33** Vgl. Claudia Becker, Psychogramm der Generation Z – So tickt die deutsche Jugend, 23.7.2020, [www.welt.de/212120605](http://www.welt.de/212120605).

**34** „Wenn Jugendliche jetzt Partys feiern, halten sie uns den Spiegel vor“. Interview mit Karl Heinz Brisch, 9.9.2020, <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/89192>.

**35** Svenja M. Spuling/Markus Wettstein/Clemens Tesch-Römer, Altersdiskriminierung und Altersbilder in der Corona-Krise, Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA), DZA Fact Sheet, 7.4.2020, S. 1 f.

**36** Klaus R. Schroeter/Alexander Seifert, Das Alter im Schatten der Pandemie, 2.9.2020, [https://szsa.ch/covid19\\_6-9](https://szsa.ch/covid19_6-9).

**37** „Die junge Generation ist es nicht gewohnt, mit Hürden umzugehen“. Interview mit Beate Leinberger, 18.4.2020, [www.welt.de/207337997](http://www.welt.de/207337997).

**38** Florian Gehm, Die Generation Z glaubt an eine Neuordnung der Gesellschaft, 1.4.2020, [www.welt.de/206953477](http://www.welt.de/206953477).

umsetzen können – beispielsweise, indem sie zu Hause Zähne putzen oder Matratzen für die Mittagspause mit Namen beschriften.<sup>39</sup>

Um der Vielschichtigkeit der Situation und der Heterogenität beider Generationen gerecht zu werden, wäre es dringend nötig, sich durch Befragungen bei den Betroffenen selbst ein Bild über die Komplexität ihrer Situationen zu verschaffen. Damit würden auch unintendierte Nebenfolgen gegenwärtiger Maßnahmen in den Mittelpunkt rücken, sodass zugleich Anhaltspunkte für ihre Vermeidung generiert werden könnten.

### ERWARTUNG DES UNERWARTETEN

Für spätmodern argumentierende Soziolog\*innen steht der adäquate Umgang mit Unsicherheit unter dem Motto „Erwartung des Unerwarteten“.<sup>40</sup> Das Mitdenken nicht einschätzbarer Nebenfolgen von Entscheidungen ist ebenso gefragt wie das Akzeptieren zunehmenden Nichtwissens und einer Pluralisierung teils widersprüchlicher (Experten-)Meinungen. Auch wenn es zur Folge hat, dass eindeutige Zuordnungen und klare „Grenzbeziehungen“ nicht (mehr) möglich sind: Es sollte anerkannt werden, dass Entscheidungen in der Regel auf der Basis uneindeutiger Faktenlagen gefällt werden müssen. Die Suche nach endgültiger Sicherheit und Eindeutigkeit ist zwar nachvollziehbar, da Eindeutigkeit der Orientierung für eigenes Denken und Handeln dient und ein Gefühl von Kontrollverlust verhindert. Aber sie ist als Strategie im Umgang mit spätmodernen Ungewissheiten unzureichend.

Hieraus ergeben sich mehrere Forderungen für politisches Handeln: Einerseits muss der Prozess der Entscheidungsfindung mit seinen zugrunde gelegten Annahmen transparent gemacht werden. Er muss für jede und jeden einsehbar und verständlich sein. Und es muss kommuniziert werden, dass die beschlossenen Maßnahmen immer nur an gegenwärtig existierenden, vermeintlichen Gewissheiten orientiert sein können. Ebenfalls sollte deutlich gemacht werden, dass

konstruierte Eindeutigkeiten wie stereotype Bilder von Jung und Alt aufgrund ihrer impliziten Vereinfachungen mit unbeabsichtigten Nebenfolgen einhergehen, die ihr Überdenken nötig machen können.

Dies erfordert andererseits, Maßnahmen anhand neuer Datenlagen zu reflektieren und gegebenenfalls anzupassen. Es ist Flexibilität und Kontextangemessenheit gefragt, was zugleich bedeuten kann, ehemals für richtig gehaltene Aussagen öffentlich zu revidieren und eigene Fehler einzugestehen. So wurde bei der Festlegung geeigneter Maßnahmen gegen die sogenannte zweite Welle der Corona-Pandemie in Deutschland im Herbst 2020 vor dem Hintergrund sichtbar gewordener Bedürfnisse und Erfordernisse verstärkt über deren Verhältnismäßigkeit diskutiert, um Fehler aus dem Umgang mit ersten Welle nicht zu wiederholen. Und auch die in diesem Beitrag präsentierten Erkenntnisse liefern nur „Blitzlichter“ auf sich ständig verändernde Gewissheiten. Entsprechend ist ein auf Dauer gestelltes Analysieren gefragt, das aktuelle Gewissheiten mit ihren unbeabsichtigten Nebenfolgen regelmäßig kritisch reflektiert.

### HELGA PELIZÄUS

ist Leiterin des Forschungsbereichs „Alter(n) und Digitalisierung“ an der Universität der Bundeswehr München und Mitglied der Expertenkommission des achten Altersberichts der Bundesregierung.  
helga.pelizaeus@unibw.de

### JANA HEINZ

ist Privatdozentin an der Technischen Universität München und Leiterin des Projekts „Digitale Chancengerechtigkeit“ am Deutschen Jugendinstitut in München.  
heinz@dji.de

<sup>39</sup> Ruben Wendrock, Wie Kinder Corona sehen und in der Kita damit umgehen, Vortrag, Kompetenzzentrum Frühe Bildung der Hochschule, 13. 10. 2020, [www.nifbe.de/images/nifbe/Aktuelles\\_Global/2020/prezi.pdf](http://www.nifbe.de/images/nifbe/Aktuelles_Global/2020/prezi.pdf).

<sup>40</sup> Ulrich Beck/Wolfgang Bonß/Christoph Lau, Theorie reflexiver Modernisierung – Fragestellungen, Hypothesen, Forschungsprogramme, in: Beck/Bonß (Anm. 4), S. 11–59, hier S. 41.



# Generationen im Gespräch

Wir müssen reden!



**Jung und Alt. Zusammenkommen, zuhören, austauschen.  
Über die Klimakrise, Digitalisierung, Mobilität, Migration ...**

**Ideen entwickeln und umsetzen.  
Ganz konkret, dort wo du lebst.**

**Rede mit!**

Bereits in sechs deutschen Städten: Lünen, Neumünster, Freiburg, Linz,  
Neubrandenburg, Düren. Weitere Orte sind in Planung.

**Weitere Infos:**  
[generationen-im-gespraech.de](https://generationen-im-gespraech.de)

  [generationenimgesprach](https://www.facebook.com/generationenimgesprach)

Generationen im Gespräch ist ein Projekt  
der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,  
BildungsCent e.V und labconcepts  
und wird von der SKala-Initiative gefördert.

 **Bundeszentrale für  
politische Bildung**

# FAMILIALE GENERATIONENBEZIEHUNGEN

*Karsten Hank · Anja Steinbach*

Die Familie kann als sozialer Interaktionsrahmen für Individuen beschrieben werden, der durch eine generationenübergreifende Rollenstruktur (Mutter, Vater, Kind) und Solidarbeziehungen zwischen den Familienmitgliedern charakterisiert ist.<sup>01</sup> Die Existenz und der Fortbestand der Familie scheinen unter anderem darin begründet zu sein, dass diese spezifische Solidargemeinschaft bei der Produktion bestimmter Leistungen Effizienzvorteile gegenüber anderen Organisationsformen – beispielsweise Wohlfahrtsstaaten – mit sich bringt. Denn Leistungen innerhalb der Familie werden in der Regel nicht in Erwartung einer unmittelbaren, womöglich rechtlich zertifizierten Gegenleistung erbracht, sondern vielmehr in Aussicht auf zum Zeitpunkt der Leistungserbringung oft nicht spezifizierbare, tendenziell langfristig erwartbare Gegenleistungen. So wird mit relativ einfachen Mitteln ein relativ hohes Maß an Verlässlichkeit in den Solidarbeziehungen zwischen den Familienmitgliedern erzeugt.

Angesichts der Pluralisierung von Lebens- und Familienformen, die sich unter anderem in sinkenden Heiratsziffern sowie einer zunehmenden Instabilität von Partnerschaften widerspiegelt, sowie eines massiven demografischen Wandels mit dauerhaft niedrigen Geburtenziffern und einer stetig steigenden Lebenserwartung, stellt sich jedoch verstärkt die Frage nach der zukünftigen Entwicklung und den Solidaritätspotenzialen generationenübergreifender Netzwerke innerhalb von Familien. Vor diesem Hintergrund gibt der vorliegende Beitrag einen Überblick über wesentliche Befunde zur Beschreibung intergenerationaler Beziehungen in Deutschland und Europa, wobei auch familiäre Generationenbeziehungen jenseits der Kernfamilie und die Bedeutung wohlfahrtsstaatlicher Kontexte berücksichtigt werden.<sup>02</sup>

Empirische Untersuchungen intergenerationaler Beziehungen basieren meist auf dem von dem Sozialgerontologen Vern L. Bengtson und Kollegen entwickelten Modell intergenerationaler

Solidarität,<sup>03</sup> das es erlaubt, verschiedene Beziehungsdimensionen – zum Beispiel strukturelle Merkmale wie Wohnentfernung und Kontakthäufigkeit, emotionale Nähe oder den Austausch praktischer und finanzieller Hilfe – gemeinsam zu analysieren. Im Folgenden geben wir einen Überblick über empirische Befunde zu zwei zentralen Aspekten intergenerationaler Solidarität: räumliche Nähe und Kontakthäufigkeit einerseits und Hilfe, Pflege und finanzielle Transfers andererseits. Die Befunde fokussieren dabei auf den europäischen Kontext und Daten der ersten, in den Jahren 2004 und 2005 erhobenen Befragungswelle des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE).<sup>04</sup> Zwar liegen inzwischen aktuellere Befragungswellen der Panelstudie vor, deren Daten sind jedoch bislang kaum mit Blick auf die im Folgenden diskutierten spezifischen Fragestellungen analysiert worden. Dies schmälert die Aussagekraft der früheren Ergebnisse aber keineswegs, da aktuelle Studien, die auf in größeren Abständen erhobenen Querschnittdaten beruhen, zeigen, dass in den vergangenen Jahrzehnten – bis auf kleinere Ausschläge nach oben und unten – kaum Veränderungen in der Ausgestaltung familiärer Generationenbeziehungen zu beobachten sind.<sup>05</sup> Es gibt also keine Hinweise darauf, dass sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten an den europäischen Mustern grundlegend etwas verändert hätte.

## RÄUMLICHE NÄHE UND KONTAKTHÄUFIGKEIT

Räumliche Nähe und regelmäßige Kontakte zwischen den Generationen sind die grundlegende Opportunitätsstruktur funktionaler Solidarität, also des Austauschs von Hilfe und Unterstützung. Untersucht man in europäisch vergleichender Perspektive das regionale Muster der Wohnentfernung und der Kontakthäufigkeit zwischen Eltern im Alter von 50 oder mehr Jahren und ih-

ren erwachsenen Kindern, zeigt sich, dass im Wesentlichen zwei Ländergruppen unterschieden werden können:<sup>06</sup> erstens die nord- und westmitteleuropäischen Länder, in denen zwischen knapp 50 Prozent (Deutschland, Frankreich, Österreich, Schweiz) und gut 60 Prozent (Dänemark, Niederlande, Schweden) der Eltern mindestens ein Kind haben, das maximal 25 Kilometer entfernt und nicht im elterlichen Haushalt lebt. Ein ähnlich hoher Anteil von Eltern in diesen Ländern hat mindestens einmal wöchentlich – aber seltener als täglich – Kontakt zu einem Kind. Dem stehen, zweitens, die Mittelmeerländer (Griechenland, Italien, Spanien) gegenüber, in denen das Zusammenleben unter einem Dach und tägliche Kontakte am weitesten verbreitet sind (*siehe Abbildung*).

Dieses Muster könnte auf eine regional unterschiedliche Verteilung relevanter individueller Merkmale der Eltern und Kinder zurückzuführen sein. Doch auch wenn man den möglichen Einfluss des Familienstandes, des Erwerbsstatus' oder des Gesundheitszustandes berücksichtigt, findet sich ein signifikantes Nord-Süd-Gefälle der geografischen und sozialen Nähe zwischen den Generationen. Zwar wirken die genannten individuellen Merkmale im Allgemeinen unabhängig vom jeweiligen regionalen Kontext sehr ähnlich, es können allerdings auch länderspezifische Effekte beobachtet werden, zum Beispiel aufgrund des Alters der

Eltern und der Kinder. Hierfür dürften sowohl unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Institutionen – etwa bei der Pflege älterer Menschen – als auch Unterschiede in sozialen Normen verantwortlich sein.

Jenseits aller Unterschiede zeigt sich jedoch vor allem eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten: In allen untersuchten Ländern – und über alle Altersklassen hinweg – leben 85 Prozent der beobachteten Eltern-Kind-Paare nicht mehr als 25 Kilometer voneinander entfernt, und der Anteil der Eltern, die seltener als wöchentlich Kontakt zu einem ihrer Kinder haben, bewegt sich in Schweden und Spanien mit jeweils etwa sieben Prozent auf einem ähnlich niedrigen Niveau. Auch neuere Studien konnten keinen Rückgang der Kontakthäufigkeit zwischen Eltern und erwachsenen Kindern feststellen.<sup>07</sup> Die Voraussetzungen dafür, dass sich die familialen Generationen gegenseitig unterstützen können, scheinen also – zumindest zu Beginn des 21. Jahrhunderts und soweit sie sich in den hier betrachteten Dimensionen widerspiegeln – stabil gegeben zu sein.

#### FINANZIELLE TRANSFERS, HILFE UND PFLEGE

Sind räumliche Nähe und regelmäßige Kontakte grundlegend für intergenerationalen Austausch, können die Grenzen zwischen Solidaritätspotenzial und tatsächlichem Solidaritätsausdruck miteinander fließend sein. So kann zum Beispiel Koresidenz, also das gemeinsame Wohnen, als indirekter finanzieller Transfer verstanden werden, weil es Kosten für den Lebensunterhalt, insbesondere die Miete, spart, oder als indirekte instrumentelle Hilfe, weil Synergien bei der Erledigung alltäglicher Aufgaben entstehen.

Betrachtet man direkte finanzielle Transfers, zeigt sich, dass diese ganz überwiegend von der Eltern- an die Kindergeneration fließen.<sup>08</sup> Im kon-

**01** Vgl. hierzu ausführlich Anja Steinbach, Mutter, Vater, Kind: Was heißt Familie heute?, in: APuZ 30–31/2017, S. 4–8.

**02** Eine ausführlichere Darstellung findet sich bei Karsten Hank, Intergenerationale Beziehungen, in: Paul B. Hill/Johannes Kopp (Hrsg.), Handbuch Familiensoziologie, Wiesbaden 2015, S. 463–486. Siehe auch Anja Steinbach/Karsten Hank, Familiäre Generationenbeziehungen aus bevölkerungssoziologischer Perspektive, in: Yasemin Niephaus/Michaela Kreyenfeld/Reinhold Sackmann (Hrsg.), Handbuch Bevölkerungssoziologie, Wiesbaden 2016, S. 367–391.

**03** Vgl. Vern L. Bengtson, Beyond the Nuclear Family: The Increasing Importance of Multigenerational Bonds, in: Journal of Marriage and Family 1/2001, S. 1–16; Marc Szydlik, Sharing Lives. Adult Children and Parents, London–New York 2016, S. 8–44.

**04** Vgl. Karsten Hank, Generationenbeziehungen im alternden Europa: Analysepotenziale und Befunde des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe, in: Zeitschrift für Familienforschung 1/2009, S. 86–97. Entsprechende Analysen auf Basis des Deutschen Alterssurveys finden sich unter anderem bei Katharina Mahne/Andreas Motel-Klingebiel, Familiäre Generationenbeziehungen, in: Andreas Motel-Klingebiel/Susanne Wurm/Clemens Tesch-Römer (Hrsg.), Altern im Wandel, Stuttgart 2010, S. 188–214, sowie bei Anja Steinbach et al., Stability and Change in Intergenerational Family Relations Across Two Decades: Findings from the German Ageing Survey, 1996–2014, in: The Journals of Gerontology: Social Sciences 4/2020, S. 899–906.

**05** Vgl. Steinbach et al. (Anm. 4); Judith Treas/Zoya Gubernskaya, Farewell to Moms? Maternal Contact for Seven Countries in 1986 and 2001, in: Journal of Marriage and Family 2/2012, S. 297–311; Matthijs Kalmijn/Jannes De Vries, Change and Stability in Parent-Child Contact in Five Western Countries, in: European Journal of Population 3/2009, S. 257–276.

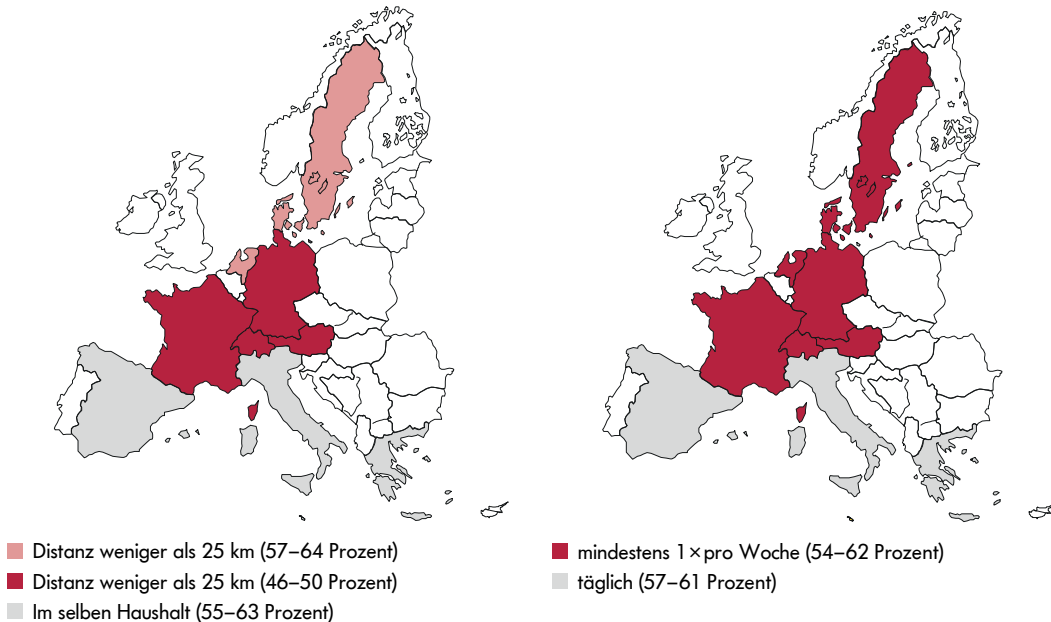
**06** Vgl. Karsten Hank, Proximity and Contacts Between Older Parents and Their Children: A European Comparison, in: Journal of Marriage and Family 1/2007, S. 157–173; Szydlik (Anm. 3), S. 61–76, S. 93–108.

**07** Vgl. Steinbach et al. (Anm. 4); Kalmijn/De Vries (Anm. 5).

**08** Vgl. Szydlik (Anm. 3), S. 109–124; Steinbach et al. (Anm. 4).

Abbildung: Geografisches Muster der räumlichen Nähe und Kontakthäufigkeit zwischen Eltern und (erwachsenen) Kindern in Europa

Entfernung zum nächsten Kind (häufigster Wert)      Kontakte zum meistkontaktierten Kind (häufigster Wert)



In Dänemark, Schweden und den Niederlanden gaben beispielsweise 57 bis 64 Prozent der Befragten an, weniger als 25 Kilometer von ihrem nächsten Kind entfernt zu leben.

Quelle: Karsten Hank, Intergenerationale Beziehungen, in: Paul B. Hill/Johannes Kopp (Hrsg.), Handbuch Familiensoziologie, Wiesbaden 2015, S. 463–486, hier S. 468, auf Basis der ersten Befragungswelle des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe von 2004/05.

inentaleuropäischen Durchschnitt unterstützt etwa ein Viertel der Eltern in der Generation 50+ ihre Kinder finanziell mit jährlichen Beträgen in Höhe von 250 Euro oder mehr. Die höchsten Anteile finden sich mit etwa 30 Prozent in Dänemark und Schweden, während Italien und Spanien mit etwa 16 beziehungsweise 9 Prozent deutlich unter dem europäischen Durchschnitt liegen. Die durchschnittliche Höhe der Transfersummen liegt in Südeuropa jedoch signifikant über jener in den nordeuropäischen Ländern. Zudem zeigt sich, dass der Umfang der Leistungen zwar mit dem Alter der Eltern abnimmt, dass aber auch im höheren Lebensalter netto ein positiver monetärer Transfer an die jüngere Generation erfolgt. Finanzielle intergenerationale Transfers fließen also in der Regel, einem Kaskadenprinzip folgend, von der älteren an die jüngere Generation.

Eine ausgewogenere Balance des Gebens und Nehmens zwischen den Generationen in der Familie ergibt sich bei der Betrachtung instrumen-

teller Hilfe, worunter etwa Hilfe beim Waschen, Ankleiden oder Essen, im Haushalt oder bei finanziellen Angelegenheiten sowie Behördengängen gefasst wird. Diesem Bereich funktionaler Solidarität wurde im Vergleich zur Pflege bislang zu Unrecht verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit geschenkt.<sup>09</sup> Instrumentelle Hilfe im Alltag ist nicht nur ein wesentliches Element zum Erhalt einer weitgehend autonomen Lebensführung außerhalb von Pflegeeinrichtungen, sie ist auch in dem Sinne quantitativ bedeutsamer als die Pflege, dass ein deutlich höherer Anteil von Eltern-Kind-Beziehungen Hilfeleistungen dieser Art austauschen. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass in den skandinavischen Ländern mit jeweils etwa 20 Prozent sowie in den Niederlanden und der Schweiz mit jeweils rund 12 Prozent die Anteile der Eltern,

<sup>09</sup> Vgl. Martina Brandt/Marc Szydlik, Soziale Dienste und Hilfe zwischen Generationen in Europa, in: Zeitschrift für Soziologie 4/2008, S. 301–320; Szydlik (Anm. 3), S. 125–140.

die ihren (erwachsenen) Kindern helfen, genauso hoch sind wie die Anteile jener, die Hilfe erhalten. In den anderen Ländern liegt der Anteil der instrumentellen Hilfen empfangenden Eltern jedoch deutlich – zum Teil um das Doppelte – über jenem der selbst Helfenden. Berücksichtigt man zudem den Zeitaufwand der Hilfe, zeigt sich *erstens* – wie schon bei der Analyse finanzieller Transfers – ein regionales Muster mit hoher Häufigkeit, aber geringer Intensität in Nordeuropa und umgekehrt in Südeuropa, sowie, *zweitens*, ein netto durchweg positiver Transfer von den Kindern an die Eltern-generation. Diese Balance verändert sich jedoch deutlich, wenn man zusätzlich die Leistungen der älteren Generation im Bereich der Enkelkinderbetreuung berücksichtigt.

Ein letzter wichtiger Ausdruck intergenerationaler Solidarität, der hier behandelt werden soll, ist die Pflege der Eltern.<sup>10</sup> Es zeigt sich, dass in Südeuropa der Anteil der Pflegebedürftigen, die durch ihre Kinder versorgt werden, deutlich höher ist als in den nordeuropäischen Staaten. Dies wird vor allem darauf zurückgeführt, dass in den Mittelmeerländern das Angebot professioneller (ambulanter) Pflegedienste geringer und die Präferenzen beziehungsweise normativen Verpflichtungen zur familiären Pflege der Eltern höher sind. Letztere spiegeln sich auch in gesetzlichen Regelungen zur Pflege der Eltern in einigen mittel- und südeuropäischen Ländern wider. Auf individueller Ebene hängt das Zustandekommen einer Pflegebeziehung im Wesentlichen von den Bedürfnissen der Eltern (Gesundheitszustand, Partnerschaftsstatus) und den Möglichkeiten der Kinder (räumliche Nähe, berufliche Verpflichtungen) ab.

Wichtig ist, festzuhalten, dass sich bei allen hier diskutierten Formen intergenerationaler Solidarität die Verfügbarkeit sozioökonomischer Ressourcen als bedeutsam erwiesen hat. Finanziell besser gestellte Eltern können sich beispielsweise eher eine professionelle Pflege leisten und sind aufgrund ihrer meist höheren Bildung oft auch besser über Ansprüche auf staatliche Leistungen informiert, sie können aber gleichzeitig finanzielle Anreize dafür setzen, von ihren Kindern gepflegt zu werden. Noch deutlicher wird der Zusammenhang zwischen Ressourcen und intergeneracionalem Austausch bei der Betrachtung finanzieller Transfers.

**10** Vgl. Klaus Haberkern/Marc Szydlik, Pflege der Eltern. Ein europäischer Vergleich, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1/2008, S. 82–101; Szydlik (Anm. 3), S. 125–140.

Zwar ist es einerseits eine gute Nachricht, dass die Familie – in der Regel die ältere Generation – im Bedarfsfall finanziell aushilft; selbst relativ geringe Hilfeleistungen können andererseits jedoch zu einer Vererbung sozialer Ungleichheiten beitragen.<sup>11</sup>

### „BEYOND THE NUCLEAR FAMILY“

Mit der Pluralisierung von Lebensformen geht auch eine größere Vielfalt von Haushalts- und Familienstrukturen einher. Intergenerationale Beziehungen sollten daher heute immer auch „beyond the nuclear family“ betrachtet werden.<sup>12</sup> Entsprechend werden im Folgenden drei spezielle Aspekte solcher Generationenbeziehungen skizziert: Großelternschaft, Stieffamilien und Migrantenfamilien.

#### Generationenbeziehungen und Großelternschaft

Da die Generationen in einer Familie heute eine vergleichsweise lange gemeinsame Lebensspanne erwarten können, erscheint für die Untersuchung intergenerationaler Beziehungen eine Großeltern, Eltern und (Enkel-)Kinder umfassende Drei-Generationen-Perspektive unumgänglich. Dies spiegelt sich in einer Fülle neuerer Untersuchungen zur Großelternschaft wider, die zeigen, dass die Beziehungen zwischen Großeltern und Enkelkindern vielfältig sind und die Großelternrolle keineswegs auf die Betreuungsfunktion reduziert werden kann.<sup>13</sup> Dennoch gilt insbesondere die Hilfe der Großeltern bei der Kinderbetreuung als eine der wichtigsten Formen innerfamiliärer Unterstützung, da sie gleich drei Generationen einer Familie betrifft. So wurde etwa der Zusammenhang von Großelternschaft beziehungsweise Enkelkinderbetreuung mit der Gesundheit oder dem Renteneintrittsverhalten der Großeltern, dem Erwerbsverhalten oder dem Kinderwunsch der Eltern sowie dem Wohlbefinden der Enkelkinder untersucht.

Hinsichtlich des Umfangs der Enkelkinderbetreuung finden sich im europäischen Vergleich wie-

**11** Vgl. Christian Deindl/Bettina Isengard, Familiäre Unterstützung und soziale Ungleichheit in Europa, in: Peter A. Berger/Karsten Hank/Angelika Tölke (Hrsg.), Reproduktion von Ungleichheit durch Arbeit und Familie, Wiesbaden 2011, S. 23–47.

**12** Vgl. Bengtson (Anm. 3).

**13** Vgl. Karsten Hank et al., What Do We Know About Grandparents? Insights from Current Quantitative Data and Identification of Future Data Needs, in: European Journal of Ageing 3/2018, S. 225–235.

der große regionale Unterschiede.<sup>14</sup> In der ersten Befragungswelle des SHARE gaben durchschnittlich fast 60 Prozent der Großmütter und fast die Hälfte der Großväter an, im Laufe eines Jahres zumindest gelegentlich ein Enkelkind betreut zu haben. Ähnlich wie bei der instrumentellen Hilfe finden sich auch hier die höchsten Anteile in den nördlichen Ländern Europas, während die südeuropäischen Länder wieder unterdurchschnittliche Werte aufweisen. Betrachtet man jedoch die Häufigkeit der Betreuung, dreht sich die Rangfolge der Länder nahezu vollständig um: Die deutlich höchsten Anteile regelmäßig betreuender Großeltern finden sich mit etwa 40 Prozent in Griechenland und Italien, während in den skandinavischen Ländern nur etwa halb so viele Großeltern mindestens wöchentlich eines ihrer Enkelkinder betreuen.

Eine mögliche Interpretation dieses Befundes weist auf einen Zusammenhang zwischen Enkelkinderbetreuung, dem Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung und Frauenerwerbstätigkeit hin. So erfordert das gut ausgebaute System öffentlicher Kinderbetreuung in Skandinavien trotz hoher Müttererwerbstätigkeit keine regelmäßige Betreuung durch die Großeltern, die aber dann von großer Bedeutung sind, wenn es darum geht, in Ausnahmefällen – zum Beispiel bei Überstunden im Beruf – einzuspringen. In Südeuropa kümmert sich die große Mehrheit der Mütter hingegen in Vollzeit um ihre Kinder, sodass die Hilfe der Großeltern in der Regel nicht gebraucht wird. Die vergleichsweise geringe Zahl erwerbstätiger Mütter ist hier allerdings auf regelmäßige familiäre Unterstützung bei der Betreuung ihrer Kinder angewiesen, da es kaum institutionelle Betreuungsmöglichkeiten gibt. Neben solchen strukturellen gibt es jedoch auch kulturelle Faktoren, die zur Erklärung der beschriebenen regionalen Muster des großelterlichen Engagements im Bereich der Kinderbetreuung in Europa beitragen – etwa Präferenzen, Einstellungen und Normen bezüglich der Inanspruchnahme institutioneller Betreuungsangebote.

### Generationenbeziehungen in Stieffamilien

Die Pluralisierung von Lebensformen spiegelt sich auch in komplexer werdenden intergenerationalen

**14** Vgl. Karsten Hank/Isabella Buber, Grandparents Caring for Their Grandchildren: Findings from the 2004 Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe, in: *Journal of Family Issues* 1/2009, S. 53–73.

Beziehungen wider. So steigt etwa der Anteil älterer Erwachsener mit diskontinuierlichen Partnerschaftsbiografien, also mit mehrfachen Übergängen in und aus (nicht-)ehelichen Beziehungen. Studien weisen darauf hin, dass mit Trennung oder Scheidung und dem Eingehen neuer Partnerschaften das Risiko einer Schwächung der intergenerationalen Beziehungen in der Familie steigt.<sup>15</sup>

Ein besonderes Augenmerk verdienen in diesem Zusammenhang Unterschiede im Verhältnis Heranwachsender und junger Erwachsener zu ihren biologischen Vätern und Stiefvätern. Untersuchungen zeigen, dass die beobachteten Unterschiede in der Enge der Vater-Kind-Beziehung nicht nur dadurch bestimmt werden, ob es sich um eine soziale oder biologische Vaterschaft handelt, sondern dass hierfür andere strukturelle Aspekte, etwa die Dauer des Zusammenlebens oder Beziehungsmerkmale der Mutter, ebenfalls eine zentrale Rolle spielen.<sup>16</sup>

Weitere wesentliche Fragen sind, inwieweit Stiefkinder gegenüber biologischen Kindern in der Familie benachteiligt werden und welche Determinanten das Ausmaß eines solchen *step gap* beeinflussen. Am Beispiel der Vertrautheit zwischen (Stief-)Eltern und (Stief-)Kindern in Deutschland konnte gezeigt werden, dass sich hier wiederum strukturelle Faktoren wie die Dauer der Stiefelternbeziehung und die Anzahl der Kinder im Haushalt, aber auch Einstellungen zu familiären Normen beziehungsweise Werten als bedeutsam erweisen.<sup>17</sup>

### Generationenbeziehungen in Migrantenfamilien

Vor dem Hintergrund einer älter werdenden Bevölkerung mit sogenanntem Migrationshintergrund erhält die Analyse intergenerationaler Beziehungen in Migrationsfamilien heute mehr Aufmerksamkeit als in der Vergangenheit.<sup>18</sup> Der

**15** Vgl. hierzu ausführlich Anja Steinbach, *Generationenbeziehungen in Stieffamilien. Der Einfluss leiblicher und sozialer Elternschaft auf die Ausgestaltung von Eltern-Kind-Beziehungen im Erwachsenenalter*, Wiesbaden 2010.

**16** Vgl. Daniela Klaus/Bernhard Nauck/Anja Steinbach, Relationships to Stepfathers and Biological Fathers in Adulthood: Complementary, Substitutional, or Neglected?, in: *Advances in Life Course Research* 3/2012, S. 156–167.

**17** Vgl. Oliver Arránz-Becker et al., What Narrows the Step-gap? Closeness Between Parents and Adult (Step)Children in Germany, in: *Journal of Marriage and Family* 5/2013, S. 1130–1148.

**18** Vgl. Anja Steinbach, *Generationenbeziehungen in Migrantenfamilien in Europa*, in: Maurizio Bach/Barbara Hönl (Hrsg.), *Europasozioologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, Baden-Baden 2018, S. 323–330.

Schwerpunkt vieler Analysen liegt dabei auf der Überprüfung der Solidaritäts- beziehungsweise Konfliktthese. Während die Solidaritätsthese aufgrund gemeinsamer Wanderungserfahrungen ein größeres Solidaritätspotenzial zwischen Generationen in Migrationsfamilien annimmt, postuliert die Konfliktthese ein Auseinanderbrechen vormals stabiler Familienverbände aufgrund unterschiedlicher Geschwindigkeiten im Anpassungsverhalten an die Gegebenheiten der Aufnahmegesellschaft.

Untersuchungen auf Basis von Daten des Beziehungs- und Familienpanels „pairfam“ zeigen beispielsweise,<sup>19</sup> dass Einheimische und (Spät-)Aussiedler\*innen sich hinsichtlich der emotionalen Nähe zu ihren Eltern nur wenig voneinander unterscheiden, während Befragte mit türkischen Wurzeln eine deutlich größere emotionale Verbundenheit zu ihren Eltern zum Ausdruck bringen. Auch nach Kontrolle struktureller Faktoren wie räumlicher Distanz oder demografischen Merkmalen bleiben diese Gruppenunterschiede bestehen. Erwachsene Kinder mit Migrationshintergrund berichten zudem signifikant seltener als jene ohne Migrationshintergrund über Konflikte mit ihren Eltern. Unter Berücksichtigung der Wohnentfernung, der Geschwisterzahl und relevanter Werthaltungen wie beispielsweise Religiosität reduzieren sich die Unterschiede zwischen der einheimischen Bevölkerung und (Spät-)Aussiedler\*innen jedoch deutlich und verschwinden sogar vollständig, wenn türkischstämmige Migrant\*innen betrachtet werden. Insgesamt unterstützen die vorliegenden Befunde damit eher die Solidaritäts- als die Konfliktthese. Sie weisen aber vor allem darauf hin, dass in der theoretischen Diskussion die Unterschiede bezüglich der Beziehungsqualität von jungen Erwachsenen und ihren Eltern mit und ohne Migrationshintergrund deutlich überschätzt werden.<sup>20</sup>

**19** Vgl. Helen Baykara-Krumme/Daniela Klaus/Anja Steinbach, Eltern-Kind-Beziehungen in Einwandererfamilien aus der Türkei, in: APuZ 43/2011, S. 42–49; dies., Generationenbeziehungen in Deutschland. Ein Vergleich der Beziehungsqualität in einheimischen deutschen Familien, Familien mit türkischem Migrationshintergrund und Aussiedlerfamilien, in: Josef Brüderl/Laura Castiglioni/Nina Schumann (Hrsg.), Partnerschaft, Fertilität und intergenerationale Beziehungen. Ergebnisse der ersten Welle des Beziehungs- und Familienpanels, Würzburg 2011, S. 259–286.

**20** Siehe hierzu auch Anja Steinbach, Family Structure and Parent-Child Contact: A Comparison of Native and Migrant Families, in: Journal of Marriage and Family 5/2013, S. 1114–1129.

## GENERATIONENBEZIEHUNGEN UND WOHLFAHRTSSTAAT

Neben einem insgesamt hohen Niveau intergenerationaler Unterstützung in westlichen Ländern finden sich auch deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Wohlfahrtsstaaten.<sup>21</sup> Die beobachteten regionalen Muster korrespondieren zwar zum Teil mit institutionellen Regelungen, die Verpflichtungen zur gegenseitigen Unterstützung zwischen den Generationen in der Familie umfassen. Deren Erklärungskraft erweist sich jedoch als begrenzt, und eine einfache Unterscheidung beziehungsweise Dichotomie von Gesellschaften mit „starkem Wohlfahrtsstaat und schwacher Familie“ (oder umgekehrt) erscheint wenig angemessen.

Seit einiger Zeit haben sich vielmehr vor allem solche Erklärungsmodelle als erfolgreich erwiesen, die eine gemeinsame Verantwortung beziehungsweise Spezialisierung von Wohlfahrtsstaaten und Familien bei der Produktion sozialer Dienstleistungen im Sinne einer funktionalen Differenzierung postulieren.<sup>22</sup> Hieraus ergibt sich eine komplexe Interaktion zwischen Staat, Markt und intergenerationaler Unterstützung, bei der weder von einer Verdrängung (*crowding-out*) noch von einer Ausweitung (*crowding-in*) familiär erbrachter Leistungen durch wohlfahrtsstaatliche Interventionen ausgegangen wird, sondern bei der eine aufgaben- und kompetenzspezifische Arbeitsteilung – also ein komplementäres Verhältnis – entsteht. Die gleichzeitige Verdrängung und Ausweitung familiärer Leistungen durch professionelle Dienste lässt sich so nicht nur theoretisch erklären, sondern es lässt sich auch analysieren, welcher Mix wohlfahrtsstaatlich und familiär erbrachter Leistungen vorhandene Hilfebedürfnisse am effizientesten und den jeweiligen soziokulturell geprägten Präferenzen der Menschen entsprechend bedient. Empirisch zeigt sich, dass dort die beste Versorgung hilfebedürftiger Menschen gewährleistet ist, wo Familie und Wohlfahrtsstaat in gemeinsamer Verantwortung handeln.

**21** Vgl. Hank (Anm. 4); Szydlík (Anm. 3).

**22** Vgl. Corinne Igel et al., Specialization Between Family and State. Intergenerational Time Transfers in Western Europe, in: Journal of Comparative Family Studies 2/2009, S. 203–227; Andreas Motel-Klingebiel/Clemens Tesch-Römer/Hans-Joachim von Kondratowitz, Welfare States Do Not Crowd Out the Family: Evidence for Mixed Responsibility from Comparative Analyses, in: Ageing & Society 6/2005, S. 863–882.

**23** Vgl. Steinbach et al. (Anm. 4); Szydlík (Anm. 3), S. 77–92.



## FAZIT

Das hier sehr komprimiert dargestellte Porträt familialer Generationenbeziehungen zeigt, dass – trotz der historisch gewachsenen und bis heute fortdauernden Vielfalt von Familien in Europa – überall auf dem Kontinent lebendige Beziehungen zwischen den Generationen bestehen: Im Allgemeinen leben Eltern und erwachsene Kinder in erreichbarer Nähe (wenngleich nicht immer im selben Haushalt), haben häufige Kontakte (wenngleich nicht immer täglich) und unterstützen sich auf vielfältige Weise im Alltag (wenngleich in unterschiedlicher Form und Intensität).

Der demografische Wandel bringt als einer der Megatrends des 21. Jahrhunderts sowohl neue Chancen – man denke an die vergleichsweise lange gemeinsame Lebenszeit von Großeltern und Enkelkindern – als auch Herausforderungen für familiäre Generationenbeziehungen mit sich, zum Beispiel durch einen steigenden Anteil Kinderloser. Gleiches gilt für Pluralisierungs- und Individualisierungsprozesse oder den Prozess

der Globalisierung, in deren Folge zum Beispiel die Bedeutung von Stief- und Migrantenfamilien wachsen wird. Krisenszenarien, die einen Verfall der Familie prophezeien, erscheinen jedoch als völlig unangemessen.<sup>23</sup> „Die“ Familie überlebt den gesellschaftlichen Wandel, weil sie selbst eine dynamische und anpassungsfähige soziale Institution ist. Allerdings scheint auch klar zu sein, dass gerade dort, wo intergenerationale Beziehungen heute noch besonders eng sind, der demografische Wandel zu einer Herausforderung wird, der Familie und Wohlfahrtsstaat nur in gemeinsamer Verantwortung erfolgreich begegnen können.

**KARSTEN HANK**

ist Professor für Soziologie am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität zu Köln.  
hank@wiso.uni-koeln.de

**ANJA STEINBACH**

ist Professorin für Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen.  
anja.steinbach@uni-due.de



# euro|topics

30 Länder – 300 Medien – 1 Presseschau

Die euro|topics-Presseschau: Der tägliche Blick in europäische Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur – in drei Sprachen.

[www.eurotopics.net](http://www.eurotopics.net)



# GENERATIONENGERECHTIGKEIT

## Grenzen und Potenziale eines sozialpolitischen Kernbegriffs

*Hans-Jürgen Urban · Christoph Ehlscheid*

„Generationengerechtigkeit“ ist eine Kernvokabel der zeitgenössischen Debatte über Gegenwart und Zukunft des Sozialstaates. Begriffe wie „Generationensolidarität“ und „Generationenkrieg“ bilden einen Rahmen, innerhalb dessen sich eine Vielzahl von Deutungen der Generationenverhältnisse bewegt. Dabei stechen der Generationen- und der Gerechtigkeitsbegriff selbst in den an umstrittenen Begriffen reichen Sozialwissenschaften und der Philosophie hervor. Seit Karl Mannheims Grundlagentext über „Das Problem der Generationen“<sup>01</sup> hat sich die soziologische Verwendung des Generationenbegriffs stark ausdifferenziert. Der Jugendforscher Jürgen Zinnecker kommt zu dem Schluss, das Deutungsmuster von „Generation“ sei „mehrfach dimensioniert, was im Alltagsdiskurs die Möglichkeit eröffnet, mit der Semantik zu jonglieren und rhetorisch zu verblüffen“.<sup>02</sup> An der Schnittstelle zwischen Alltagsverständnis und Sozialforschung unterscheidet Zinnecker mindestens drei Bedeutungen des Begriffs: Die *erste* Bedeutung zielt auf das Geburtsjahr und fasst Personen in Kohorten zusammen, die im selben Jahr oder in einander benachbarten Jahren geboren sind (Geburtsgeneration). Eine *zweite* Semantik erfasst Personen, die unabhängig vom individuellen Geburtsjahr im gleichen Zeitraum leben und daher an gleichen historischen Ereignissen teilnehmen (zeitgeschichtliche Generation). Die *dritte* Bedeutung ergibt sich aus dem Lebenslauf und einer Einteilung in Altersgruppen wie etwa Jugendliche, Erwachsene und Senioren (Lebensaltergeneration).

Aus soziologischer Perspektive erweisen sich Konzepte als besonders produktiv, die gesellschaftliche und kulturelle Aspekte zusammenführen. Demnach kann „Generation“ als ein sozialkulturelles Konstrukt verstanden werden, in dem individuelle Vergesellschaftungsprozesse und -erfahrungen mit gesellschaftlichen Erzählungen zusammenspielen.<sup>03</sup> In wohlfahrtsstaatlichen Diskursen wird hingegen oftmals von „sozialstaatlichen Generationen“ gesprochen. Dabei wird auf das

„Austausch- und Wechselverhältnis der Altersgruppen abgestellt, die durch Leistungs- und Finanzierungsströme miteinander verbunden sind“.<sup>04</sup> Demnach finanzieren die Erwerbstätigen aus der mittleren Generation aus ihren Erwerbseinkommen über Beiträge und Steuern die Alterseinkommen der älteren Generation in Form von Renten und Pensionen. Durch öffentliche Transfers sorgen sie zugleich für den Lebensunterhalt der nachrückenden Generation, der gleichwohl überwiegend durch familiäre Übertragungen gesichert wird.

Auch der Begriff der „Gerechtigkeit“ ist vieldeutig. Besonders einflussreich wirken die Theorien der Philosophen John Rawls und Michael Walzer. Nach Rawls ist es die Aufgabe der Gerechtigkeitstheorie, „Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit“ zu finden, auf die sich eine Gesellschaft einigen kann. Diese Grundsätze würden „die Zuweisung von Rechten und Pflichten in den grundlegenden Institutionen der Gesellschaft“ ermöglichen und „die richtige Verteilung der Früchte und der Lasten der gesellschaftlichen Zusammenarbeit“ festlegen.<sup>05</sup> Rawls wollte mit seiner „Theorie der Gerechtigkeit“ an John Lockes, Jean-Jacques Rousseaus' und Immanuel Kants klassische Theorien des Gesellschaftsvertrages anknüpfen, diese Theorien jedoch auf eine höhere Abstraktionsebene heben. Bekannt wurde vor allem sein Diktum der „Gerechtigkeit als Fairness“.<sup>06</sup> Konstitutiv für Rawls' Gerechtigkeitskonzept sind zwei Prinzipien: Nach dem Freiheitsprinzip hat jeder das gleiche Recht auf die gleiche Ausstattung mit Grundfreiheiten; und nach dem Differenzprinzip sind wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten nur statthaft, wenn sie den am wenigsten Begünstigten die größtmöglichen Vorteile bringen und mit Ämtern und Positionen verbunden sind, die im Rahmen garantierter Chancengleichheit allen offenstehen.<sup>07</sup>

Michael Walzer stellt die Verteilungsgerechtigkeit ebenso ins Zentrum seiner Überlegungen und versteht sie als normative Grundlage wohlfahrtsstaatlicher Institutionen. Dabei betrifft seine „Idee der distributiven Gerechtigkeit (...) nicht

nur das Haben, sondern ebenso das Sein und das Tun“ und ist mit „der Produktion ebenso eng verknüpft wie mit der Konsumtion und mit Identität und Status nicht minder eng als mit Grundbesitz, Kapital und persönlicher Habe“. Walzer fasst Gesellschaft als eine Verteilungsgemeinschaft, in der vor allem „der gemeinsame Besitz, die Verteilung und der Tausch von Dingen“ die Menschen zusammenführen würden. In dieser Gesellschaft werden soziale Güter wie Sicherheit, Wohlfahrt, Geld und Waren, aber auch Ämter, Erziehung, Bildung, Anerkennung und politische Macht in unterschiedlichen Sphären nach unterschiedlichen Regeln verteilt. Aus dieser eher erweiterten Gerechtigkeitsperspektive bezweifelt Walzer Möglichkeit und Sinnhaftigkeit einer universellen Theorie der Gerechtigkeit mit Gültigkeit für alle Sozialgüter und Verteilungssphären. Kerngedanke seiner Theorie der „Sphären der Gerechtigkeit“ ist vielmehr, „dass die Prinzipien der Gerechtigkeit in ihrer Form selbst pluralistisch sind; dass verschiedene Sozialgüter aus unterschiedlichen Gründen von verschiedenen Agenten und Mittlern auf der Basis unterschiedlicher Verfahren verteilt werden sollten und dass alle diese Unterschiede sich herleiten aus den unterschiedlichen Bedeutungen der Sozialgüter selbst – dem unvermeidbaren Resultat eines historischen und kulturellen Partikularismus“. Zentral für Walzer ist seine herrschaftssensible Gleichheitsvorstellung. Gleichheit, nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern, könne nur erreicht werden, „wenn es niemanden gibt, der Mittel in seinem Besitz hält oder kontrolliert, die es ihm erlauben, über andere zu herrschen“. Dabei zielt sein Begriff der „komplexen Gleichheit“ nicht nur auf die Verteilung einzelner Güter, sondern auf die Gesamtheit

aller sozialen Güter in allen Verteilungssphären und ihre Relationen zueinander. Für den Einzelnen bedeute Gleichheit daher, „dass die Position eines Bürgers in einer bestimmten Sphäre oder hinsichtlich eines bestimmten sozialen Guts nicht unterhöhlt werden kann durch seine Stellung in einer anderen Sphäre oder hinsichtlich eines anderen sozialen Gutes“.<sup>08</sup>

## VOM UNGLEICHHEITS- ZUM GENERATIONENDISKURS

Gesellschaftliche Normen und Leitbilder entstehen und verändern sich in spezifischen sozioökonomischen Zusammenhängen und gesellschaftlichen Diskursen. In der Regel sind sie in größere Narrative eingebunden. Materielle Interessen sowie Hegemoniekonstellationen zwischen sozialen Klassen und Gruppen finden Eingang in diesen Kontext. Für die Debatten um Generationengerechtigkeit waren oft weniger elaborierte philosophische Analysen als vielmehr deutlich größere individuelle Gerechtigkeitsvorstellungen ausschlaggebend. Dabei wurde häufig weniger die Ungleichheit der Einkommen und Güterausstattung zwischen den Generationen als Gerechtigkeitsproblem wahrgenommen. Bedeutender waren vielmehr die Ungleichheitsrelationen, die sich aus der zum gleichen Zeitpunkt stattfindenden Umverteilung zwischen Personen, Haushalten oder sozialen Gruppen ergeben.<sup>09</sup>

Trotz ihrer mitunter verwirrenden Vieldeutigkeit haben Narrative, die mit Generationen- und Gerechtigkeitsbegriffen arbeiten, vielfach Eingang in die sozialpolitischen Debatten gefunden. Das gilt vor allem für die Kontroversen um eine generationengerechte Alterssicherung. Dabei entwickelte sich die Idee eines Generationenvertrages als Leitlinie der Familien- und Sozialpolitik unter den Bedingungen des nationalen Wohlfahrtsstaatskapitalismus. Die ökonomische Basis lieferte das Zusammenspiel einer spezialisierten Massenproduktion und eines durch Tarifverträge und

**01** Karl Mannheim, Das Problem der Generationen, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 2/1928, S. 157–185, und 3/1929, S. 309–330.

**02** Jürgen Zinnecker, „Das Problem der Generationen“. Überlegungen zu Karl Mannheims kanonischem Text, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 33–58, hier S. 42.

**03** Vgl. etwa Harald Künemund/Marc Szydlík (Hrsg.), Generationen. Multidisziplinäre Perspektiven, Wiesbaden 2009. Für einen Überblick über die Trends der gegenwärtigen sozial-, kultur- und geisteswissenschaftlichen Generationenendebatte siehe <https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/443090>.

**04** Gerhard Bäcker, Generationengerechtigkeit im Sozialstaat: Generationenvertrag und Alterssicherung, in: Cornelia Schweppe (Hrsg.), Generation und Sozialpädagogik, Weinheim–München 2002, S. 125–152, hier S. 126.

**05** John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1979, S. 20f.

**06** Ebd., S. 29f.

**07** Vgl. ebd., S. 336.

**08** Michael Walzer, Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt/M. 2006, S. 26, S. 30, S. 19, S. 49.

**09** Vgl. Markus Schrenker, Generationengerechtigkeit in der Alterssicherung. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Dissertation, Humboldt-Universität zu Berlin 2011.

Sozialeinkommen gestützten Massenkonsums, das in Deutschland eine Prosperitätsperiode trug, die bis in die 1970er Jahre hineinreichte. Ein infrastrukturenschaffender und konjunkturstützender Wirtschaftsstaat glättete Konjunkturschwankungen und band Kapitalverbände und Gewerkschaften in einen sozialstaatlichen Korporatismus ein. Getragen wurde dieser von einem institutionell abgesicherten Klassenkompromiss. Parität, also vor allem die hälftige Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung der Sozialversicherungen, avancierte vor allem in dieser Zeit zur „zentralen Friedensformel des deutschen Korporatismus“.<sup>10</sup>

In dieser Entwicklungsphase wurde der Begriff des „Generationenvertrages“ zur Leitlinie für einen fairen intergenerationellen Austausch: „Familienförderung und Alterssicherung standen (...) in einem Legitimationszusammenhang. Mit der Familienförderung unterstützt die erwerbstätige Generation die heranwachsende Generation, die den Generationenvertrag fortsetzt, und mit den Beiträgen zur öffentlichen Rentenversicherung sorgt sie für die Alten.“<sup>11</sup> Die Vorstellung von Generationensolidarität bildete auch die Basis, die das 1957 institutionalisierte Rentensystem fast ein halbes Jahrhundert trug und „tief im Bewusstsein der Bevölkerung“ verankerte.<sup>12</sup> Über das Umlageverfahren finanzierte die erwerbstätige Generation die Renten der Älteren und erwarb sich gleichzeitig Anwartschaften auf ein eigenes zukünftiges Alterseinkommen. Mit dem Prinzip der Rentendynamik wurde sichergestellt, dass die jeweilige Rentergeneration gleichberechtigt an der gesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung teilhaben konnte. Das Ziel der Lebensstandardsicherung sollte einen gewissen Statusschutz als verlässliche Gegenleistung für erbrachte Beiträge gewährleisten. Beitragspflicht und Versicherungsschutz waren an den Arbeitnehmerstatus gekoppelt. Freiberufler in berufsständischen Sonderversorgungssystemen, Beamte oder Parlamentarier standen außerhalb des intergenerationellen Solidarausgleichs der gesetzlichen Rentenversicherung.

**10** Gerhard Lehmbuch, Die korporative Verhandlungsdemokratie in Westmitteleuropa, in: *Swiss Political Science Review* 4/1996, S. 1–41, hier S. 1.

**11** Gerd Hardach, Der Generationenvertrag im 20. Jahrhundert, in: Reulecke (Anm. 2), S. 73–94, hier S. 73.

**12** Thomas Ebert, Die Zukunft des Generationenvertrages, Bonn 2018, S. 115.

Im Zuge des Übergangs vom Wohlfahrtsstaatskapitalismus zum Finanzmarktkapitalismus nahm die Kritik am traditionellen Generationenvertrag zu.<sup>13</sup> Ein wichtiger Treiber war eine expandierende Finanzökonomie, die sich auf der Grundlage umfassender Deregulierung in schnellem Tempo globalisierte. Rückläufige Geburtenraten und eine ansteigende Lebenserwartung forcierten zugleich einen demografischen Wandel, der den Anteil der nicht mehr erwerbstätigen Kohorte gegenüber dem Erwerbspersonenpotenzial ansteigen ließ und mit veränderten Lebensentwürfen einherging. Der keynesianische Wohlfahrtsstaat wich einem aktivierenden Sozialstaat. Dieser setzte auf die Rückführung öffentlicher Ausgaben, den Rückbau der paritätisch finanzierten Sozialversicherungen und die Förderung der Finanzmärkte durch Deregulierung und die Einführung kapitalgedeckter Altersversorgungssysteme.<sup>14</sup>

Im Laufe dieser Entwicklung vollzog sich der Übergang von der Ungleichheits- zur Generationenendebatte.<sup>15</sup> Der Generationenvertrag, der die legitimatorische Basis der dynamischen Rentenversicherung lieferte, wurde zunehmend als Karte eines Irrwegs und Verstoß gegen eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen kritisiert. Die Generationengerechtigkeit stieg vor allem in den 1990er Jahren zum wohl bedeutendsten Gerechtigkeitsparadigma in der Alterssicherungspolitik auf.<sup>16</sup> So begründete 2003 die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder ihre Eingriffe in die Rentenanpassungsformel mit dem Hinweis, dass die „Richtschnur“ für ihre Maßnahmen „der Grundsatz der Generationengerechtigkeit“ sei und die „Jüngeren nicht durch zu hohe Beiträge überfordert werden“ dürften.<sup>17</sup> Seither hat sich die Berufung auf behauptete Verstöße gegen die Generationengerechtigkeit als Standardvorwurf selbst gegen

**13** Vgl. Hans-Jürgen Urban, *Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus*, Hamburg 2013.

**14** Vgl. Christoph Ehlscheid, Raus aus der rentenpolitischen Sackgasse, in: Sebastian Chwala et al. (Hrsg.), *Die gekaufte Stadt*, Hamburg 2016, S. 229–244.

**15** Vgl. Michael Klundt, *Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit?*, Wiesbaden 2008.

**16** Vgl. Frank Nullmeier, *Der Diskurs der Generationengerechtigkeit in Wissenschaft und Politik*, Zentrum für Sozialpolitik, ZeS Report 1/2004, S. 3–6; Lucia Gaschick, *Generationengerechtigkeit als Ordnungsprinzip für die Staatsverschuldung*, Baden-Baden 2018.

**17** Bundestagsdrucksache (BT-Drs.) 15/2149, 9.12.2003, S. 1.

moderate Leistungsverbesserungen wie etwa die vieldiskutierte Grundrente etabliert.<sup>18</sup>

Das normative Prinzip der Generationengerechtigkeit orientiert sich in dieser Lesart an der Proportionalität von Aufwand und Ertrag sozialstaatlicher Leistungen. Dabei soll die Relation von Leistung und Gegenleistung in jeder Alterskohorte gleich sein.<sup>19</sup> Mit dem Instrument der Generationenbilanzen werden in einem intertemporalen Buchhaltungssystem Zahlungsströme erfasst, Renditebetrachtungen vorgenommen und die generationenübergreifende Verteilungswirkung der Fiskal- und Sozialpolitik analysiert. Der demografische Wandel liefert dabei vielfach den Bezugspunkt für Forderungen nach drastischen Leistungseinschränkungen,<sup>20</sup> was für die gesetzliche Rentenversicherung bedeutet, dass Generationengerechtigkeit dann vorliegt, „wenn sich das Verhältnis von Beiträgen und Leistungsansprüchen zwischen den Generationen nicht verändert“.<sup>21</sup>

Gleichwohl sind Generationenbilanzen als methodischer Ansatz zur Entwicklung normativer Zielstellungen und politischer Positionierung keineswegs unumstritten. Die hohe Abhängigkeit individueller Sparleistungen von Produktivitätsentwicklungen oder Zinssätzen bleibt ebenso unterbelichtet wie die Übertragung von gesellschaftlichem Sach- und Humankapital wie Infrastruktur oder Ausbildungen an nachfolgende Generationen. Auch private Transfers zwischen den Kohorten wie Kindererziehungsleistungen, private Pflegeleistungen oder die Vermögensübertragung durch Erbschaften werden systematisch ausgeblendet. Insgesamt bleiben die tatsächlichen Verteilungseffekte und eine realistische Belastungs- und Verteilungsbilanz innerhalb und zwischen den Kohorten unerkannt, wenn ausschließlich private Aufwendungen oder öffentliche Transfers in die Generationenbilanz einbezogen

werden. Es waren und sind diese und andere Defizite, die das Messkonzept der Generationenbilanzen zumeist in antisozialstaatliche Politikempfehlungen münden lassen und sozialstaatliche Transfers und wohlfahrtsstaatliche Institutionen pauschal unter Generalverdacht stellen, gegen die Generationengerechtigkeit zu verstoßen.<sup>22</sup>

## GENERATIONENGERECHTIGKEIT UND DIE ÖKONOMISCH- ÖKOLOGISCHE KRISE

Normative und politische Modelle, die unter den Bedingungen der Gegenwart eine ausbalancierte Aufteilung von Kosten und Erträgen gesellschaftlicher Wertschöpfung sichern wollen, haben eine in den klassischen Gerechtigkeitsdiskursen unterbelichtete Problemdimension zu integrieren. Der neue Kapitalismus ist nicht nur ungleicher und individualistischer als sein Vorgänger. Er befindet sich zudem in einer systemischen „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“.<sup>23</sup> Das ökonomische Wachstum kapitalistischer Prägung ist vom Problemlöser zum Problemtreiber mutiert. Trug es traditionell zur Wohlstandsmehrung und zur Entschärfung sozialer Verteilungskonflikte bei, so forciert es heute die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen und den Raubbau an der Natur. Es befördert gesellschaftliche Spaltung, indem es die Vermögen der Reichen mehrt und zugleich immer mehr Menschen in prekäre Lebenslagen abdrängt. Und es nimmt die Natur in einem Maße in Anspruch, das ihre Regenerationsfähigkeit überfordert. Daher führen die traditionellen Strategien zur Ankurbelung des Wachstums nicht aus der Krise, sondern weiter hinein.

Wird akzeptiert, dass das gegenwärtige Wachstumsmodell repulsiv geworden ist, erfordert dies die Arbeit an einem neuen Entwicklungsmodell. Anzustreben wäre eine Wirtschaft, die nicht unter einem systemischen Wachstumszwang ächzt, sondern die wächst, wo sie wachsen soll und auf Wachstum verzichtet, wo es die Gesellschaft spaltet oder die Na-

**18** Vgl. z. B. Bernd Raffelhüschen/Stefan Seuffert, *Ehrbarer Staat? Wege und Irrwege der Rentenpolitik im Lichte der Generationenbilanz*, Stiftung Marktwirtschaft, Argumente zur Marktwirtschaft und Politik Nr. 148, Berlin 2020, S. 8 ff.

**19** Vgl. zu den Gerechtigkeitsdimensionen Stefan Liebig/Percy Scheller, *Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Ein analytischer Orientierungsrahmen und einige empirische Befunde*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 3/2007, S. 301–321, hier S. 308 ff.

**20** Vgl. Alan J. Auerbach/Jagadeesh Gokhale/Laurence J. Kotlikoff, *Generational Accounts: A Meaningful Way to Evaluate Fiscal Policy*, in: *Journal of Economic Perspectives* 1/1994, S. 73–94, sowie Raffelhüschen/Seuffert (Anm. 18).

**21** Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2001, BT-Drs. 14/7639, S. 131.

**22** Vgl. zur Kritik etwa Winfried Schmähel, *Soziale Sicherung: Ökonomische Analysen*, Wiesbaden 2009; Francois Höpflinger, *Generationenpolitik und lebenslauforientierte Sozialpolitik – Ansätze jenseits der Altersphasenpolitik*, in: A. Doris Baumgartner/Beat Fux (Hrsg.), *Sozialstaat unter Zugzwang? Zwischen Reform und radikaler Neuorientierung*, Wiesbaden 2019, S. 357–376.

**23** Vgl. Klaus Dörre, *Risiko Kapitalismus. Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution*, in: ders. et al. (Hrsg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*, Wiesbaden 2019, S. 3–33, hier S. 20 ff.

tur überfordert.<sup>24</sup> Ein solches Modell eines selektiven Wachstums muss vor allem dem Wachstumsdrang, der in der kapitalistischen Akkumulationsdynamik wurzelt, Grenzen setzen. Diese Grenzen markieren den Raum, in dem sich der sozialökologische Strukturwandel vollziehen kann und muss. Wo diese Grenzen liegen sollen, und welcher Spielraum der Wachstumsdynamik verbleiben soll, muss gesellschaftlich diskutiert und politisch entschieden werden.

Fragen der Generationenbeziehungen sind in diese Diskurse einzubeziehen. Eine Sozialpolitik, die sich traditionell aus den Wertschöpfungszuwächsen einer wachsenden Ökonomie bedient, sollte sich dabei neu orientieren. Denn ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wachstum würde nicht nur flacher als in der Vergangenheit ausfallen müssen. Es verändert auch die Bedingungen des intergenerationellen Austausches und wirft damit neue Fragen von Generationengerechtigkeit auf.

### KERNPUNKTE EINER INKLUSIVEN GENERATIONENVEREINBARUNG

Die Debatte um eine ausbalancierte Generationenbeziehung müsste also in die Suche nach Wegen einer sozialökologischen Transformation von Produktion, Konsum und Lebensweise integriert werden. Dabei wäre vor allem eine versicherungsmathematische Engführung bei der Ermittlung intergenerationaler Bilanzen zu vermeiden. Vielmehr zielt die Forderung nach einem inklusiven Gerechtigkeitsbegriff darauf, neben intergenerationellen Geldströmen auch die Verteilung anderer Sozialgüter im Sinne Michael Walzers in etwaige Generationenbilanzen einzubeziehen und die Gerechtigkeitskriterien der jeweiligen Verteilungssphären zu einem möglichst widerspruchsfreien integrierten Verteilungsmodell zusammenzuführen. Dabei lassen sich, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, einige Mindestanforderungen an ein komplexes Generationenabkommen formulieren, das als Grundlage in der gegenwärtigen Umbruchperiode wirken könnte.

#### Lebensstandardsicherung als generationenübergreifende Leistungszusage

Zunächst erweist sich die belastbare Zusage eines Alterseinkommens, das im Großen und Ganzen

<sup>24</sup> Vgl. Hans-Jürgen Urban, *Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus*, Hamburg 2019, S. 183ff.

den über die Erwerbsbiografie hinweg erworbenen Lebensstandard sichert, als unverzichtbar. Eine solche Sicherungszusage an alle Generationen erweist sich gegenüber individuellen Rendite- oder Rentabilitätsvergleichen als überlegen. Sie zielt auf vergleichbare und damit gerechte Leistungszusagen, die die jeweiligen gesellschaftlichen Wohlstandsniveaus und biografisch-längsschnittorientierte Betrachtungen in die Gerechtigkeitsüberlegungen einbeziehen. Mit Blick auf die Gerechtigkeitschäden, die den Privatisierungspolitiken der vergangenen Jahrzehnte anzulasten sind, gilt es, solche Einkommens- und Sicherungszusagen der Erwerbstätigen vor den übermächtigen Verwertungsansprüchen der im Gegenwartskapitalismus einflussstarken „Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus“<sup>25</sup> zu schützen.

#### Universalisierung von Beitragspflicht und Leistungsansprüchen

Insgesamt dürften Gerechtigkeitsregeln in dem Maße an Akzeptanz gewinnen, in dem möglichst alle Mitglieder der Gesellschaft, die an der Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Güter beteiligt sind, in die Verteilungsgemeinschaft der Alterssicherung einbezogen werden. Das gegenwärtige Rentenversicherungssystem konzentriert sich auf die soziale Mitte der abhängig Beschäftigten. Es erfasst nur Erwerbsarbeit oberhalb versicherungsrechtlicher Geringfügigkeit und unterhalb von privilegierten Beschäftigungsformen wie dem Beamtenstatus oder Einkommenspositionen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze. Die Universalisierung von Beitragspflicht und Sozialschutz durch die Einbeziehung möglichst aller Erwerbspersonen und Einkommen in die Verteilungsgemeinschaft der gesellschaftlichen Alterssicherung erweist sich somit als dringliches Erfordernis. Realisiert werden kann es durch die Erweiterung der Rentenversicherung in eine allgemeine Erwerbstätigenversicherung sowie einen höheren Steuerzuschuss, durch den auch Einkommen aus Geld- und Kapitalvermögensbesitz in die Finanzierung der Alterssicherung einbezogen werden.<sup>26</sup>

<sup>25</sup> Paul Windolf, *Eigentümer ohne Risiko. Die Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 6/2008, S. 516–535.

<sup>26</sup> Zum Konzept der Erwerbstätigenversicherung vgl. Hans-Jürgen Urban/Christoph Ehlscheid/Axel Gernthke (Hrsg.), *Der Neue Generationenvertrag. Sozialstaatliche Erneuerung in der Krise*, Hamburg 2010.

### Komplexe Generationenbilanz

Doch eine umfassend gerechte Generationenvereinbarung muss über die Sphäre monetärer Transfers hinausreichen. Ein solcher Anspruch findet bereits Anknüpfungspunkte in den Gerechtigkeitstheorien von Rawls und Walzer. Beide blicken in ihren Vorstellungen von Verteilungs- und Generationengerechtigkeit nicht nur auf Geld. Rawls schließt in sein Konzept einer „gerechten Sparrate“, durch die Vermögenswerte an die nachfolgende Generation übertragen werden sollen, auch Infrastruktur, Institutionen, Wissen und Kulturtechniken ein. Und für Walzers Begriff der komplexen Gerechtigkeit ist ohnehin die (generationen)gerechte Verteilung aller Sozialgüter konstitutiv. Das erfordert die Einbeziehung qualitativer Dimensionen intergenerationaler Austauschbeziehungen in den Gerechtigkeitsdiskurs. Das bezieht sich etwa auf Arbeitsplatzsicherheit, Infrastruktur, medizinische Versorgung oder Wohnstandards als zentrale Teile des komplexen Ensembles der Arbeits- und Lebensbedingungen.

### Generationengerechte Inanspruchnahme der Natur

In Zeiten der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise des Gegenwartskapitalismus müssen interwie intragenerationelle Gerechtigkeitsüberlegungen Fragen des Zugriffs auf die Natur integrieren. Das heißt nicht, dass die nachwachsende Generation nicht von Sozialgütern wie Schulen, Universitäten, Infrastrukturen oder Ähnlichem profitieren würde, die nur unter Inanspruchnahme der Natur zur Verfügung gestellt werden können. Der hier anfallende Naturverbrauch geht in die Naturbilanz dieser Generation ein. Doch die Nutzung der Natur spielt in den klassischen Gerechtigkeitstheorien, wenn überhaupt, eine untergeordnete Rolle. Sie erweisen sich als ergänzungs- und korrekturbedürftig. Nötig ist die explizite Einbeziehung von Naturgebrauch und -verbrauch als gerechtigkeitsrelevante Dimensionen in alle Modelle gerechter Generationenbeziehungen. Naturressourcen wären dabei nicht nur als Sozialgut im Sinne Walzers zu fassen, sondern als frei verfügbare, aber begrenzte Allmenden (Gemeingüter) zu konzipieren. Die planetarischen Grenzen der Verwertung markieren zugleich die Grenzen der materiellen Wertschöpfung und damit den Rahmen,

**27** Jürgen Habermas, Vorlesungen zu einer sprachtheoretischen Grundlegung der Soziologie, in: ders., Sprachtheoretische Grundlegung der Soziologie, Frankfurt/M. 2009, S. 29–156, hier S. 148.

innerhalb dessen sich intergenerationale Verteilungsprozesse bewegen müssen.

### AUSBLICK

Formulierung und Abschluss einer neuen Generationenvereinbarung haben hohe normative Voraussetzungen. Ihr Modell der Generationengerechtigkeit ist auf gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen. Diese muss aus öffentlichen Debatten hervorgehen und intergenerationale Konsenspotenziale ausloten. Doch wie in anderen Verteilungskonflikten wird auch hier der „eigentümlich zwanglose Zwang des besseren Arguments“<sup>27</sup> schnell an Grenzen stoßen. Die Aushandlungskonflikte in den Verteilungssphären der einzubeziehenden Sozialgüter folgen spezifischen Mustern. Zumeist prallen ökonomische und soziale Interessen aufeinander. Und die ungleiche Ausstattung der Akteure mit Machtressourcen macht faire und symmetrische Vereinbarungen schwierig.

Dabei werden Konflikte entlang von Klassenlagen heute vielfach durch Erzählungen von Generationenkonflikten oder gar -kriegen überlagert. Zu Unrecht. Der primäre Verteilungskonflikt verläuft zwischen den Besitzern von Real- und Finanzkapital und denen, die ihren Lebensunterhalt aus Lohnarbeit oder prekärer Soloselbstständigkeit bestreiten müssen. Je schlechter die Verteilungsposition der abhängig Arbeitenden ausfällt, und je mehr der Steuerstaat Kapitaleinkommen und große Vermögen verschont, umso weniger steht im Beitrags- und Steueraufkommen für sozialstaatliche Umverteilung zur Verfügung – auch für die zwischen den Generationen. Ein ausbalanciertes und als gerecht empfundenes Modell der Generationenbeziehungen wird ohne einen neuen Klassenkompromiss kaum zu haben sein.

### HANS-JÜRGEN URBAN

ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft IG Metall, Privatdozent für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena und Mitherausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik“.  
hans-juergen.urban@igmetall.de

### CHRISTOPH EHLSCHIED

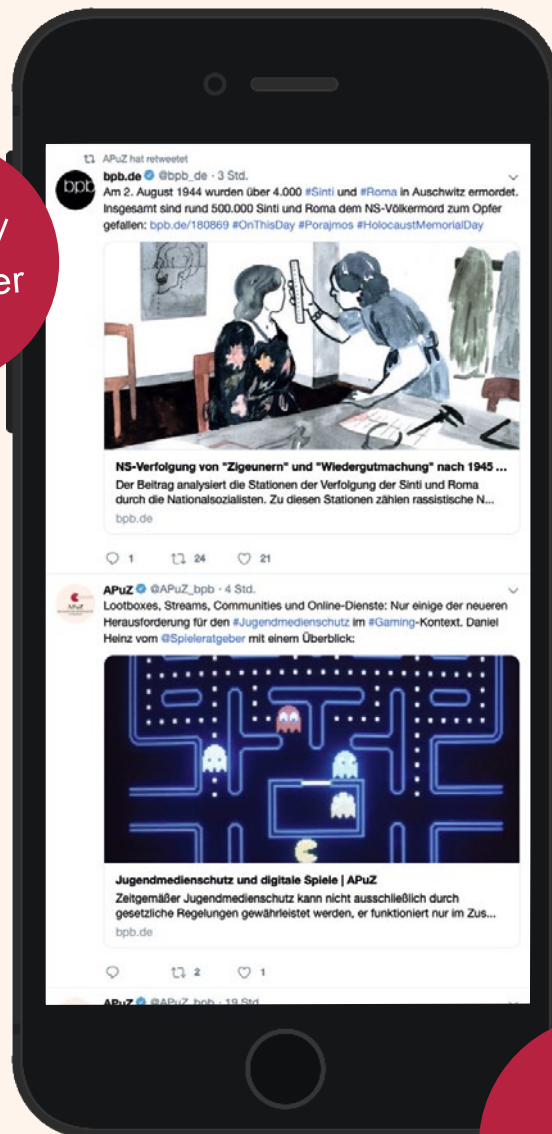
ist Bereichsleiter beim Vorstand der IG Metall, Vorstandsmitglied der Deutschen Rentenversicherung und Mitglied des Sozialbeirats der Bundesregierung.  
christoph.ehlscheid@igmetall.de

# Immer informiert.

Bestellen Sie den APuZ-Newsletter  
oder folgen Sie uns auf Twitter!



bpb.de/  
newsletter



@apuz\_bpb

Der Newsletter informiert Sie etwa 30 mal im Jahr per E-Mail über die Beiträge der aktuellen Ausgabe sowie über kommende Themenschwerpunkte, den jährlichen „Call for Papers“ und Veranstaltungen.

Auf Twitter meldet sich die Redaktion zu tagesaktuellen Themen mit Links zu Beiträgen aus der APuZ und dem Netzwerk der Bundeszentrale für politische Bildung.

# ZUKÜNFTIGE GENERATIONEN

## Geschichte einer politischen Pathosformel

*Benjamin Möckel*

„Zukünftige Generationen“ spielen in aktuellen politischen Diskussionen eine herausragende Rolle. Zwar können sie noch nicht selbst am politischen Prozess partizipieren oder eigene Interessen artikulieren, als symbolischer Referenzpunkt einer „nachhaltigen“ Politik sind sie im medialen Diskurs der vergangenen Jahre jedoch in hohem Maße präsent. Das gilt insbesondere für Debatten im Kontext der Umwelt- und Klimapolitik, die vor allem durch die Bewegung Fridays for Future neue Aufmerksamkeit erhalten haben. Aber auch in anderen Themenfeldern spielt die Bezugnahme auf die Rechte oder Interessen zukünftig lebender Menschen eine wichtige Rolle: in den Debatten über die Zukunft des Sozialstaats ebenso wie in Fragen der Staatsverschuldung, in der Bildungs- und Erziehungspolitik ebenso wie in sensiblen Fragen der Technikethik wie etwa der politischen Regulierung der Gentechnik oder den Folge- und Entsorgungsproblemen der Kernenergie. Dass politische Entscheidungen nicht allein die gegenwärtige Wählerschaft, sondern auch die Interessen nachfolgender Generationen einbeziehen müssen, ist zu einer Kernforderung gegenüber einer nachhaltigen Politik geworden.

Die Popularität dieser Deutungen ist erklärungsbedürftig. Schließlich wird der Demokratie seit Langem ein (zu) kurzer politischer Zeithorizont vorgeworfen, der im Zweifelsfall nicht über die laufende Legislaturperiode hinausreiche. In allgemeinerer Perspektive ist der (Post-)Moderne im Ganzen die Fähigkeit abgesprochen worden, noch einen überzeugenden Zukunftsbezug herstellen zu können.<sup>01</sup> Gerade in dieser Situation, in der der Zukunftsbezug westlicher Gesellschaften brüchiger wurde und etablierte Vorstellungen eines individuellen und gesellschaftlichen Aufstiegs und Fortschritts ihre Überzeugungskraft verloren, entwickelte sich der Verweis auf „zukünftige Generationen“ zu einer wirkungsvollen Pathosformel,

um Entscheidungsträger auf eine Zukunftsverantwortung der eigenen Politik festzulegen.

Der folgende Beitrag untersucht die Entstehungskontexte und Traditionslinien dieses Deutungsmusters, um aktuellen Diskussionen auf diese Weise eine historische Tiefenschärfe zu verleihen. Im Rückgriff auf neuere Ansätze der Forschung werden Generationen als politische und soziale Konstrukte interpretiert, die Ausdruck zeitgenössischer Debatten und Selbstthematisierungen sind. Die Rede von „zukünftigen Generationen“ verweist demnach nicht auf einen fest definierten Katalog an Rechten und Bedürfnissen, die sich in den politischen Diskurs integrieren ließen. Vielmehr spiegelt sich in den Debatten eine übergreifende Fragestellung, die auf den Zusammenhang von Zeit und demokratischer Partizipation verweist. Im Zentrum steht die Frage, wie Demokratien sinnvolle Formen der Repräsentation und Partizipation für zukünftige Mitglieder ihrer politischen Gemeinschaft erschaffen können.

### ANSÄTZE DER GENERATIONENFORSCHUNG

Generationen spielen in den politischen Diskursen moderner Gesellschaften eine zentrale Rolle – sowohl als selbst proklamierte politische Akteure als auch als Objekt politischer Zuschreibungen und Erwartungen.<sup>02</sup> Insbesondere in Bezug auf spezifische Jugendjahrgänge spiegeln sich hierin häufig emphatische Verdichtungen politischer Diskurse.<sup>03</sup> Der Begriff der „zukünftigen Generationen“ bildet eine besondere Form solcher generationeller Zuschreibungen. Während die meisten politischen Generationen aus einem Wechselspiel von Selbst- und Fremdzuschreibungen hervorgehen, in denen unterschiedliche Protagonisten darum ringen, im Namen einer bestimmten Generation zu sprechen, bleibt die Rede von den „zukünftigen Generationen“ auf



die Ebene externer Zuschreibungen und Erwartungen beschränkt. Die angesprochenen Akteure selbst können dagegen weder ihre Interessen und Anschauungen artikulieren, noch gegenüber politischen Instrumentalisierungen Einspruch erheben. Aus philosophischer Perspektive ist daher mit guten Gründen bezweifelt worden, ob sich überhaupt sinnvoll von den Rechten oder Interessen von Akteuren sprechen lässt, die selbst noch nicht existieren.<sup>04</sup>

Klassische Konzepte der Generationenforschung bieten daher kaum Anknüpfungspunkte. Vor allem Karl Mannheims bis heute einflussreiche Interpretation<sup>05</sup> von Generationen als Resultat einer gemeinsamen Prägung im Jugendalter und seine Unterscheidung zwischen Generationslagerungen, -zusammenhängen und -einheiten sind für den vorliegenden Kontext kaum weiterführend – schließlich lässt sich wenig Substantielles darüber aussagen, welche gesellschaftlichen Phänomene sich für zukünftige Generationen als prägend erweisen und welche Reaktionsweisen hieraus resultieren werden. Auch Mannheims stark essenzialistisch geprägte Vorstellung von Generationen als wirkmächtige Kollektivakteure mit einem gemeinsamen politischen Gestaltungswillen führt an dieser Stelle kaum weiter. Dies spricht jedoch nicht per se gegen deren Interpretation als ein distinktes generationelles Phänomen. Schließlich haben neuere Forschungsansätze Mannheims Konzept zum Teil scharf kritisiert und in entscheidenden Punkten hinter sich gelassen. Diese Arbeiten interpretieren Generationen nicht mehr als durch gemeinsame Prägung definierte Alterskohorten, sondern – unter dem Begriff der „Generationalität“ – als Resultat politischer und gesellschaft-

licher Aushandlungsprozesse, in denen generationelle Zugehörigkeit und intergenerationelle Differenz sozial hergestellt wird.<sup>06</sup>

Auf die besondere Deutungsmacht solcher Erzählungen ist von vielen Seiten hingewiesen worden. Der Historiker Bernd Weisbrod hat von der „emphatischen Überdetermination“ und „lebensweltlichen Evidenz“ gesprochen, die Generationsreden in der Moderne auszeichneten.<sup>07</sup> Die Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Sigrid Weigel hat den Wechsel zwischen „Natur“ und „Kultur“ beziehungsweise zwischen einem genealogisch-biologischen und einem auf gesellschaftliche Sozialisation abzielenden Verständnis von Generationenfolgen als charakteristisches Phänomen herausgearbeitet.<sup>08</sup> Beides ist auch für den vorliegenden Kontext kennzeichnend. Der Verweis auf zukünftige Generationen erwies sich demnach gerade deshalb als so anschlussfähig, weil er an Metaphern der familiären Generationenfolge anschließen konnte und diese in die Sphäre der Politik übertrug. Auf diese Weise ließen sich auch weit entfernte Zeithorizonte in direkter Weise mit Vorstellungen einer persönlichen Nachfolge verbinden und in lebensweltliche Kontexte und Erwartungen integrieren.

Diese Interpretation von „Generation“ als „gesellschaftlicher Selbstthematierungsformel“<sup>09</sup> ist auch für die Rede von zukünftigen Generationen anschlussfähig. Sie eignet sich in besonderer Weise dafür, um zeitgenössische politische und gesellschaftliche Fragestellungen zu diskutieren. Als bloß erwarteter Generationszusammenhang bildet sie eine perfekte Projektionsfläche für externe Generationszuschreibungen, die nicht durch real existierende Generationsange-

**01** Vgl. Zygmunt Bauman, *Retrotopia*, Berlin 2017; Hans Ulrich Gumbrecht, *Unsere breite Gegenwart*, Berlin 2010.

**02** Vgl. z. B. Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*, München 2003; Mark Roseman (Hrsg.), *Generations in Conflict: Youth Revolt and Generation Formation in Germany 1770–1968*, Cambridge 2003.

**03** Vgl. z. B. Barbara Stambolis (Hrsg.), *Die Jugendbewegung und ihre Wirkungen: Prägungen, Vernetzungen, gesellschaftliche Einflussnahmen*, Göttingen 2015.

**04** Vgl. Derek Parfit, *Future Generations: Further Problems*, in: *Philosophy & Public Affairs* 2/1982, S. 113–172.

**05** Vgl. Karl Mannheim, *Das Problem der Generationen*, in: *Kölner Vierteljahresshefte für Soziologie* 7/1927, S. 157–184. Zur Einordnung des Textes vgl. u. a. Jürgen Zinnecker, „Das Problem der Generationen“. Überlegungen zu Karl Mannheims kanonischem Text, in: Reulecke (Anm. 2), S. 33–59.

**06** Diese Neuinterpretation ist maßgeblich von dem Graduiertenkolleg „Generationengeschichte. Generationelle Dynamik und historischer Wandel im 19. und 20. Jahrhundert“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft vorangetrieben worden, das von 2005 bis 2014 an der Universität Göttingen arbeitete. Für Veröffentlichungen aus diesem Kontext vgl. u. a. Björn Bohnenkamp/Till Manning/Eva-Maria Silies (Hrsg.), *Generation als Erzählung. Neue Perspektiven auf ein kulturelles Deutungsmuster*, Göttingen 2009; Kirsten Gerland/Benjamin Möckel/Daniel Ristau (Hrsg.), *Generation und Erwartung: Konstruktionen zwischen Vergangenheit und Zukunft*, Göttingen 2013.

**07** Bernd Weisbrod, *Generation und Generationalität in der neueren Geschichte*, in: APuZ 8/2005, S. 3–9, hier S. 4.

**08** Vgl. Sigrid Weigel, *Genea-Logik: Generation, Tradition und Evolution zwischen Kultur- und Naturwissenschaften*, München 2006.

**09** Ulrike Jureit, *Generationenforschung*, Göttingen 2006, S. 9.

hörige gestört werden können.<sup>10</sup> Darüber hinaus können zukünftige Generationen – entgegen jeder Evidenz – als sozial, politisch und kulturell homogene Gruppe imaginiert werden, die jenseits der politischen Kontroversen der Gegenwart stehen. Politische Konflikte können so in vermeintliche anthropologische Konstanten, in vermeintlich natürliche Bedürfnisse und Interessen verwandelt werden. Beides macht die Rede von zukünftigen Generationen für den politischen Diskurs so attraktiv: Sie fungiert als „leerer Signifikant“, der mit unterschiedlichsten politischen Zielen und Bedeutungen aufgeladen werden kann.<sup>11</sup> Diese Heterogenität der Bedeutungszuschreibungen steht im Zentrum der folgenden historischen Einordnung.

### HISTORISCHE ENTWICKLUNGSLINIEN

Die Bezugnahme auf nachfolgende Generationen hat eine weit zurückreichende Tradition. Als Dynamisierungsfaktor des gesellschaftlichen Wandels hat sie ihren Ursprung vor allem in der Zeit der Aufklärung und der Französischen Revolution – der Zeit also, die auch als Ausgangspunkt eines modernen Verständnisses von Generationalität überhaupt identifiziert worden ist.<sup>12</sup> Ihre Ausformulierung erhielt sie vor allem im Kontext dessen, was der Historiker Reinhart Koselleck als Auseinanderfallen von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont und „Verzeitlichung der Utopie“ im Kontext der Geschichtsphilosophie der Sattelzeit des späten 18. Jahrhunderts beschrieben hat.<sup>13</sup> Die Generationenfolge stand hier stellvertretend für eine neue Form des gesamtgesellschaftlichen Zukunftsbezugs.

Ein Beispiel hierfür ist Immanuel Kant, der in seiner 1784 erschienenen „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ das Modell eines kontinuierlichen Fort-

schriffs der Menschheit als Idealzustand der bürgerlichen Gesellschaft entwarf. Der Text formulierte ein geschichtsphilosophisches Problem, das denkbar weit von heutigen Diskursen der Zukunftsethik und der Generationengerechtigkeit entfernt ist. Statt sich mit der potenziellen Zerstörung der Lebensgrundlagen oder einem übermäßigen Ressourcenverbrauch auseinanderzusetzen, der nachkommenden Generationen nur noch eingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten lassen würde, beschäftigte Kant die Frage, wie es sich rechtfertigen lasse, dass nur die letzten Protagonisten der Generationenfolge den idealen Endzustand der bürgerlichen Gesellschaft erleben würden, während alle anderen Generationen hiervon ausgeschlossen blieben – dass also „die ältern Generationen nur scheinen um der späteren willen ihr mühseliges Geschäft zu treiben“, während „nur die spätesten das Glück haben sollen, in dem Gebäude zu wohnen, woran eine lange Reihe ihrer Vorfahren (...) gearbeitet hatten“.<sup>14</sup>

Diese Vorstellung der Generationenfolge als Fortschrittsgeschichte blieb weit über die Epoche der Aufklärung hinaus einflussreich und gewann sogar noch in dem Maß an Bedeutung, in dem aus den geschichtsphilosophischen Theorien ein selbstverständlicher Deutungshorizont einer sich dynamisierenden industriellen Moderne wurde.<sup>15</sup> Vor allem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurden diese Zuschreibungen jedoch durch eine zweite Bedeutungsebene überlagert, die zuvor nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte – nämlich eine biologistische Interpretation des Generationenwandels, die einerseits auf die Metaphorik der Familienfolge zurückwies, zugleich aber unter den wissenschaftlichen Diskursen der Zeit eine neue politische Aufladung erhielt. Den Kontext hierfür bildeten die von Charles Darwin und anderen entwickelten Theorien der biologischen Selektion und Evolution, sowie insbesondere die hieraus hervorgehenden sozialdarwinistischen Deutungen, die die politischen Debatten des späten 19. Jahrhunderts in

**10** Zum Kontext von „Generationen“ als Erwartungsdiskursen vgl. Gerland/Möckel/Ristau (Anm. 6).

**11** Zum Konzept der „leeren Signifikanten“ vgl. Ernesto Laclau, *Emancipation(s)*, London 1996, S. 36–46.

**12** Vgl. Pierre Nora, *La Génération*, in: ders. (Hrsg.), *Les Lieux de Mémoire*, Bd. 2, Paris 1997, S. 2975–3015.

**13** Reinhart Koselleck, *Die Verzeitlichung der Utopie*, in: ders., *Zeitschichten: Studien zur Historik*, Frankfurt/M. 2003, S. 131–149. Vgl. ders., *Erfahrungsraum und Erwartungshorizont. Zwei historische Kategorien*, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt/M. 1989, S. 349–375.

**14** Immanuel Kant, *Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht*, in: *Preußische Akademie der Wissenschaften* (Hrsg.), *Akademie-Ausgabe VIII*, Berlin 1968 [1784], S. 15–31, hier S. 20.

**15** Vgl. Reinhart Koselleck/Christian Meier, *Fortschritt*, in: Reinhart Koselleck/Werner Conze/Otto Brunner (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 351–423.

entscheidendem Maße beeinflussten.<sup>16</sup> Auch hier blieben die Fortschrittsnarrative zum Teil präsent, erhielten in der biologistischen Neuinterpretation aber eine ambivalentere und politisch potenziell toxischere Dimension. Unter Verweis auf sozialdarwinistische Diskurse erschien die Generationenfolge nun primär als eine Frage von Genealogie und Vererbung. Hieraus entstanden auf der einen Seite wiederum utopische Zukunftsvorstellungen, die um die Jahrhundertwende zum Beispiel unter dem Topos des „Neuen Menschen“ verhandelt wurden<sup>17</sup> und auch in eugenischen Vorstellungen und Projekten praktische Umsetzung erfuhren.<sup>18</sup> Auf der anderen Seite entstanden biologistisch konnotierte Verfallsnarrative, wie sie etwa in den demografischen Katastrophenszenarien der Jahrhundertwende ihren Ausdruck fanden.<sup>19</sup> Der Generationendiskurs wurde hier zu einer – nationalistisch und rassistisch aufgeladenen – *moral panic* eines vermeintlichen „Volks ohne Jugend“.<sup>20</sup> Ihre zerstörerischste Ausprägung erfuhren diese Diskurse in den faschistischen Diktaturen und insbesondere im Nationalsozialismus und dessen rassistisch motiviertem Vernichtungsprogramm.<sup>21</sup>

Nach 1945 waren viele – wenn auch bei Weitem nicht alle – dieser rassistischen und eugenischen Diskurse diskreditiert. Dennoch spielte ein generationell codierter Zukunftsbezug auch in der Nachkriegszeit eine wichtige Rolle, nun in erster Linie als Symbol des Neuanfangs im Kontext einer neuen, demokratischen oder sozialistischen Gesellschaft. Dies galt sowohl für die westlichen Demokratien als auch für die sozialistischen Nachkriegsgesellschaften und deren Vorstellungen eines neuen sozialistischen Men-

schen.<sup>22</sup> Zu stark sollte man diese Kontinuitäten jedoch nicht betonen. Zukunftsbezüge spielen in allen Gesellschaften eine wichtige Rolle. Inwieweit diese mit spezifischen generationellen Zuschreibungen und Erwartungen verbunden werden, ist jedoch eine andere Frage. Statt auf lange Kontinuitätslinien verweisen die bisherigen Ausführungen daher eher auf zwei charakteristische Deutungslinien, die bis in die Gegenwart hinein aktivierbar bleiben: *erstens* ein geschichtsphilosophisch grundlegender Fortschrittsoptimismus, der in veränderter Weise auch in der Planungseuphorie der Nachkriegsjahrzehnte erhalten blieb;<sup>23</sup> und *zweitens* biologistische und eugenische Deutungsmuster, die zugleich mit Niedergangs- und Dekadenznarrativen verbunden waren. Auch dies blieb, wie zu zeigen sein wird, ein Topos, der nach 1945 reaktiviert werden konnte. Zu diesen beiden Interpretationen kam erst in den 1970er Jahren eine dritte Dimension hinzu, die unter dem Eindruck eines ambivalenter werdenden Zukunftsbezugs auf die Kategorien von generationeller Verantwortung, Zukunftsethik und Generationengerechtigkeit abzielte und mit dem Schlagwort der „zukünftigen Generationen“ nun auch jene politische Formel etablierte, unter der diese Zukunftsdimension in der Folge in erster Linie diskutiert werden sollte.

## DISKURSE DER 1970ER JAHRE

In den 1970er Jahren erhielten die generationellen Zukunftsdiskurse eine neue Bedeutung. Mit Fragen der Umweltpolitik, Diskussionen über die Folgen neuer Technologien, sowie den Debatten über die Grenzen des Sozialstaates traten neue Themenfelder in den Vordergrund. Hiermit ging ein Bruch des Fortschrittsoptimismus der ersten Nachkriegsjahrzehnte einher, der zugleich eine strukturelle Verschiebung des Generationendiskurses einleitete: Geschichtsphilosophische Theorien und biologistische Diskurse verloren an Bedeutung und wurden durch Fra-

**16** Vgl. Diane B. Paul, Darwin, Social Darwinism and Eugenics, in: Jonathan Hodge/Gregory Radick (Hrsg.), *The Cambridge Companion to Darwin*, Cambridge 2003, S. 214–239.

**17** Vgl. Nicola Lepp/Martin Roth/Klaus Vogel, *Der Neue Mensch. Obsessionen des 20. Jahrhunderts*, Ostfildern-Ruit 1999.

**18** Vgl. u. a. Mark Adams (Hrsg.), *The Wellborn Science: Eugenics in Germany, France, Brazil, and Russia*, New York–Oxford 1990; Stefan Kühl, *Die Internationale der Rassisten: Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1997.

**19** Vgl. u. a. Thomas Etzemüller, *Ein ewigwährender Untergang: der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2007.

**20** Friedrich Burgdörfer, *Volk ohne Jugend*, Berlin 1931.

**21** Vgl. Götz Aly, *Die Belasteten: „Euthanasie“ 1939–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte*, Frankfurt/M. 2013.

**22** Vgl. Benjamin Möckel, *Erfahrungsbruch und Generationsbehauptung. Die Kriegsjugendgeneration in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften*, Göttingen 2014; Dorothee Wierling, *Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR: Versuch einer Kollektivbiographie*, Berlin 2002.

**23** Vgl. Dirk van Laak, *Planung. Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 3/2008, S. 305–326.

gen nach individueller und kollektiver Verantwortung ersetzt. Dies war der Beginn der Diskurse über Begriffe wie „Zukunftsethik“ und „Generationengerechtigkeit“, die in den folgenden Jahrzehnten die Debatten zu dominieren begannen. Genau in diesem Kontext entstand auch die Rede von den „zukünftigen Generationen“ als einer spezifischen Akteursgruppe, der man bestimmte Rechte, Interessen oder Bedürfnisse zuschreiben konnte.

Am deutlichsten lässt sich dieser Übergang an einem Autor exemplifizieren, der noch mit mindestens einem Bein in den Diskursen eines ungebrochenen Fortschrittsnarrativs stand. Im Jahr 1971 veröffentlichte der US-amerikanische Philosoph John Rawls seine Studie „A Theory of Justice“, die als eines der einflussreichsten Werke der politischen Philosophie der Nachkriegszeit gelten kann. Rawls beschäftigte sich in dem Buch mit der Frage, wie sich eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen in einer Gesellschaft realisieren ließe.<sup>24</sup> Als Teil dieser Frage enthielt das Buch auch ein Kapitel, das sich mit dem Problem einer gerechten Verteilung von Ressourcen zwischen den einzelnen Generationen einer Gesellschaft auseinandersetzte. Diese Frage war neu und zeigt, dass das Thema „intergenerationelle Gerechtigkeit“ in den 1970er Jahren zu einer relevanten Frage der politischen Philosophie wurde. Rawls' Antwort zeigt aber zugleich, wie stark seine Position noch von etablierten Vorstellungen eines kontinuierlichen sozialen und ökonomischen Fortschritts geprägt war. Denn während er für die Frage *intragenerationeller* Gerechtigkeit unter seinem berühmten Konzept des „Schleiers des Nichtwissens“ zum Teil radikale Reformen skizzierte, argumentierte er in Bezug auf die Frage der *intergenerationellen* Gerechtigkeit, dass man generell davon ausgehen könne, dass es nachfolgenden Generationen besser gehen werde als ihren Vorgängern, sodass es legitim sei, sich in Fragen sozialer Gerechtigkeit auf die Dimension der gleichzeitig lebenden Akteure zu konzentrieren.<sup>25</sup> Rawls war damit eine Kippfigur in den skizzierten Diskursen. Während seine Thematisierung der Generationenfrage zeigt, dass das Thema in den 1970er Jahren an Dringlichkeit gewann, stand seine Antwort noch deutlich in der

Tradition jenes Fortschrittsoptimismus, wie er von Kant und anderen seit dem 18. Jahrhundert vertreten worden war.

Allerdings verlor diese Prämisse eines ungebrochenen Fortschrittsversprechens beinahe zeitgleich mit der Veröffentlichung des Buches an Überzeugungskraft. Mit der Umweltbewegung und der Veröffentlichung der Studie „Grenzen des Wachstums“ 1972 durch den Club of Rome gerieten zentrale Pfeiler des westlichen Wachstumsmodells in die Kritik. Technologische Entwicklungen wurden nicht mehr unhinterfragt als Signum von Fortschritt gedeutet, sondern auf ihre zeitlich oft weit in die Zukunft weisenden Risiken und Folgeprobleme befragt. Und die beiden Ölkrisen und die hieran anschließenden Wirtschaftsreformen der 1970er Jahre markierten einen Einschnitt in das Modell expansiver Sozialstaatspolitik. Die Vorstellung, dass es den eigenen Kindern einmal besser gehen würde, verlor individuell und gesellschaftlich an Selbstverständlichkeit.

Diese Umbrüche der 1970er Jahre sind auf unterschiedliche Weise beschrieben worden – als Zeit „nach dem Boom“, als „Ende der Zuversicht“ oder „Age of Fracture“.<sup>26</sup> Auch wenn die Epochenschwelle nicht überbetont werden sollte, spielten Vorstellungen eines gefährdeten oder sich schließenden Zukunftshorizonts eine wichtige Rolle in den Debatten über die Rechte und Interessen jener Gruppe, die nun vermehrt unter dem Begriff der „zukünftigen Generationen“ gefasst wurde. Zunächst vor allem in den USA entstand so – oft in kritischer Bezugnahme auf Rawls – eine neue philosophische Disziplin der Zukunftsethik, die sich explizit mit den Fragen auseinandersetzte, welche Verantwortungen gegenwärtig lebende Menschen gegenüber ihren Nachkommen haben, und wie sich eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen zwischen einzelnen Generationen realisieren lässt.<sup>27</sup> Zum Teil lag hierin eine

**26** Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, Nach dem Boom: Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; Konrad Jarausch (Hrsg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; Daniel T. Rodgers, Age of Fracture, Cambridge MA 2011.

**27** Vgl. z.B. Martin P. Golding, Obligations to Future Generations, in: *The Monist* 1/1972, S. 85–99; D. Clayton Hubin, Justice and Future Generations, in: *Philosophy & Public Affairs* 1/1976, S. 70–83; Jane English, Justice between Generations, in: *Philosophical Studies* 2/1977, S. 91–104.

**24** Vgl. John Rawls, *A Theory of Justice*, Cambridge MA 1971.

**25** Vgl. ebd., S. 251–258.

parallele Entwicklung zu den Diskussionen über Fragen globaler Gerechtigkeit, wie sie vor allem durch den 1972 veröffentlichten Aufsatz „Famine, Affluence, and Morality“ des australischen Philosophen Peter Singer initiiert wurden: Während durch Singer die räumlichen Grenzen moralischer Verantwortung neu vermessen wurden, geschah in der Zukunftsethik dasselbe in zeitlicher Dimension.

Diese Diskussionen wurden auch in Deutschland aufgegriffen, waren hier jedoch zunächst stärker an technikkritischen Diskursformeln als an sozialpolitischen Verteilungsfragen ausgerichtet. Besonders einflussreich wurde der Philosoph Hans Jonas, der 1979 die Warnungen vor den Gefahren moderner Technik popularisierte und einen neuen kategorischen Imperativ formulierte, der das zukünftige Überleben der Menschheit ins Zentrum rückte.<sup>28</sup> Ein knappes Jahrzehnt später aktivierte der Soziologe Ulrich Beck mit seinem Buch zur „Risikogesellschaft“ – erschienen 1986, kurz nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl – ähnliche Themenfelder.<sup>29</sup>

Aus diesen Beispielen sollte man jedoch nicht ableiten, dass sich der Diskurs über „zukünftige Generationen“ in den 1970er Jahren allein auf ökologische Fragen und die Folgeprobleme moderner Technologien fokussierte. Vielmehr zeigt sich in den konkreten politischen Verwendungsweisen, dass sich die Generationenmetapher beinahe universell für alle denkbaren Themenfelder und politischen Positionierungen einsetzen lässt. Schaut man beispielsweise auf die Verwendung des Begriffs im Deutschen Bundestag, dem britischen House of Commons und der französischen Assemblée Nationale, dann zeigt sich, dass Umweltthemen hier lange Zeit eher marginal blieben und die überwiegende Zahl der Beiträge auf Fragen der Wirtschaftspolitik, des Sozialstaats und des Schuldenabbaus gerichtet waren. Statt für ökologische Reformen wurde die Rhetorik der „zukünftigen Generationen“ also nicht zuletzt dafür genutzt, um unter Verweis auf expandierende Staatsschulden und Sozialausgaben

wirtschaftsliberale Reformen und einen Abbau des Sozialstaats zu legitimieren.<sup>30</sup>

Die Fokussierung des Diskurses auf ökologische Zukunftsfragen war stattdessen in erster Linie ein Produkt der Debatten innerhalb der Vereinten Nationen, wo vor allem im Kontext des Berichts der Brundtland-Kommission 1987 das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung proklamiert wurde,<sup>31</sup> „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“.<sup>32</sup> Hiermit war eine Formel gefunden, die eine Zukunftsverantwortung festschrieb, ohne festzulegen, welche konkreten Interessen und Bedürfnisse zukünftige Generationen für sich reklamieren würden. Dies war der Beginn der Karriere der „Nachhaltigkeit“ als neuer politisch-moralischer Leitvokabel.<sup>33</sup>

Doch selbst in diesem zeitlichen Kontext blieb der Begriff offen und ambivalent. In Deutschland zum Beispiel wurde das Konzept der „Generationengerechtigkeit“ im selben Zeitraum zu jenem zentralen Schlagwort, mit dem auch die Sozialstaatsreformen der 1990er und 2000er Jahre diskutiert und legitimiert wurden.<sup>34</sup> Und einige Zeit später nahmen mit Thilo Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“ sogar die biologistischen Diskurse des 19. und 20. Jahrhun-

**30** Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksachen und Plenarprotokolle des Bundestages – ab 1949, 2020, <https://pdok.bundestag.de>; United Kingdom Parliament, Hansard, 2020, <https://hansard.parliament.uk>; Assemblée Nationale, Centre de documentation parlementaire, 2020, <http://archives.assemblee-nationale.fr>. Die Analyse beruht auf einer Volltextsuche der Debatten in den Parlamenten zwischen 1974–1979. Eine detailliertere Analyse und Kontextualisierung dieser Debatten könnten, gerade auch in transnationaler Perspektive, genaueren Aufschluss über die Motive und Verwendungsweisen der politischen Rhetorik geben.

**31** Vgl. Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Hrsg.), *Our Common Future*, Oxford–New York 1987.

**32** Zit. nach Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, *Die Nachhaltigkeitsagenda und die Rio-Konferenzen*, o. D., [www.bmz.de/de/themen/2030\\_agenda/historie/rio\\_plus20/index.html](http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/historie/rio_plus20/index.html).

**33** Elke Seefried, *Rethinking Progress. On the Origins of the Modern Sustainability Discourse, 1970–2000*, in: *Journal of Modern European History* 3/2015, S. 377–400.

**34** Als Analyse der Rhetorik der „Generationengerechtigkeit“ in den Rentenreformdebatten der Nachkriegsjahrzehnte vgl. Christina May, *Generation als Argument. Konflikte um die Rentenversicherung in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden*, Frankfurt/M. 2010. Siehe auch den Beitrag von Hans-Jürgen Urban und Christoph Ehlscheid in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

**28** Vgl. Hans Jonas, *Das Prinzip Verantwortung: Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*, Frankfurt/M. 1979. Der dort auf S. 36 formulierte Imperativ lautet: „Handle so, daß die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“

**29** Vgl. Ulrich Beck, *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M. 1986.

derts wieder an Bedeutung zu und verschmolzen mit neuen Ressentiments gegenüber einer pluralen Migrationsgesellschaft.<sup>35</sup>

## DIE FRAGE POLITISCHER REPRÄSENTATION

Es lässt sich also festhalten: Für „zukünftige Generationen“ zu sprechen, bleibt bis in die Gegenwart hinein ein politisch hoch umstrittenes und inhaltlich maximal offenes Argument, das für völlig unterschiedliche politische Ziele und Anschauungen aktiviert werden kann. Dies zu konstatieren, bedeutet nicht, die Relevanz aktueller Bezugnahmen auf zukünftige Generationen zu relativieren. Im Gegenteil: Niemand kann beispielsweise ernsthaft die Tatsache zurückweisen, dass es sich bei der aktuellen Entwicklung hin zu einer irreversiblen Veränderung des Weltklimas um eine Frage handelt, die die vitalen Interessen und Rechte zukünftig lebender Menschen betrifft. Zu fragen ist eher, ob die Form der Kommunikation dieser Probleme als Generationenfrage politisch überzeugend und erfolgsversprechend ist, und wie sich Fragen der Generationengerechtigkeit mit Fragen sozialer Gerechtigkeit so verbinden lassen, dass beide Aspekte nicht diskursiv gegeneinander ausgespielt werden.

Die Antwort hierauf ist zwiespältig. Die Ausführungen haben gezeigt, dass sich der Verweis auf nachfolgende Generationen nicht dazu eignet, um politische Kontroversen in anthropologische Wahrheiten aufzulösen. Welche Rechte und Interessen wir zukünftigen Menschen zuschreiben, und wer legitim im Namen einer bestimmten Generation sprechen darf, sind vielmehr selbst eminent politische Fragestellungen.

Statt in direkter Weise die konkreten Interessen zukünftiger Generationen definieren zu wollen, erscheint es erfolg versprechender, die Frage in den Mittelpunkt zu stellen, wie sich demokratische Formen der Repräsentation und Partizipation so erweitern lassen, dass sie die Frage nach den Interessen und Rechten zukünftiger Mitglieder einer politischen Gemeinschaft besser als bislang integrieren. Hierzu sind in den Politik- und Sozialwissenschaften zuletzt vielversprechende Konzepte entwickelt worden.<sup>36</sup> Darüber hinaus wurden in verschiedenen Staaten in den vergangenen Jahren Initiativen gestartet, die eine institutionelle Verankerung der Interessen zukünftiger Generationen in parlamentarische Entscheidungsprozesse zum Ziel haben. In Israel gab es beispielsweise von 2001 bis 2006 einen vom Parlament eingesetzten Kommissar für zukünftige Generationen, Wales hat seit 2016 eine entsprechende Kommissarin,<sup>37</sup> und im britischen Parlament existiert seit 2018 eine All-Party Parliamentary Group for Future Generations.<sup>38</sup> Mehrere Organisationen haben zuletzt angeregt, auch auf der Ebene der Vereinten Nationen die Position einer Ombudsperson für zukünftige Generationen zu schaffen.<sup>39</sup>

Keiner dieser Vorschläge kann die Tatsache überwinden, dass politische Entscheidungen im Namen von Akteuren getroffen werden sollen, die selbst nicht an diesen Entscheidungsprozessen mitwirken können. Dennoch kann eine Institutionalisierung solcher Formen der Repräsentation dazu beitragen, den Verweis auf zukünftige Generationen von einer universell einsetzbaren politischen Leerformel in ein Instrument einer stärkeren Zukunftsorientierung politischer Entscheidungen zu verwandeln.

**35** Vgl. Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München 2010.

**36** Vgl. z. B. Kristian Skagen Ekeli, *Giving a Voice to Posterity. Deliberative Democracy and Representation of Future People*, in: *Journal of Agricultural and Environmental Ethics* 5/2005, S. 429–450; Dennis F. Thompson, *Representing Future Generations: Political Presentism and Democratic Trusteeship*, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 1/2010, S. 17–37; Michael Rose, *Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie: Theorie und Praxis der Proxy-Repräsentation*, Wiesbaden 2018.

**37** Siehe [www.futuregenerations.wales](http://www.futuregenerations.wales).

**38** Siehe [www.appgfuturegenerations.com](http://www.appgfuturegenerations.com).

**39** Siehe z. B. [www.worldfuturecouncil.org/need-un-high-commissioner-future-generations](http://www.worldfuturecouncil.org/need-un-high-commissioner-future-generations).

## BENJAMIN MÖCKEL

ist promovierter Historiker und Akademischer Rat auf Zeit am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität zu Köln.

[bmoeckel@uni-koeln.de](mailto:bmoeckel@uni-koeln.de)

# WEM GEHÖRT DIE VERGANGENHEIT?

## Generationenbrüche im deutschen Erinnern

*Liane Schäfer*

Der Streit um den postkolonialen Historiker und Politikwissenschaftler Achille Mbembe im Frühjahr 2020 hat die explosive Mischung verdeutlicht, die das Erinnern an den Holocaust und das Erinnern an den Kolonialismus in Deutschland bisweilen bilden können. Was war passiert? In einem offenen Brief kritisierte Lorenz Deutsch, der kulturpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalens, die Einladung Mbembes als Eröffnungssprecher für die Ruhrtriennale 2020.<sup>01</sup> Der Vorwurf lautete, dass dieser nicht nur der unter anderem in Deutschland als antisemitisch eingestuften BDS-Bewegung („Boycott, Divestment and Sanctions“) nahestehe,<sup>02</sup> sondern in seinen Texten auch den Holocaust durch unlautere Vergleiche relativiert und antisemitische Israelkritik reproduziert habe. Nachdem sich der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, dieser Kritik angeschlossen hatte, brach sich in der deutschen Öffentlichkeit und Medienlandschaft unter dem Schlagwort der „Causa Mbembe“ ein handfester Konflikt Bahn.<sup>03</sup> Die vielfältigen Positionen der Debatte lassen sich schematisch auf drei Fixpunkte zentrieren. Kritiker:innen Mbembes versuchten, der postkolonialen Seite ein strukturelles Antisemitismusproblem nachzuweisen.<sup>04</sup> Verteidiger:innen Mbembes hingegen hielten die Diskussion um ihn für rassistisch.<sup>05</sup> Eine dritte Position fokussierte die öffentliche und akademische Konstitution des deutschen erinnerungskulturellen Diskurses, die Vergleiche des Holocausts mit anderen Gewaltverbrechen verunmögliche.<sup>06</sup>

In der „Causa Mbembe“ verschränkt sich das öffentliche Erinnern an den Holocaust mit den Auseinandersetzungen um die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands. Koloniale Gewaltverbrechen wurden und werden in Deutschland oftmals relativiert, womit auch ein fehlendes Verständnis von Rassismus als grundlegender Ideologie kolonialer Gewalt einhergeht. Dass dieser Rassismus bis heute fortwirkt und es

weißen Menschen auf individueller wie gesellschaftlicher und staatlicher Ebene ermöglicht, sich selbst als unhinterfragte Norm zu definieren, wird unter anderem durch ein postkoloniales und rassistuskritisches Aufarbeiten der kolonialen Vergangenheit zunehmend kontrovers diskutiert.

In Deutschland trifft dieses Erinnern an den Kolonialismus auf eine Gesellschaft, in deren Erinnerungskultur der Holocaust mittlerweile eine zentrale Position einnimmt.<sup>07</sup> Das Erinnern an den Holocaust war jedoch nie eindeutig oder stabil. So mussten Jahrzehnte zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und einer breiten öffentlichen Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen verstreichen. Und erst 60 Jahre später, 2005, wurde in Berlin ein zentrales Denkmal zum Gedenken an die systematische Vernichtung von Juden und Jüdinnen<sup>08</sup> eröffnet. Erinnern übernimmt zudem auch eine Funktion im jeweils aktuellen Moment: In der erinnernden Rekonstruktion der Vergangenheit drücken sich „keine objektiven Abbilder vergangener Wahrnehmungen“ aus,<sup>09</sup> sondern vielmehr die Bedürfnisse der jeweiligen Gegenwartsgesellschaft. Damit deutet sich bereits an: Es ist auch der gesellschaftliche Generationenwechsel, der Dynamiken in Bezug auf das öffentliche und staatliche Erinnern hervorrufen kann. Welchen Ereignissen der Vergangenheit auf welche Art Bedeutung beigemessen wird, wird von jeder Generation zu einem gewissen Grad neu verhandelt.<sup>10</sup> Wie lassen sich also die Dynamiken, die ein Aufeinandertreffen des Erinnerns an den Holocaust und des Erinnerns an den Kolonialismus auslösen können, vor diesem Hintergrund einordnen?

### ERINNERN AN DEN HOLOCAUST

Die Bedeutung des Erinnerns an den Holocaust hat, ähnlich einem „Crescendo“,<sup>11</sup> in der Bundes-

republik seit 1945 rund alle 20 Jahre zugenommen. Die systematische Ermordung jüdischer Menschen wurde von der Kriegs- und Nachkriegsgeneration zunächst meist verschwiegen. Erst mit wachsendem zeitlichen Abstand zum Nationalsozialismus rückte sie in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Im Fokus stand anfangs stattdessen der Aufbau einer demokratischen Staatsstruktur. Brüchig wurde dieser Umgang mit der eigenen schuldhaften Vergangenheit erst durch einen Generationenwechsel. Die Kinder der Kriegs- und Nachkriegsgeneration beförderten seit den 1960er Jahren in kritisch-moralischer Abgrenzung zu den eigenen Eltern ein Aussprechen der schuldhaften Verstrickung in nationalsozialistische Verbrechen. Die Eltern wurden erstmals aktiv mit ihren Taten konfrontiert und damit als Täter:innen wahrgenommen, der Holocaust selbst wurde dadurch zu einem substantiellen Teil deutscher Erinnerungskultur. Während sich dieser Bruch in der Form des Erinnerns zunächst auch in einem Bruch zwischen Eltern und Kindern manifestierte, wurde er durch die dritte Generation – also der Generation der Enkel – zunehmend gekittet. Seit den 1980er Jahren löste sich die moralische Trennung zwischen der schuldhaften Eltern- und der kritisch-abgrenzen-

den Kindgeneration in eine Verständigung auf eine historische Verantwortung für den Holocaust auf. An die Stelle der intergenerationellen Trennung trat ein grundsätzlicher Konsens, dem Erinnern an den Holocaust als Nachkommen einer schuldhaften Gesellschaft einen besonderen Stellenwert einzuräumen.<sup>12</sup> Öffentliche Debatten wie der Historikerstreit von 1986/87 sorgten mehr und mehr für das Sprechen über die Singularität des Holocaust und unterstrichen die Notwendigkeit einer öffentlich und staatlich verankerten Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen.<sup>13</sup>

Obwohl die Erinnerung an den Holocaust damit zwar zunächst lauter wurde und sich schließlich bis in die Gegenwart im öffentlichen Raum etablieren konnte, sollte diese Etablierung keineswegs als Stabilität missverstanden werden. Eher das Gegenteil scheint der Fall zu sein: Wurde der Umgang mit der eigenen Vergangenheit schon in früheren Debatten – beispielsweise 1998 durch den Autor Martin Walser in seiner Rede in der Frankfurter Paulskirche – kritisiert, greifen gegenwärtig rechtspopulistische und rechts-extremistische Akteur:innen mit Schlussstrich-

**01** Vgl. Lorenz Deutsch, Antisemitismus keine Plattform bieten, 24. 3. 2020, [www.lorenz-deutsch.de/antisemitismus-keine-buehne-bieten/2234](http://www.lorenz-deutsch.de/antisemitismus-keine-buehne-bieten/2234).

**02** Kritikpunkte an der BDS-Bewegung sind unter anderem, dass ihre Forderungen faktisch die Zerstörung Israels bedeuten und bei der Kritik an Israel im Vergleich mit anderen Staaten Doppelstandards angelegt würden. Vgl. Bildungsstätte Anne Frank, 4 Gründe, warum BDS antisemitisch ist, o. D., [www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user\\_upload/Slider/Publikationen/BDS\\_Kritik\\_Broschuere.pdf](http://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user_upload/Slider/Publikationen/BDS_Kritik_Broschuere.pdf); Der BDS-Bewegung entschlossen entgegengetreten – Antisemitismus bekämpfen, BT-Drs. 19/10191, 15. 5. 2019, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910191.pdf>; Floris Biskamp, Mit Boykotteur\_innen umgehen, 2019, [http://blog.florisbiskamp.com/wp-content/uploads/2019/07/Floris-Biskamp-Mit-Boykotteur\\_innen-umgehen-Ein-Leitfaden-zum-Umgang-mit-der-israelfeindlichen-BDS-Kampagne.pdf](http://blog.florisbiskamp.com/wp-content/uploads/2019/07/Floris-Biskamp-Mit-Boykotteur_innen-umgehen-Ein-Leitfaden-zum-Umgang-mit-der-israelfeindlichen-BDS-Kampagne.pdf).

**03** Zur Einordnung der Debatte siehe auch Natan Sznajder, Antisemitismus zwischen Schwertern und Pflugscharen, in: APuZ 26–27/2020, S. 15–19.

**04** Vgl. z. B. Ingo Elbe, Die postkoloniale Schablone, 14. 5. 2020, <https://taz.de/15685526>.

**05** Vgl. z. B. „Debatte um Achille Mbembe ist rassistisch“. Interview mit Bonaventure Ndikung, 6. 9. 2020, [www.deutschlandfunk.de/kunstkritiker-ndikung-debatte-um-achille-mbembe-ist.911.de.html?dram:article\\_id=483358](http://www.deutschlandfunk.de/kunstkritiker-ndikung-debatte-um-achille-mbembe-ist.911.de.html?dram:article_id=483358).

**06** Vgl. z. B. Michael Rothberg, Das Gespenst des Vergleichs, Mai 2020, [www.goethe.de/prj/lat/de/dis/21864662.html](http://www.goethe.de/prj/lat/de/dis/21864662.html).

**07** Vgl. Astrid Messerschmidt, Postkoloniale Erinnerungsprozesse in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft – vom Umgang mit Rassismus und Antisemitismus, in: Peripherie 109–110/2008, S. 42–60.

**08** Weil der Genderdoppelpunkt an dieser Stelle grammatikalisch falsch wäre, folge ich, wenn ich von Juden und Jüdinnen spreche, Max Czolleks Vorgehen. Darin ist auch die Pluralität von Geschlechtern eingeschlossen. Vgl. Max Czollek, Desintegriert Euch!, München 2018, S. 14 f.

**09** Astrid Erll, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart 2017, S. 6.

**10** Vgl. Jan Assmann, Der Begriff des kulturellen Gedächtnisses, in: Thomas Dreier/Ellen Euler (Hrsg.), Kulturelles Gedächtnis im 21. Jahrhundert, Karlsruhe 2005, S. 21–30.

**11** Aleida Assmann, Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2016, S. 56.

**12** Vgl. Jörn Rüsen, Holocaust-Erfahrung und deutsche Identität. Ideen zu einer Typologie der Generationen, in: Werner Bohleber/Sibylle Drews (Hrsg.), Die Gegenwart der Psychoanalyse – die Psychoanalyse der Gegenwart, Stuttgart 2002, S. 95–107.

**13** Der Historikerstreit begann mit den Aussagen des Historikers Ernst Nolte, der den Holocaust als Reaktion auf den Sowjet-Terror interpretierte. Diese Position wurde unter anderem von dem Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas entschieden kritisiert. Er bewertete die Aussagen Noltés als Relativierung des Holocaust. Vgl. Klaus Große Kracht, Debatte: Der Historikerstreit, 11. 1. 2010, [40](https://docupedia.de/zg/Historikerstreit; Mathias Brodtkorb (Hrsg.), Singuläres Auschwitz? Ernst Nolte, Jürgen Habermas und 25 Jahre „Historikerstreit“, Banzkow 2011.</a></p>
</div>
<div data-bbox=)



forderungen das etablierte Holocaust-Gedächtnis stark an. Auch antisemitische Gewalt wird durch die etablierte öffentliche Erinnerung an den Holocaust nicht verhindert; antisemitische Straftaten gegenüber Juden und Jüdinnen haben in den vergangenen Jahren sogar zu- statt abgenommen.<sup>14</sup> Damit zeigt sich eine paradoxe Situation im Deutschland des 21. Jahrhunderts: Trotz öffentlich und staatlich verankerten Erinnerns an den Holocaust bleibt dieses Erinnern gleichzeitig äußerst fragil.<sup>15</sup>

Unterliegt das Erinnern an den Holocaust selbst einem Generationenwandel, wird zudem zunehmend diskutiert, für welche Teile der deutschen Gesellschaft welche öffentlichen Erinnerungsnarrative anschlussfähig sind.<sup>16</sup> So zeichnet sich in der deutschen Mehrheitsgesellschaft sehr zögerlich ein Perspektivwechsel ab.

## PERSPEKTIVWECHSEL

Lange Zeit imaginierten Akteur:innen aus Öffentlichkeit und Politik die deutsche Gesellschaft als eine zumeist homogene, weiße Gemeinschaft, wodurch sie beispielsweise die Lebensrealität und Narrative deutscher BPoCs („Black and People of Color“) unsichtbar machten. Während sich das Erinnern an den Holocaust zwischen den 1960er und 2000er Jahren öffentlich etablierte, fanden gleichzeitig Ereignisse statt, die den Charakter der deutschen Gesellschaft als Migrationsgesellschaft deutlich machten. Im Folgenden werfe ich einen fragmentarischen Blick auf diese Ereignisse, ohne damit aber auch nur im Ansatz alle Lebensrealitäten erfassen zu können. Vielmehr möchte ich durch diese Parallelisierung andeuten, dass sich das öffentliche Erinnern an den Holocaust zu einem

Zeitpunkt etablierte, an dem die Mehrheitsgesellschaft blind für die Lebenswelten vieler Menschen in Deutschland war.

Während die Kinder der Kriegs- und Nachkriegsgeneration in den 1960ern in Westdeutschland die eigenen Eltern in die moralische Verantwortung für die nationalsozialistische Vergangenheit nahmen, warb die Bundesrepublik im Zuge des großen Wirtschaftswachstums ab Mitte der 1950er Jahre Arbeitskräfte von anderen Staaten ab, darunter Migrant:innen aus Italien, Jugoslawien, Marokko, Südkorea und der Türkei.<sup>17</sup> Die Nachkommen der unter diesen Anwerbeabkommen eingewanderten Personen leben heute mittlerweile im Übergang von der dritten zur vierten Generation in Deutschland. Auch in der DDR bemühte man sich seit den 1960er Jahren um die Anwerbung von Arbeitspersonal aus sozialistischen Staaten, etwa aus Algerien, Mosambik oder, insbesondere in den 1980er Jahren, Vietnam. Daneben schuf man bereits in den 1950ern staatliche Anreize, um Studierende aus sozialistischen und nichtsozialistischen Staaten an Hochschulen in der DDR auszubilden.<sup>18</sup>

Als 1986 der Historikerstreit und damit Auseinandersetzungen über die Singularität des Holocaust entbrannten, machten die Dichterin May Ayim, die Historikerin Katharina Oguntoye und die Soziologin Dagmar Schultz zeitgleich mit ihrem Sammelband „Farbe bekennen“ auf die Lebensrealität afrodeutscher Frauen verschiedener Generationen in Deutschland aufmerksam. Bezugspunkt der Beiträge war die Konfrontation mit Rassismus in der deutschen Gesellschaft. Dabei wurde nicht nur die koloniale Verstrickung Deutschlands untersucht, sondern auch die Überlagerungen von Kolonialismus und Nationalsozialismus sowie die rassistische Gewalt, der Afrikaner:innen und Afrodeutsche während der NS-Zeit ausgesetzt waren.<sup>19</sup> Ayim und

**14** Vgl. Immer mehr antisemitische Straftaten, 8.8.2020, [www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-08/thomas-haldenwang-antisemitismus-zunahme-verfassungsschutz](http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-08/thomas-haldenwang-antisemitismus-zunahme-verfassungsschutz); Bundesamt für Verfassungsschutz, Lagebild Antisemitismus, Juli 2020, S. 15ff., [www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/allgemeine-publikationen/broschuere-2020-07-lagebild-antisemitismus](http://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/allgemeine-publikationen/broschuere-2020-07-lagebild-antisemitismus).

**15** Vgl. Astrid Messerschmidt, Bildung als Kritik der Erinnerung. Lernprozesse in Geschlechterdiskursen zum Holocaust-Gedächtnis, Frankfurt/M. 2003, S. 32ff.; dies./Meron Mendel (Hrsg.), Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft, Frankfurt/M. 2017.

**16** Vgl. Mirjam Tünschel, Erinnerungskulturen in der Einwanderungsgesellschaft. Anforderungen an die Pädagogik, Oldenburg 2009, S. 62ff.

**17** Vgl. Jutta Höhne et al., Die Gastarbeiter. Geschichte und aktuelle soziale Lage, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, WSI Report 16/2014, S. 3f., [www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_report\\_16\\_2014.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_16_2014.pdf).

**18** Vgl. Patrice G. Poutrus, Die DDR, ein anderer deutscher Weg? Zum Umgang mit Ausländern im SED-Staat, in: Rosmarie Beier-de Haan (Hrsg.), Zuwanderungsland Deutschland. Migrationen 1500–2005, Berlin–Wolfratshausen 2005, S. 120–133; Noa K. Ha, Vietdeutschland und die Realität der Migration im vereinten Deutschland, in: APuZ 28–29/2020, S. 30–34.

**19** Vgl. Katharina Oguntoye/May Opitz/Dagmar Schultz (Hrsg.), Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Berlin 1986.

Oguntoye gehörten außerdem Mitte der 1980er Jahre zu den Gründungsmitgliedern der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD). Gerade diese Zeit war in der deutschen Öffentlichkeit von einer breiten Auseinandersetzung mit dem Erinnern an die Schuld für die NS-Verbrechen geprägt. Zeitgleich schuf die ISD einen Ort der Selbstermächtigung für Menschen, die in Deutschland von Rassismus betroffen waren und „die für sich aus der Isolation eines Nach-Nazi-Deutschlands ausbrechen wollten bzw. mussten und dabei nach selbstbestimmten Definitionen ihres Daseins und nach eigenen, ihnen angemessenen Lebensentwürfen suchten“.<sup>20</sup>

Dass gegenwärtig zunehmend Fragen nach der Anschlussfähigkeit des Erinnerns an den Holocaust in einer heterogenen Gesellschaft gestellt werden, lässt sich auch durch einen Perspektivwechsel der Mehrheitsgesellschaft erklären, der auch durch den jahrzehntelangen Einsatz von BPoCs angestoßen wurde. Erst seit Beginn der 2000er Jahre öffneten sich Politik und Öffentlichkeit zunehmend für die Einsicht, dass Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben und/oder sich diesem Land zugehörig fühlen, eben nicht nur weiß und christlichen Glaubens, sondern beispielsweise auch Schwarz, jüdischen und muslimischen Glaubens und/oder Person of Color sind.

Es ist dabei auch den kontinuierlichen, intellektuellen und (zivil)gesellschaftlichen Bemühungen von BPoC-Akademiker:innen und -Aktivist:innen zu verdanken, dass die Mehrheitsgesellschaft und damit auch Entscheider:innen in Politik und Öffentlichkeit beginnen, gegenwärtige erinnerungskulturelle Praktiken in Bezug auf Kolonialismus und Rassismus zu hinterfragen. Dies erklärt auch die steigende Popularität postkolonialer Forschung, die akademische Anstöße für eine kolonial- und rassismuskritische Reflexion liefert.<sup>21</sup>

## GLOBALISIERUNGSEFFEKTE

Menschen, die seit dem Ende der 1980er Jahre geboren wurden, wachsen unter den veränderten

Bedingungen einer globalisierten Welt auf. Insbesondere die Digitalisierung ermöglicht es ihnen, in kürzester Zeit auf ein riesiges Reservoir transnationaler Wissensbestände zurückzugreifen.

In Deutschland traf die Globalisierung Anfang der 1990er Jahre auf eine komplexe Gemengelage. Nicht nur die „Nachkriegs-Identität der Deutschen“ erodierte mit der zunehmenden Entgrenzung des Nationalstaats.<sup>22</sup> Auch die Vereinigung von West- und Ostdeutschland, die von dem (Willy) Brandt'schen Slogan „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“ begleitet wurde, rief zunächst den Wunsch nach nationaler Identifikation auf den Plan.<sup>23</sup> Die Globalisierung führte in Deutschland daher eher zu einem „Denationalisierungsschock“.<sup>24</sup>

Für Generationen, die mit Globalisierungseffekten aufgewachsen sind, überlagern sich jedoch Nationalstaat und die Gesellschaft innerhalb des Nationalstaats nicht mehr zwangsläufig. Im Gegenteil: Ihre Lebenswelt setzt sich aus einem Konglomerat transnationaler Lebens-, Kommunikations-, und Interessensformen zusammen, die als Quelle der eigenen Zugehörigkeit dienen können. Dennoch wäre es verfehlt, damit den Untergang nationaler Zugehörigkeitsprozesse herbei zu fantasieren. Es ist gerade die Verquickung des Globalen mit lokalen Rückbezügen, die mittlerweile zur Lebensrealität vieler, wenn auch sicherlich nicht aller Menschen in Deutschland gehört. Erst im Alltag, in den Handlungen und Räumen des Lokalen, machen sich ebeneffekte der Globalisierung bemerkbar.<sup>25</sup>

Diese zeigen sich schließlich auch an der Art des Erinnerns im Übergang der Generationen. So sind seit Ende der 1990er Jahre Tendenzen zu beobachten, die Erinnerung an den Holocaust zu transnationalisieren – gewissermaßen ein von innen nach außen gerichteter Effekt.<sup>26</sup> Zeitgleich schließen sich jüngere Generationen in Deutschland zunehmend der Kritik am (fehlenden) Erinnern des Kolonialismus an. Kolonialismus ist im Gegensatz zum Nationalsozialismus eine durch

**20** Eleonore Wiedenroth-Coulibaly, *Schwarze Organisation in Deutschland*, 10. 8. 2004, [www.bpb.de/59527](http://www.bpb.de/59527).

**21** Vgl. Fatima El-Tayeb, *Deutschland postmigrantisch? Rassismus, Fremdheit und die Mitte der Gesellschaft*, in: APuZ 14–15/2016, S. 15–21.

**22** Ulrich Beck, *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*, Frankfurt/M. 1997, S. 34.

**23** Vgl. Timothy Garton Ash, *Wächst zusammen, was zusammen gehört?*, Berlin 2001, [https://willy-brandt.de/wp-content/uploads/heft\\_08\\_waechst\\_zusammen.pdf](https://willy-brandt.de/wp-content/uploads/heft_08_waechst_zusammen.pdf).

**24** Beck (Anm. 22), S. 34.

**25** Vgl. ebd., S. 88ff.

**26** Vgl. exemplarisch Daniel Levy/Natan Sznajder, *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*, Frankfurt/M. 2001.

und durch transnationale Herrschafts- und Gewaltform. Dass sich Teile der deutschen Gesellschaft nun der deutschen Verstrickung in diese Herrschaftsform zuwenden und eine Aufarbeitung von Kolonialismus und Rassismus fordern, kann als gegenläufige Tendenz zur Transnationalisierung der Holocaust-Erinnerung gesehen werden, nämlich als von außen nach innen gerichteter Effekt. Während also in Bezug auf das Erinnern an den Holocaust seit den 1990er Jahren Externalisierungsdynamiken eingetreten sind, gestaltet sich das Erinnern an Kolonialismus gegenläufig durch Internalisierungsdynamiken. Diese Dynamiken finden nicht im menschenleeren Raum statt, sondern manifestieren sich im Wandel der Generationen. 2020 gestalten schließlich auch Menschen die Erinnerungskultur mit, die seit den 1980er Jahren geboren wurden.

Die Erinnerungskultur ist in Deutschland zu Recht daran ausgerichtet, die deutsche Verantwortung für den Holocaust und die NS-Zeit zu ihrem Zentrum zu machen. Dazu gehört es, auf Antisemitismus als notwendige Bedingung für den Holocaust hinzuweisen. Die gleichzeitige Thematisierung von Antisemitismus und Holocaust sowie Rassismus und Kolonialismus in ein in sich schlüssiges Erinnerungsnarrativ zu übersetzen, ist zu einer großen Herausforderung für die Erinnerungskultur in Deutschland avanciert. An dieser Herausforderung stricken nunmehr eine Vielzahl verschiedener Akteur:innen unterschiedlicher Generationen mit.

### VERSCHRÄNKUNG INNERER UND ÄUßERER ÖFFNUNG

Der Soziologe Aladin El-Mafaalani fasst Globalisierungsprozesse als „äußere Offenheit“ zusammen, also als „Verschiebung von Grenzen zwischen verschiedenen Gesellschaften“. Neben dieser sei es im Deutschland der jüngsten Vergangenheit auch zu einer „inneren Offenheit“ gekommen, zu einer „Verschiebung von Grenzen der Teilhabe und Zugehörigkeit innerhalb einer Gesellschaft“.<sup>27</sup> Gesellschaftliche Konflikte seien damit kein Zeichen von Spaltung, sondern offenbaren, wie sich die Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten für Angehörige

<sup>27</sup> Aladin El-Mafaalani, *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*, Köln 2018, S. 15f.

von Minderheiten in Bezug auf die Mehrheitsgesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten verbessert hätten. In Politik und Öffentlichkeit habe man Deutschland bis in die 1990er Jahre hinein jedoch nicht als Migrationsgesellschaft betrachtet. Integrationspolitik sei noch bis in die 1980er Jahre daher überhaupt nicht wichtig gewesen; Integration war, so El-Mafaalani, schlichtweg kein Ziel. Während die erste Generation eingewanderter Personen nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht mit am Verhandlungstisch saß, verhielt es sich mit der zweiten Generation schon anders. Die Nachkommen dieser ersten Generation verhandelten nun um „ein Stück vom Kuchen“ als Sitznachbar:innen am Tisch und forderten mehr Teilhabe. Die dritte Generation nun wolle „nicht mehr nur am Tisch sitzen und ein Stück vom servierten Kuchen bekommen. Sie wollen mitbestellen. Sie wollen mitentscheiden, welcher Kuchen auf den Tisch kommt. Und sie wollen die alten Tischregeln, die sich entwickelt und etabliert haben, bevor sie dabei waren, mitgestalten. Das Konfliktpotenzial steigert sich weiter, denn nun geht es um die Rezeptur und die Ordnung der offenen Tischgesellschaft.“<sup>28</sup> Weshalb also sollte gerade die deutsche Erinnerungskultur von diesem Generationenwandel, der sich aus äußerer und innerer Öffnung ergibt, ausgeklammert bleiben? Im Gegenteil, die Dynamiken zwischen dem Erinnern an den Holocaust und dem Erinnern an den Kolonialismus lassen sich in Deutschland auch vor diesem Hintergrund einordnen: Auch die Rezeptur und Ordnung des deutschen Erinnerns werden (neu) ausgehandelt.

### WER STREITET, WER WIRD GEHÖRT?

Das eingangs skizzierte Beispiel der Debatte um Achille Mbembe zeigt, dass dieser Prozess mitunter zu einer explosiven Mischung führen kann. Nun wäre es verfehlt, den Generationenwandel als alleinige Erklärung dafür heranzuziehen. Selbstverständlich können intergenerationale Dynamiken die Auseinandersetzungen um das „Wie“ der deutschen Erinnerungskultur beeinflussen. Gleichwohl weist etwa beispielsweise El-Mafaalani darauf hin, dass die Konfliktlinien in einer offenen Gesellschaft nicht (nur)

<sup>28</sup> Ebd., S. 78.

zwischen Generationen der Mehrheitsgesellschaft und Generationen von BPoCs verlaufen – genauso wenig, wie sie (nur) zwischen älteren und jüngeren Generationen verlaufen. Eine solche Vorstellung würde Kategorien wie die der „Generation“ viel zu stark essenzialisieren. Tatsächlich durchkreuzen die Konfliktlinien „alle Schubladen, die man sich vorstellen kann“.<sup>29</sup> Insbesondere diese Erkenntnis eines Knäuels von Konfliktlinien verkompliziert die Debatten, die in Deutschland in jüngster Vergangenheit zwischen dem Erinnern an den Holocaust und dem Erinnern an den Kolonialismus immer deutlicher zutage treten.

Grundsätzlich muss man sich bei Debatten wie der „Causa Mbembe“ auch fragen, wer im öffentlichen Raum überhaupt über die Ausrichtung deutscher Erinnerungskultur streitet – und wem zugehört wird. Dies ist nie die Gesellschaft an sich, sondern es sind Personen aus bestimmten Berufskontexten mit Zugang zum öffentlichen Raum – etwa Wissenschaftler:innen, Journalist:innen oder Politiker:innen. Sie sind ihrerseits Angehörige verschiedener Generationen, deren eigene Lebensrealität sich gleichzeitig in mehrfachen Dimensionen von Zugehörigkeit entfaltet.

In erinnerungskulturellen Debatten wird die deutsche Gesellschaft gewissermaßen in absoluter Radikalität mit inneren und äußeren Öffnungs-, aber auch Schließungstendenzen konfrontiert.<sup>30</sup> Nicht aber die Öffnung oder Schließung an sich sind zu kritisieren. Denn wem die Vergangenheit gehört, muss in jeder Gesellschaft und im Generationenwandel immer wieder neu verhandelt werden. Diese Verhandlungen sind essenziell für lebendiges Erinnern: Erst im Akt des Aushandelns kann sich eine Gesellschaft immer wieder neu darauf verständigen, an welchen Normen sich dieses Erinnern ausrichten soll.

Zu appellieren ist bei dieser Aushandlung an den Modus der Selbstkritik. Zuletzt hat die Publizistin Carolin Emcke auf die Verantwortung hingewiesen, die insbesondere das Sprechen oder Schreiben in der Öffentlichkeit mit sich bringt.<sup>31</sup> Sie weist darauf hin, dass sich Akteur:innen in der Öffentlichkeit stets zu fragen hätten, welche

Bilder welche Erinnerungen hervorriefen. Antisemitismus und Rassismus ließen sich nicht bekämpfen, wenn man nicht erkenne, wie sie sich zeigen und was sie anrichten bei jenen, die ihnen ausgesetzt sind. Die intergenerationelle Sozialisation ist dabei nur einer unter vielen Faktoren, die Akteur:innen beim Sprechen in der Öffentlichkeit mitbringen.

#### LIANE SCHÄFER

ist Doktorandin und Lehrbeauftragte am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück.  
liane.schaefer@uni-osnabrueck.de

## Kostenloses Probe-Abo

[das-parlament.de/abo/  
probeabo](https://das-parlament.de/abo/probeabo)

Lassen Sie sich „Aus Politik und Zeitgeschichte“ als Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“ regelmäßig direkt nach Hause liefern: Das Abonnement kostet 25,80 Euro im Jahr; Lehrkräfte, Studierende, Auszubildende, Bundesfreiwillige und FSJ-Teilnehmende zahlen 13,80 Euro. Das Probeabonnement endet automatisch nach vier Ausgaben.

<sup>29</sup> Ebd., S. 111.

<sup>30</sup> Vgl. ebd., S. 17 ff.

<sup>31</sup> Vgl. Carolin Emcke, *Ich bin auch müde*, 21. 10. 2020, [www.sueddeutsche.de/1.5087289](http://www.sueddeutsche.de/1.5087289).

# Unterwegs und überall.

APuZ als E-Book oder PDF herunterladen  
und in über 500 Ausgaben lesen, suchen, markieren ...

bpb.de/  
shop/apuz



# Zum Weiterlesen.



2020  
Bestell-Nr. 3946



2018  
Bestell-Nr. 10293



2020  
Bestell-Nr. 10601



Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11. Dezember 2020

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash  
Anne-Sophie Friedel  
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Johannes Piepenbrink  
Christoph Rasemann (Volontär)  
Frederik Schetter (Volontär)  
Anne Seibring  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
twitter.com/APuZ\_bpb

## APuZ

Nächste Ausgabe  
1-2/2021, 4. Januar 2021

## 150 JAHRE REICHSGRÜNDUNG

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,  
Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ  
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)